

Artur Pech, Hartmut Jentsch,
Rolf Ziegenbein

Wissenschaftliche Kritik und Reformbestrebungen zum Grenzschutz der DDR zwischen 1980 und 1990

Dokumente und Kommentare
aus der Distanz von drei
Jahrzehnten

DSS–Arbeitspapiere

Heft 110 – 2014

Herausgeber: **Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.**

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Wolfgang Scheler
Rottwerndorfer Straße 3 / 1006 01257 Dresden
E-Mail: Scheler@DSSicherheitspolitik.de

Redaktion: Dr. Rolf Ziegenbein

Druckvorbereitung: Dr. sc. Artur Pech

Vertrieb: Lothar Glaß Neuostra 1 01219 Dresden
Tel.: 0351/4707918

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS–Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.

Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren! Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, dass durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitung nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluss: 30. April 2014

Kostenbeitrag: 5,00 Euro

Schriftenreihe „DSS–Arbeitspapiere“

ISSN 1436–6010

Inhalt

ROLF ZIEGENBEIN	Vorwort	2
ARTUR PECH	Dokumente	8
	Thesen zur wissenschaftlichen Beratung der Politischen Verwaltung der Grenztruppen der DDR am 29.06.1987 (Auszug)	8
	Information der Politischen Verwaltung der Grenztruppen zu weltanschaulich-theoretischen Aspekten aktueller politischer Probleme des Schutzes der Staatsgrenzen, Oktober 1988 (Auszug)	10
	Referat zur Verteidigung der Endergebnisse des Forschungsvorhabens 101 der Politischen Verwaltung der Grenztruppen der DDR am 26. Juli 1989 (Auszüge)	12
	Reform des Grenzregimes	27
	Gutachten zur Dissertation (Auszüge)	82
	Kommentar	89
HARTMUT JENTSCH	Dokumente	94
	Theoretische und praktische Aspekte der Agitation zur politisch-moralischen Vorbereitung der Angehörigen der Grenztruppen auf den Grenzdienst (Dissertation A) Auszüge	94
	Kommentar	99
ROLF ZIEGENBEIN	Dokumente	102
	Zu einigen theoretischen Grundlagen der Weiterentwicklung der taktischen Handlungen der Grenztruppen der DDR in den achtziger Jahren, 1980 (Auszug)	102
	Ausbildung zukünftiger Kommandeure von Einheiten der Grenztruppen der DDR (Auszug)	104
	Zum Schutz der Staatsgrenze der DDR als Bestandteil der sozialistischen Landesverteidigung (Auszug)	105
	Kommentar	106
ANLAGEN	Anlage 1: Artur Pech, Grenzkontrolle, aber wie? (Faksimile)	111
	Anlage 2: Hartmut Jentsch, Rechtsarbeit im Grenzschutzorgan – vom Kopf auf die Füße stellen (Faksimile)	112
AUTOREN		115

Rolf Ziegenbein

Vorwort

Mit dem 25. Jahrestag der friedlich erzwungenen Öffnung der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten rückt erneut die Erinnerung an das rigide Grenzregime der DDR mit den daraus resultierenden Opfern in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Gleichzeitig wird der unblutige Verlauf dieses Epochen machenden Ereignisses der „Maueröffnung“ und die Besonnenheit und Zurückhaltung der eingesetzten Grenzsicherungskräfte der DDR an diesem Wendepunkt in der deutschen Geschichte als bemerkenswert, ja als spektakulär gewürdigt. In der Tat wird man in der europäischen Geschichte außer 1989 kaum eine zweite so dramatische Wende finden, die unblutig abgelaufen ist. Die Ursachen dafür sind sicher vielfältig und in wissenschaftlichen Arbeiten der letzten Jahre untersucht und beschrieben. Unbekannt geblieben ist dabei bisher, dass es in dem Grenzsicherungsorgan der DDR selbst Gesellschafts- und Militärwissenschaftler gab, die sich im letzten Jahrzehnt der Existenz der DDR kritisch mit dem existierenden Grenzregime auseinandersetzten und eine konsequente Reform sowohl des Grenzregimes als auch der Grenztruppen selbst einforderten. Diese Reformforderungen kamen zwar zu spät, zumal die politische und militärische Führung der DDR in der bereits eingetretenen Lethargie nicht gewillt war, ihnen zu folgen, dennoch beeinflussten die diesbezüglichen Dispute im Inneren des Grenzsicherungsorgans das Denken und Handeln seiner Angehörigen. Mit dem vorliegenden Heft will die Dresdener Studiengemeinschaft mit in der DDR verfassten wissenschaftlichen Arbeiten von Angehörigen der Grenztruppen bekannt machen, die der friedlichen Revolution vorausgingen und eine Basis zu einer rechtsstaatlichen Entwicklung des Grenzschutzes der DDR bilden sollten und die rasche Überwindung der Deformationen des Grenzschutzes einforderten.

Im Mittelpunkt des Heftes stehen zwei Arbeiten von Artur Pech aus den Jahren 1989 und 1990. Entstanden sind sie in den Jahren 1985- 1990. Beim Lesen dieser Arbeiten wird sofort klar, dass der Niederschrift jahrelange Denkprozesse und Auseinandersetzungen mit Literatur und mit anderen Wissenschaftlern vorausgegangen sein müssen. Beide Arbeiten waren Bestandteil und Ergebnis von Forschungsarbeit in den Grenztruppen. Die Forschungsarbeit war, wenigstens in den bewaffneten Kräften, der einzige Freiraum in dem, wenn auch immer noch in Grenzen, Reformgedanken zu erforderlichen gesellschaftlichen Veränderungen mit Blick auf zukünftige Erfordernisse zu Papier gebracht und auch verteidigt werden konnten. Artur Pech war in diesen Jahren im Rang eines Oberstleutnants in der Politischen Verwaltung der Grenztruppen tätig. Er hatte zu diesem Zeitpunkt bereits an der Militär-

akademie „Friedrich Engels“ als Gesellschaftswissenschaftler promoviert und wurde für die Forschungsarbeit als geeignet befunden und entsprechend beauftragt. In diesen Jahren gab es in Teilen der Politischen Verwaltung der Grenztruppen die Bereitschaft, über die Theorie und Praxis des Schutzes der Staatsgrenze neu nachzudenken, zumal die DDR durch die Toten und Verletzten an der Grenze immer noch erheblichen außen- und innenpolitischen Schaden erlitt.

Anzumerken ist, dass sich die Politische Verwaltung damals bemühte, die dringend notwendige staatsrechtliche Reform des Grenzschatzes der DDR auf ein solides wissenschaftliches Fundament zu stellen. Deshalb beschäftigte man sich auch mit Grundfragen des Zusammenhangs von Recht und Staat generell, was dann in der B-Dissertation von Artur Pech seinen zusammenfassenden Ausdruck fand.

Bekanntlich war die Politische Verwaltung ein Bestandteil des Parteiapparates der SED und hatte die Parteidoktrin in den Grenztruppen durchzusetzen. Es war also in gewisser Weise paradox, wenn gerade in diesem Gremium Gedanken zur Reform des bisher Gültigen entwickelt wurden. Es ist möglicherweise ein glücklicher Umstand gewesen, dass die damaligen Vorgesetzten von Artur Pech, insbesondere der Chef der Politischen Verwaltung, Generalleutnant Gerhard Lorenz, seine Gedanken entweder wenigstens tolerierten oder gar unterstützten. Sicher hat auch die in diesem Zeitraum laufende Umgestaltung in der UdSSR Denkanstöße gegeben. Zur schnellen praktischen Umsetzung der Reformgedanken und Vorschläge kam es jedoch nicht, da der damalige Chef der Grenztruppen, der gleichzeitig Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung war, jegliche Reform ablehnte. Die politische und militärische Führung der DDR setzte auf technische Veränderungen im Grenzschutz und ließ dazu umfangreiche Forschung, beispielsweise zur Nutzung der Sensortechnik, betreiben. Gesellschaftspolitischen und rechtlichen Handlungsbedarf sah sie nicht. Dazu hat sich Hendrik Thoss in seinem Buch „Gesichert in den Untergang“ (Berlin, 2004) hinreichend geäußert. Beinahe im Gegensatz dazu gab die Politische Verwaltung in diesem Zeitraum eine Reihe von „Schulungs-“ bzw. Ausbildungsdokumenten zu notwendigen gesellschaftspolitischen und rechtlichen Veränderungen im Grenzschutz heraus, die entweder aus der Feder von Artur Pech stammten oder Gedanken von ihm enthielten und bis in die Einheiten der Grenztruppen verteilt wurden. Auf ihrer Grundlage wurden in den Einheiten, Truppenteilen und Verbänden der Grenztruppen Maßnahmen der politischen Schulung verwirklicht. So erreichten die Überlegungen doch zumindest einen erheblichen Teil der Angehörigen der Grenztruppen.

Ausgehend von einer Analyse der Entwicklung und Funktion von Staatsgrenzen generell und insbesondere der des Deutschen Reiches kommt Artur Pech zur Charakterisierung der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten in der Zeit des Kalten Krieges. Er legt die völkerrechtlichen Grundlagen dar, die sich besonders nach 1970 weiter entwickelten und denen beide deutsche Staaten, also auch die DDR, in ihrer staatsrechtlichen Ausgestaltung gerecht zu werden hatten. Davon ausgehend werden die Defizite verdeutlicht, die zwischen Völker- und Staatsrecht in der DDR existierten und die selbst beim Erlass des Grenzgesetzes 1982 nicht vollständig überwunden wurden. Ein bedeutsamer Aspekt der Arbeiten ist die Auseinandersetzung mit der Funktion von Grenzsicherungsorganen generell und der Überforderung und Überfrachtung des Grenzschutzorgans der DDR mit Aufgaben der Landesverteidigung und seiner Eingliederung in die Zuständigkeit des Ministeriums für Nationale Verteidigung. Damit war die Grundlage gelegt, die originär polizeilichen Aufgaben mit Mitteln der militärischen Gewalt lösen zu wollen. Von daher setzt sich Artur Pech mit den Prinzipien der Hinlänglichkeit und der Verhältnismäßigkeit und ihrer teils fehlerhaften Interpretation in der DDR auseinander. Er stellt das erschreckende Fehlen von Rechtskenntnissen und die diesbezüglich falsche Ausbildung der Angehörigen der Grenztruppen bis hin zur militärakademischen Qualifizierung fest und fordert diesbezüglich rasche Veränderungen. Mit schnell erarbeiteten Führungsinformationen und Schulungsmaterialien sollte rasche Abhilfe geschaffen werden. Zwei Beispiele dafür sind im Heft in Kurzfassung den ausführlich wiedergegebenen Arbeiten hinzugefügt.

Zur Charakterisierung, wie die wissenschaftliche Leistung von Artur Pech bei der Verteidigung seiner Arbeit im Mai 1990 von Mitgliedern des Wissenschaftlichen Rates der Militärakademie beurteilt wurde, werden Auszüge aus Gutachten beigelegt. Die Gutachten sind gleichzeitig Zeitdokumente aus dieser Umbruchszeit. Gutachter aus der Militärakademie waren Oberst Prof. Dr. sc. Erich Hocke, Leiter der Fakultät Gesellschaftswissenschaften und Oberst Dr. sc. Peter Freitag, Leiter des Lehrstuhls Taktik der Grenztruppen. Ein drittes Gutachten stammt von Prof. Dr. habil. Hans-Dietrich Moschütz, Leiter des Lehrstuhls Staatsrecht an der Hochschule für Recht und Verwaltung in Potsdam-Babelsberg. Die Promotionskommission selbst stand unter der Leitung von Kapitän zur See Prof. Dr. sc. Wolfgang Scheler.

Artur Pech stand mit seinen Arbeiten in den Grenztruppen zur damaligen Zeit nicht allein. Um das auch dokumentarisch zu belegen, wurden Auszüge aus wissenschaftlichen Arbeiten von zwei weiteren Autoren in das Heft aufgenommen. Einer dieser beiden Autoren war Hartmut Jentsch, damals im Range eines Oberst. Er war ebenfalls in der Politischen Verwaltung der

Grenztruppen tätig und in der hier infrage kommenden Zeit zumindest zeitweilig Vorgesetzter von Artur Pech. Er unterstützte seine Gedanken, war zum Teil in das genannte Forschungsvorhaben der Politischen Verwaltung einbezogen und äußerte in der durch ihn an der Militärakademie damals vorgelegten und erfolgreich verteidigten Diss. A selbst kritische Sichten auf die Praxis des Schutzes der Staatsgrenze der DDR.. Der zweite hier zitierte Autor war ich selbst. Ich war als Lehroffizier und Militärwissenschaftler an der Offiziershochschule der Grenztruppen tätig, zuletzt als Stellvertreter des Kommandeurs der Hochschule mit dem Dienstgrad Oberst. Wie im Heft belegt, sah ich bereits seit Ende der siebziger Jahre erheblichen Veränderungsbedarf in der Theorie und Praxis des Schutzes der Staatsgrenze. Dieser Veränderungsbedarf bezog sich nach meiner Meinung vor allem auf die erforderliche Überwindung der unzulässigen Vermischung von im Frieden und in einem möglichen Gefecht zu erfüllenden Aufgaben und von polizeilichen und militärischen Aufgaben. Diese Vermischung hatte weitreichende negative Folgen. Ich setzte mich auch für die Beseitigung des eklatanten Mangels an Rechtskenntnissen im Offiziersbestand der Grenztruppen ein. Auf die Schwierigkeiten, unter den damaligen Bedingungen Veränderungen in Theorie und Praxis auf einem für die DDR so neuralgischen Gebiet wie dem Schutz der Staatsgrenze herbeizuführen, gehen alle drei Autoren in ihren beigefügten Kommentaren ein. Nimmt man die Arbeiten in ihrer Gesamtheit, so gab es also durchaus Wissenschaftler bzw. Offiziere in den Grenztruppen, denen die Fehlentwicklungen in diesem Organ zunehmend klarer wurden und die von daher auf Veränderungen im Denken und Handeln des Personalbestandes der Grenztruppen drängten.

Allen drei hier vertretenen Autoren war gemeinsam, dass sie mit ihren Arbeiten zur Stabilisierung der bereits in einer Krise befindlichen DDR beitragen wollten, nicht zu ihrer Auflösung. Mit einer schnellen Vereinigung beider deutscher Staaten rechneten sie nicht. In den Monaten Dezember 1989 bis März 1990, also unter der Modrow- Regierung, waren Artur Pech und meine Person in eine Zentrale Kommission zur Vorlage einer Konzeption zur radikalen Reform des Grenzschatzes der DDR berufen. Die Ergebnisse der Arbeit der Kommission wurden durch die sich überstürzenden Ereignisse bei der Vereinigung beider deutscher Staaten nicht mehr gebraucht.

Die Veröffentlichung der vorliegenden wissenschaftlichen Arbeiten scheint auch aus einem noch anderen Grunde geboten. Nicht wenige ehemalige Staatsfunktionäre und Offiziere der bewaffneten Kräfte der DDR einschließlich der Grenztruppen selbst vertreten noch heute den Standpunkt, dass der DDR unter den Zwängen des Kalten Krieges keine andere Wahl des Handelns an ihrer Grenze geblieben wäre und dass somit keine Möglichkeit

für Veränderungen gegeben gewesen sei. Es folgt daraus das Fazit, dass es so, wie es gemacht wurde, richtig gewesen sei. Wer dagegen angeht, verleumde die DDR und beschädige die Biografien der Beteiligten. Oft wird es gar nicht für möglich gehalten, dass es zumindest in den letzten Jahren der Existenz der DDR verantwortliche Offiziere gegeben haben könnte, die sich kritisch mit dem Grenzregime auseinandersetzten und dabei auch persönliche Courage aufbrachten. Diese Zweifel werden dadurch verstärkt, dass die damaligen Arbeiten überwiegend den Geheimhaltungsvorschriften unterlagen und somit nur einem begrenzten Kreis von aktiven Offizieren in den höheren Führungsebenen und wissenschaftlichen Gremien zugänglich waren. Ihre heutige Dokumentation und Veröffentlichung hat damit nicht nur eine zeithistorische Bedeutung, sondern greift in die aktuelle Debatte um die Wertung der Geschichte ein. Die Texte belegen andererseits aber auch, welche Standpunktbildung bis zu einer bestimmten Führungsebene im letzten Jahrzehnt der Existenz der DDR möglich war, wenn die gegebenen Freiräume entschieden genutzt wurden. Um die Wortmeldung von Autoren dieses Heftes im damaligen aktuellen Zeitgeschehen zu verdeutlichen, werden als Anlage zwei Pressebeiträge im Faksimile angefügt.

Nahezu alle Arbeiten sind unter Nutzung der Möglichkeiten des wissenschaftlichen Arbeitens und Forschens der Militärakademie „Friedrich Engels“ entstanden. Trotz der auch hier überwiegend herrschenden dogmatischen Enge, gab es doch, wie sich zeigt, größere Freiräume im wissenschaftlichen Denken als im aktiven Truppendienst. Diese Möglichkeiten wären noch entschieden wirksamer gewesen, wenn der spezielle Lehrstuhl der Militärakademie für die taktische Befähigung der höheren Offiziere der Grenztruppen in dem zumindest in Ansätzen vorhandenem wissenschaftlichen Disput eine konstruktivere Rolle gespielt hätte. An diesem Mangel ändert auch das hier im Heft auszugsweise wiedergegebene, teils selbstkritische Gutachten des Lehrstuhlleiters nichts.

Den Autoren wird im Heft Gelegenheit gegeben darzustellen, aus welchen Gründen sie im aktiven Dienst zu den zitierten Auffassungen kamen, was sie damit erreichen wollten, inwieweit sie Unterstützung erfuhren, auf welche Schwierigkeiten die Umsetzung stieß und wie sie ihre damaligen Arbeiten heute beurteilen. Ihre Aussagen knüpfen an Erkenntnisse an, die die Studiengemeinschaft zur Thematik bereits im Arbeitspapier 103- 2011 unter dem Titel „Grenzschutz und Grenzregime an der deutsch- deutschen Grenze- Standpunkte zu einer andauernden Kontroverse“ veröffentlichte. Die Hervorhebungen in den Texten sind von den Autoren nachträglich vorgenommen worden, um Gedanken zu unterstreichen, die sie damals für besonders wichtig hielten. Die hier veröffentlichten wissenschaftlichen Arbeiten

befinden sich überwiegend im Bestand der Bibliothek der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation. Einige Originale befinden sich im Besitz der Autoren. Beim Zitieren der Originaltexte wurde lediglich die Rechtschreibung der heutigen Diktion angepasst. Die Zählung der Fußnoten ist gegenüber den Originaltexten zum Teil geändert, der Inhalt der Fußnoten ist originalgetreu wiedergegeben. Um in dieses Prinzip nicht einzugreifen, sind die bibliographischen Angaben zu den Texten im Titel der jeweiligen Arbeit in Klammern angegeben.

Unterstützenswert scheint das Anliegen des Hauptautors dieses Heftes, Artur Pech, seine Kernaussagen zur erforderlichen Rechtsstaatlichkeit im Grenzschutz nicht nur als Replik auf die Vergangenheit der DDR zu sehen, sondern auch als Maxime für den derzeitigen und zukünftigen Schutz der Außengrenzen der Europäischen Union.

Der in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten bekannte und zu Problemen von Grenzregime und Grenztruppen der DDR kompetente Autor, Dr. Peter Joachim Lapp, hat in seinem Buch „Grenzregime der DDR“ die Autoren dieses Heftes als „Reformer“ bezeichnet und gewürdigt. (Helios, Aachen 2013, S. 548). Er gab auch eine Anregung zur Herausgabe dieses Heftes. Für Letzteres sei ihm gedankt.

Artur Pech

Dokumente

Thesen zur wissenschaftlichen Beratung der Politischen Verwaltung der Grenztruppen der DDR am 29.06.1987 (Auszug)

(In: Informationsdienst der Grenztruppen der DDR Heft 2/1987 (VVS), Bibliothek der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Nr. 71 38 0095.)

3. Im historischen Prozeß der Entwicklung von Produktivkräften, Produktionsverhältnissen und Produktionsweisen wurde zu einem bestimmten Zeitpunkt die Schaffung spezieller, von den Streitkräften getrennter Organe zur Durchsetzung sowohl der ökonomischen als auch der politischen Interessen des Staates an seinen Grenzen notwendig.

Es handelt sich hierbei im Zuge der wachsenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung um Aufgaben, für deren Erfüllung reguläre Streitkräfte aus unterschiedlichen Gründen nicht geeignet sind...

12. Ausgehend von den unterschiedlichen Funktionen der Armee und der Grenztruppen **ist die Anwendung militärischer Begriffe auf unmittelbare Grenzsicherungsmaßnahmen nicht angebracht**, weil

- Grenztruppen als bewaffnetes Machtorgan auch in der normalen und verstärkten Grenzsicherung bewaffnete Gewalt einsetzen, diese bewaffnete Gewalt jedoch nicht mit militärischer Gewalt gleichgesetzt werden kann, denn diese Grenzsicherungsmaßnahmen sind ihren Charakter nach keine militärischen Maßnahmen.

Die Anwendung militärischer Begriffe auf diese Handlungen wirft sowohl politisch als auch ideologisch-theoretisch Probleme auf die dem Grundanliegen der Durchsetzung der Ordnung an den Grenzen unter Friedensbedingungen nicht dienen;

- die Anwendung militärischer Termini auf objektiv notwendige Handlungen unter Friedensbedingungen die eindeutigen und notwendigen Grenzen zwischen Krieg und Frieden verwischen;
- der Gegner in militärischen Handlungen eine andere Beschaffenheit aufweist und militärische (Gefechts-) Handlungen anderen Gesetzmäßigkeiten unterliegen, als Grenzsicherungsmaßnahmen. Selbst der Kampf gegen bewaffnete Grenzverletzer fällt nach Inhalt und Umfang

nicht den für den militärischen Bereich geltenden Begriff "Gefecht" ("allgemeines Gefecht der Landstreitkräfte") aus;

- der Gewaltverzicht zwischen den Staaten letztlich auch den Verzicht auf den Einsatz militärischer Gewalt an den Grenzen einschließt...

Information der Politischen Verwaltung der Grenztruppen zu weltanschaulich-theoretischen Aspekten aktueller politischer Probleme des Schutzes der Staatsgrenzen, Oktober 1988 (Auszug)

(Im Besitz der Autors.)

1. Jede Staatsgrenze verkörpert die dialektische Einheit trennender und verbindender Elemente. So wenig eine Staatsgrenze nur trennen kann - weil kein Staat ohne den lebendigen Austausch mit der gesamten Menschheit auf Dauer lebensfähig ist - so wenig kann sie nur verbinden, denn die Aufhebung aller trennenden Eigenschaften der Grenze bedeutet letztlich die Aufhebung des Staates selbst. So ist die Grenze objektiv Trennlinie und Naht zwischen den aneinander grenzenden Staaten. Was sie vorrangig ist, das hängt von konkret-historischen, politischen wie ökonomischen Faktoren ab.

2. Bei der prinzipiellen Dialektik von verbindenden und trennenden Eigenschaften der Staatsgrenzen ist zu beachten, daß mit der historischen Entwicklung die Tendenz der Abhängigkeit der Staaten voneinander anwächst. Für die Gegenwart bedeutet dies, daß die in Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung organisierte Menschheit... vor der Wahl stehen, entweder die Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil über die Staatsgrenzen hinweg zu organisieren oder gemeinsam unterzugehen. Das gilt vor allem für die Frage von Krieg oder Frieden, aber auch für die anderen globalen Probleme, die bewältigt werden müssen, wenn die Menschheit eine Zukunft haben soll.

3. Es entspricht dem alten Denken, die Staatsgrenzen vor allem militärisch, unter dem Blickwinkel gewaltsamer Grenzveränderungen, zu betrachten. Dem neuen Denken ist es angemessen, die Respektierung der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen zur unverzichtbaren Grundlage der Politik zu machen und so auch der trennenden Wirkung von Staatsgrenzen vieles von ihrer Schärfe zu nehmen....

4. Die Tatsache, daß die Entwicklung der Lage an unserer Staatsgrenze wesentlich von den politischen Beziehungen zwischen den aneinander grenzenden Staaten bestimmt wird, kann als unumstritten gelten...

Wir dürfen deshalb nicht dem Trugschluß unterliegen, als seien gewissermaßen beliebige politische Entwicklungen möglich, als könnten die beteiligten Seiten über ihr weiteres Verhalten ohne weitere Bedenken "frei" entscheiden. Dem ist nicht so!

Unsere eigenen Erfahrungen besagen, daß visafreier Reiseverkehr bei freiem Geldumtausch zwischen aneinandergrenzenden Staaten nur auf

der Basis ökonomischer Prosperität in den beteiligten Staaten funktionieren kann. Wo sie nicht gegeben ist, da erzwingen grundlegende Lebensinteressen administrative Beschränkungen an den Grenzen bzw. Korrekturen in der ökonomischen Politik eines oder aller beteiligten Staaten...

5. Es gehört zum Ringen um die Vollendung der Wende zu Entspannung und Abrüstung, Begriffe des Krieges und des Gefechts nicht in den Frieden zu transportieren, auf Handlungen in der Grenzsicherung anzuwenden und so die notwendige und klare Grenze zwischen Krieg und Frieden - ob beabsichtigt oder nicht - zu verwischen...

Referat zur Verteidigung der Endergebnisse des Forschungsvorhabens 101 der Politischen Verwaltung der Grenztruppen der DDR am 26. Juli 1989 (Auszüge)

(Nicht veröffentlicht, Original im Besitz des Autors, gehalten vor Offizieren der Politischen Hauptverwaltung der NVA und des Kommandos der Grenztruppen der DDR.)

Für die Staatsgrenze der DDR zur BRD ist eine Vielzahl politisch-propagandistischer Bezeichnungen gebräuchlich. Wir sprechen - und ich lasse hier die Adjektive weg - von der Naht, von der Trennlinie, von der Berührungslinie. Auch hier gilt, „dass die beiden Pole eines Gegensatzes, wie positiv und negativ, ebenso untrennbar voneinander wie entgegengesetzt sind, und- dass sie trotz aller Gegensätzlichkeit sich gegenseitig durchdringen“.¹

Sosehr also die trennenden Eigenschaften von Staatsgrenzen auf der Hand liegen, sosehr wird eine theoretisch begründete Arbeit auch nach ihren verbindenden Eigenschaften zu fragen haben. **Eine Staatsgrenze kann nicht nur Trennlinie sein - sie kann auch nicht ausschließlich verbindende Eigenschaften haben.** Da sich objektiv kein Staat isoliert von der Weltgemeinschaft entwickeln kann, muss es - und zwar in historisch wachsendem Maße - Verbindungen über die Grenzen geben. Umgekehrt können die trennenden Wirkungen von Staatsgrenzen erst mit der Aufhebung des Staates selbst vollständig aufgehoben werden...

„Jeder Staat braucht in seinem eigenen Interesse die Zusammenarbeit mit anderen, darunter mit Staaten des entgegen gesetzten Systems. Kein Gebiet von gesellschaftlicher Bedeutung kann aus dieser Zusammenarbeit ausgeschlossen werden. Aber in der Zusammenarbeit steckt immer auch das Element der Auseinandersetzung. Es treffen Klassengegensätze und Klassenstandpunkte aufeinander.“²...

Gerade auf das Verhältnis von Grenzdienst, Klassenkampf und Friedenskampf wurde seit der Bestätigung der Präzisierung der Forschungskonzeption durch den Chef der Politischen Verwaltung die Arbeit im FV 101 konzentriert. Sie führt zu der Aussage:

Wir argumentieren zu eng, wenn wir hier bei der Verhinderung des Ausuferns von Vorkommnissen an der Staatsgrenze zu militärischen Konflikten und der Verteidigung der Staatsgrenze stehenbleiben.

¹ F. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft ("Anti-Dühring"). In: MEW, Bd. 20, Berlin 1972, S. 21.

² K. Hager, Unser Weg und unser Ziel. Neues Deutschland (B), Berlin, 29./30. 10. 1988, S. 11.

Diese Aspekte sind wichtig. Sie beantworten jedoch **nicht** die jeden Grenzsoldaten bewegende Frage, was denn die Verhinderung ungesetzlicher Grenzübertritte, was die Festnahme meist unbewaffneter Grenzverletzer mit der Sicherung der Friedens zu tun hat...

Das schließt die Untersuchung der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen und Staatsgrenzen ein. Wenn diese Untersuchung im FV 101 mit der Studie zum Wesen der Staatsgrenzen durchgeführt wurde, dann vor allem um deutlich zu machen, dass es letztlich objektive Verhältnisse sind, die die Entwicklung der Staatsgrenzen und die Interessen an den Staatsgrenzen prägen. Das ist in einer Zeit von außerordentlicher Bedeutung in der in mehr oder minder offen subjektivistischer Manier gefordert wird, die Ordnung an den Staatsgrenzen zu ändern...

Der Schutz der Staatsgrenze ist ein „System von Maßnahmen zur Sicherung der Unverletzlichkeit der Land-, Luft- und Seegrenzen eines Staates sowie zum Schutz seiner politischen und wirtschaftlichen Interessen an den Grenzen“.³

Das völkerrechtliche Prinzip der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen schließt die Respektierung des territorialen Status quo, die Unterlassung gewaltsamer Versuche der Veränderung von Staatsgrenzen und die Respektierung der von den Staaten in Wahrnehmung ihrer souveränen Rechte festgelegten Ordnung an den Staatsgrenzen und für den grenzüberschreitenden Verkehr ein. Wenn der Begriff „Schutz der Staatsgrenze“ auf die Wahrung der Unverletzlichkeit der Staatsgrenze bezogen wird, dann muss er sich folglich auf alle diese Seiten erstrecken.

Schutz der Staatsgrenzen - in vielfältigen konkret-historischen Erscheinungsformen - ist notwendig, solange es Staaten gibt. Er ist unter konkret-historischen Bedingungen objektiv determiniert und dient der Verwirklichung von Staats- und Klasseninteressen.

Die Gewährleistung der Unverletzlichkeit der Staatsgrenze der DDR erfordert, wie in der Präambel des Verteidigungsgesetzes festgestellt wird, von der Deutschen Demokratischen Republik die Organisation der Landesverteidigung.⁴

Den Grenztruppen der DDR werden dafür mit dem Grenzgesetz konkrete Pflichten und Befugnisse übertragen.

Die Staatsgrenzen trennen und verbinden das Feld der Außen- und der Innenpolitik. Konkrete Maßnahmen an den Staatsgrenzen bringen damit immer zugleich außenpolitische und innenpolitische Wirkungen hervor. Das gilt für die

³ Sowjetische Militärenzyklopädie, Auswahl Heft 20, Rückzug – Übungsgranate. Berlin 1982, S. 25.

⁴ Gesetz über die Landesverteidigung der Deutschen Demokratischen Republik (Verteidigungsgesetz) vom 13. Oktober 1978, GBl. Teil I, Nr. 35 vom 19. Oktober 1973.

Grenzsicherung und Grenzüberwachung insgesamt, es gilt aber auch für einzelne taktische Handlungen. Sie sind kein Selbstzweck, sondern werden wegen der notwendigen innen- und außenpolitischen Wirkungen durchgeführt. So wirkt die Unterbindung ungesetzlicher Grenzübertritte immer zugleich innen- und außenpolitisch.

Es ist die Zweckbestimmung der Grenztruppen der DDR, die rechtlichen Regelungen für den grenzüberschreitenden Verkehr, die Ordnung an der Staatsgrenze und in den Grenzgebieten durchzusetzen. Das Ziel ist dabei der Schutz der sozialistischen Ordnung und des friedlichen Lebens der Bürger. Das ist eine Aufgabe des gesamten sozialistischen Staates. Für ihre Lösung trägt das System der Landesverteidigung besondere Verantwortung. Diesem Ziel dienen auch die Maßnahmen der Grenztruppen der DDR zur Durchsetzung von Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet und der Festlegungen für den grenzüberschreitenden Verkehr, insbesondere die Unterbindung von Grenzverletzungen im Sinne des Grenzgesetzes.

Dafür sind die Grenztruppen der DDR das Mittel, für diesen Zweck werden sie geschaffen. Das schließt die Abwehr von Grenzprovokationen, die Bereinigung von Grenzzwischenfällen und -konflikten unterhalb der Ebene des Einsatzes der regulären Streitkräfte ein. Die Zäsur bildet dabei jenes in der Definition der Aggression⁵ nicht näher bestimmte Maß der Anwendung bewaffneter Gewalt, bei dessen Überschreitung solche Handlungen den Tatbestand der Aggression erfüllen.

Von der Realisierung der Zweckbestimmung der Grenztruppen gehen zumindest folgende innenpolitische Wirkungen (d.h. Wirkungen im Sinne der inneren Funktion der Grenztruppen der DDR) aus:

Die Zügelung konterrevolutionärer Elemente durch die Wahrung der Unvermeidlichkeit von Sanktionen (Strafverfolgung) im Falle von Angriffen gegen den sozialistischen Staat;

Die Wahrung der Rechtssicherheit hinsichtlich der Bestimmungen für den grenzüberschreitenden Verkehr.

Das hat nachhaltige Wirkung für die Rechtssicherheit im Staat, indem Straftätern die Möglichkeit des Entzugs vor der Strafverfolgung durch ungesetzlichen Grenzübertritt weitgehend entzogen wird. Die Bedeutung dieses Faktors resultiert ganz erheblich aus Versuchen der völkerrechtswidrigen imperialistischen Einwirkung aus der BRD auf die Staats- und Rechtsordnung der DDR, wie sie in deren Staatsangehörigkeitsdoktrin und in der Ausdehnung ihrer Rechtsprechung auf DDR-Bürger zum Ausdruck kommt. Gerade deshalb sind die Grenzsicherungsmaßnahmen ein wesentlicher und unverzichtbarer Beitrag zur Rechtssicherheit in der DDR.

⁵ Beschluss der XXIX. UNO-Vollversammlung, Definition des Begriffs Aggression, in: Völkerrecht, Dokumente Teil 3, 1970-1977, Berlin 1980, S. 919 ff.

Zur inneren Funktion gehört auch die Gewährleistung der notwendigen Wirkungsbedingungen für die ökonomischen Gesetze des Sozialismus in der DDR durch die Unterbindung illegaler ökonomischer Einwirkungen über die Grenzen. Die Maßnahmen der Zollorgane können nur greifen, wenn die Möglichkeit ausgeschlossen wird, sich durch illegalen Grenzübertritt der Zollkontrolle zu entziehen.

Außenpolitische Wirkungen im Sinne der äußeren Funktion sind:

Der Beitrag zur Erhaltung des Friedens durch Unterbindung von Grenzverletzungen und Wahrung der Unverletzlichkeit der Staatsgrenze im Sinne des Grenzgesetzes, durch die Verhinderung der Ausdehnung von Provokationen, die Bereinigung von Grenzzwischenfällen und -konflikten und die Verhinderung ihrer Eskalation zum Krieg sowie durch die ständige Fähigkeit und Bereitschaft, an der Seite Nationalen Volksarmee der DDR, der Sowjetarmee und der anderen Waffenbrüder den Kampf zur Verteidigung der Staatsgrenze gegen einen imperialistischen Aggressor aufzunehmen. Zur äußeren Funktion gehört die Unterbindung von Versuchen des Exports der Konterrevolution unterhalb der Ebene des Einsatzes der Streitkräfte zum Aggressionskrieg. Das ist ein Beitrag zur Wahrung der staatlichen Sicherheit vor äußeren Einwirkungen. Dazu gehört weiter die Gewährleistung der gleichberechtigten Teilnahme der DDR am Internationalen Leben, der Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen durch die Schaffung, Durchsetzung und Aufrechterhaltung der dafür an der Staatsgrenze notwendigen Bedingungen...

In Wahrnehmung der inneren und äußeren Funktion der Grenztruppen werden bestimmte Handlungen durchgeführt. Diese Handlungen können aber weder mit den Funktionen gleichgesetzt werden noch - jedenfalls größtenteils, soweit es die Grenzsicherung betrifft - eindeutig nur einer Funktion zugeordnet werden. In der Regel ist vielmehr davon auszugehen, dass bestimmte Maßnahmen zugleich in der Innen - und in der Außenpolitik wirken. Innere und äußere Funktion der Grenztruppen sind damit kein Sonderfall der inneren und äußeren Funktion der Streitkräfte (der Armee) sondern ein eigenständiger Beitrag zur Realisierung der inneren und äußeren Funktion des sozialistischen Staates.

Damit leisten die Grenztruppen der DDR einen unverzichtbaren Beitrag zur Erfüllung des allen Staatsorganen übertragenen Verfassungsauftrages, die Unverletzlichkeit der Staatsgrenze zu wahren.

Den Grenztruppen der DDR werden weitere Aufgaben gestellt. Ihre Erfüllung ist von erheblicher politischer und ökonomischer Bedeutung. Solche Aufgaben stehen jedoch nicht in ursächlichem Zusammenhang mit der Funktion der Grenztruppen, d.h. mit dem Grund, aus dem sie als spezielles bewaffnetes Organ geschaffen werden...

Die Grenztruppen der DDR haben am unmittelbaren Verlauf der Staatsgrenze bei Notwendigkeit die Einhaltung der Rechtsnormen zu erzwingen, widerrechtliches Überschreiten der Staatsgrenze zu unterbinden und die Ordnung in den Grenzgebieten im vom Grenzgesetz festgelegten Umfang und unter Nutzung der mit dem Grenzgesetz eingeräumten Befugnisse durchzusetzen.

Auslösendes Moment für Maßnahmen der Grenztruppen der DDR ist der Verstoß gegen Rechtsnormen durch Personen auf dem Territorium der DDR bzw. in bestimmten Fällen mit Auswirkungen auf das Territorium der DDR. Es geht um die Durchsetzung des Rechts der DDR gegenüber Rechtsbrechern. Es geht um die Unterbindung von Handlungen an der Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Berlin (West), die gleichberechtigte Beziehungen und gute Nachbarschaft stören und den Frieden gefährden. Und es geht an der Staatsgrenze der DDR zur VR Polen und zur CSSR um die Durchsetzung jener rechtlichen Bestimmungen, die für die Entwicklung von Beziehungen der Freundschaft und die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit notwendig sind und die Interessen der Deutschen Demokratischen Republik wahren.

Einige Ergebnisse des FV 101 konnten für die Erarbeitung des Grundsatzmaterials „Der Klassenauftrag und die Befugnisse der Grenztruppen der DDR zum Schutz der Staatsgrenze“ Verwendung finden. Ich möchte deshalb auf Fragen eingehen, die im Verlauf der Arbeit mit diesem Grundsatzmaterial aufgetreten sind...

Ich halte es für erforderlich, genau zwischen der politischen, der rechtlichen und der grenztaktischen Dimension des Problems zu unterscheiden - nicht im Sinne einer Entgegensetzung, wohl aber im Sinne des Verhältnisses dieser drei unterschiedlichen Ebenen zueinander...

Zu beachten bleibt, **dass politische Probleme nicht mit einer rechtlichen Argumentation oder mit taktischen Handlungen gelöst werden können.** Wenn es uns durch eine intensive Rechtserziehung und Rechtpropaganda, eine wirksame politisch-ideologische Arbeit und eine effektive Ausbildung gelingt zu erreichen, daß sich **jeder Grenzsoldat unter allen Lebensbedingungen strikt innerhalb der Rechtsnormen bewegt**, dann nimmt das seiner Aufgabe nicht die politische Brisanz....

Der Schutz der Staatsgrenze ist nicht Selbstzweck. Er wird wegen der notwendigen außen- und innenpolitischen Wirkungen durchgeführt. Wir haben deshalb die Pflicht ihn so zu gestalten, dass sowohl die Resultate der Grenzsicherung / Grenzüberwachung als auch die dafür angewendeten Mittel und Methoden die notwendigen und die möglichen politischen Wirkungen hervorbringen. **Es darf nicht zugelassen werden, dass die Art, in der der taktische Erfolg in der Grenzsicherung erreicht wird, die politische Wirkung dieses taktischen Erfolgs zunichte macht.**

Die entscheidenden politischen Wirkungen der Grenztruppen gehen von den Resultaten der Grenzsicherung/Grenzüberwachung aus und von der Art und Weise, wie sie erreicht werden. Dieses Bewusstsein zu erzeugen - das ist eine wesentliche Aufgabe der politischen Arbeit in den Grenztruppen der DDR...

Der bloße Verstoß gegen den § 213 StGB/ § 17 GG rechtfertigt die Anwendung der Schusswaffe nicht. In dieser Frage Klarheit zu schaffen dass erfordert bei nicht wenigen Führungskadern ein tiefgehendes Umdenken, man kann schon sagen ein neues Denken in Sachen Grenztaktik.

Schließlich gibt es nach dem Grenzgesetz **nicht die Pflicht zur Anwendung der Schusswaffe, sondern nur das Recht, unter genau bestimmten Voraussetzungen von der Schusswaffe Gebrauch zu machen.** Das - und nichts anderes - steht im Grenzgesetz.

Aber genau in dieser Frage schieden sich auch in nicht wenigen GWW-Schulungsgruppen (Gesellschaftswissenschaftliche Weiterbildung der Berufskader) regelrecht die Geister. Ich hätte ob dieser zugespitzten Aussagen bis vor kurzem in Beweisnot gebracht werden können. Ich bin es nun - leider – nicht mehr.

Welche Probleme wir in dieser Frage tatsächlich haben, das macht ein erst in diesem Jahr erschienenenes, vom LS 204 [Lehrstuhl Taktik der Grenztruppen] der Militärakademie „Friedrich Engels“ zu verantwortendes Studienmaterial deutlich. Die dort vorgenommene undifferenzierte Qualifizierung ungesetzlicher Grenzübertritte als „schwerwiegende Verbrechen“ ist mit dem Strafbuch der DDR nicht vereinbar,⁶ Sie drückt allerdings eine bei den Kadern der Grenztruppen der DDR verbreitete Auffassung aus...

die Qualifizierung einer Straftat als Verbrechen ist eine zwingende Voraussetzung für die Berechtigung zur Anwendung der Schusswaffe.

Straftaten nach § 213 StGB können Ordnungswidrigkeiten, Vergehen oder Verbrechen sein. Eine Voraussetzung für die Berechtigung zur Anwendung der Schusswaffe ist, dass sie sich den äußeren Umständen nach als Verbrechen darstellen. Und genau hier liegt der Grund, aus dem ich Widerspruch gegen die genannte Darstellung anmelden muss...

Die Anwendung der Schusswaffe wird durch den Angriff auf Leib und Leben von Grenzposten gerechtfertigt. Das entspricht § 213 Abs.3 StGB. Diese Aussage schließt doch aber offenkundig die Abwehr von Gefahren für Leib und Leben anderer Menschen nicht aus, wenn die weiteren dafür im Grenzgesetz in Verbindung mit § 213 StGB genannten Voraussetzungen vorliegen. Gerade angesichts von Versuchen der Geiselnahme u. a. ist das keine Spekula-

⁶ Militärakademie Friedrich Engels, Ausgewählte Begriffe der marxistisch-leninistischen Militärwissenschaft, 1989, S. 72.

tion ins Blaue. Das stellt eindeutig klar, dass der bloße Verstoß gegen § 213 StGB/ § 17 Grenzgesetz die Anwendung der Schusswaffe in der Tat nicht rechtfertigt. Der dargestellte Sachverhalt unterstreicht nach meinem Dafürhalten die Berechtigung des im FV 101 erarbeiteten Vorschlages, einen offiziellen Kommentar zum Grenzgesetz zu erarbeiten, um derartige Unklarheiten auszuräumen...

Soviel zu dieser Seite. Sie ist unmittelbar mit der Frage nach dem Verhältnis von Ziel, Zweck und Mittel der Maßnahmen im Grenzdienst verbunden. Das ist keineswegs nur eine abstrakt theoretische Frage. So war den Berichten über die Arbeit mit dem Grundsatzmaterial Ende Mai zu entnehmen, dass solche Auffassungen, wie „Der Zweck heiligt immer die Mittel“ oder „Hat man Erfolg kommt ein Orden, wenn nicht, dann der Staatsanwalt“ noch nicht überwunden sind.

Wir haben es hier mit einer Kernfrage der Motivation und des richtigen Verständnisses unseres Dienstes zum Schutz der Staatsgrenze zu tun. Deshalb muss aus theoretischer Sicht klargestellt und in der politischen Arbeit erläutert werden:

Das humanistische Wesen des Dienstes in den Grenztruppen der DDR zum Schutz der Staatsgrenze entspringt dem humanistischen Wesen des Sozialismus. Es existiert nur in der Einheit von Ziel, Zweck, Mittel und Methoden der Grenzsicherung und Grenzüberwachung. Auch die Berechtigung, vom humanistischen Wesen des Dienstes zum Schutz der Staatsgrenze zu sprechen, resultiert damit aus der von Kurt Hager konstatierten Fähigkeit der sozialistischen Gesellschaft, sich Ziele zu stellen, die im Interesse aller liegen und diese Ziele mit der Kraft aller unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei auch zu erreichen und aus der Art und Weise der Realisierung der Zielstellungen.⁷

Der Humanismus der konkreten Maßnahmen der Grenztruppen der DDR kommt auch in ihrer **strikten Bindung an die Prinzipien des sozialistischen Rechtsstaates zum Ausdruck. Das betrifft insbesondere das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel nach § 26 GG.** Es kennzeichnet das humanistische Wesen des Dienstes in den Grenztruppen der DDR, **dass hier die Formel „Der Zweck heiligt die Mittel“ keinen Platz hat.** Diese rechtlich fixierten Forderungen auch im Bewusstsein der Angehörigen der Grenztruppen zu verankern, hat zumindest eine dreifache Bedeutung.

- Es ist notwendige Voraussetzung für ein mit den Rechtsnormen übereinstimmendes Handeln und Verhalten im Grenzdienst;

⁷ K. Hager, Unser humanistischer Auftrag. In: VI. Philosophie-Kongress der DDR. Sozialismus und Frieden. Humanismus in den Kämpfen unserer Zeit. Berlin 1985, S. 117.

- Es ist notwendige Voraussetzung, damit die Maßnahmen der Grenztruppen der DDR zur Wahrung der Unverletzlichkeit der Staatsgrenze und zur Durchsetzung von Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet auch tatsächlich die gewünschten politischen Wirkungen hervorbringen;
- Es ist schließlich auch von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Ausprägung und Festigung der Überzeugung der Grenzsoldaten in einem sozialistischen Rechtsstaat zu leben, den es sich mit dem Einsatz der ganzen Person zu schützen lohnt.

Welche Probleme wir hier noch zu lösen haben wird deutlich, wenn in dem bereits angeführten Material durch den LS 204 ausgeführt wird, gegen Grenzverletzer werde - und ich zitiere – „nach dem Prinzip der Hinlänglichkeit mit militärischer Gewalt indirekt und, bei schweren, Fällen in Tateinheit mit Gewaltakten, bewaffneten Überfällen u. a. Verbrechen auch direkt vorgegangen.“⁸

Diese Auffassung ist ein Ausdruck der formalen Übertragung aktueller Begriffe der Militärwissenschaft auf die Grenzsicherung. Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel nach § 26 Grenzgesetz besagt, daß stets diejenigen Mittel anzuwenden sind, die im Verhältnis zur Art und Schwere der Rechtsverletzung und des Widerstandes stehen.

Das Prinzip der Hinlänglichkeit bedeutet dagegen, den Streitkräften eine nicht-angriffsorientierte Struktur zu verleihen, die Angriffsmittel in ihrem Gesamtbestand maximal zu begrenzen, die Dislozierung unter Zugrundelegung der Erfüllung strikt verteidigungsorientierter Aufgaben zu verändern; die Parameter für die Mobilmachungsentfaltung der Streitkräfte sowie den Umfang der militärischen Produktion zu verringern.⁹ Die dargestellte Art der Anwendung dieses Prinzips auf den Schutz der Staatsgrenze, auf die Handlungen gegen Grenzverletzer ist wissenschaftlich unhaltbar und politisch unvertretbar.

Wir haben es hier mit der seit Jahren **im FV 101 kritisierten Praxis der formalen Anwendung militärischer Begriffe auf dem Wesen nach nichtmilitärische Handlungen** zu tun. Sie muss nunmehr nicht nur als nicht hilfreich bezeichnet werden - sie richtet in wachsendem Maße politischen Schaden an und lenkt von den tatsächlichen Problemen ab.

Schließlich bindet das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel jeden Grenzposten rechtlich. Unklarheiten in dieser Frage, die durch die sinnentleerte oder sinnwidrige Anwendung militärischer Begriffe erzeugt, verstärkt, zumindest aber nicht überwunden werden, können letztlich in

⁸ Ausgewählte Begriffe..., a.a.O., S. 72f.

⁹ M. Moissejew, Hinlängliche Verteidigung. In: Militärwesen, Berlin (1989) 7, S. 17.

politisch falsches Verhalten und strafrechtliche Konsequenzen münden...

Eine den Realitäten entsprechende Anwendung des militärdoktrinären Prinzips der Hinlänglichkeit auf den Schutz der Staatsgrenze ist jedoch notwendig. Es geht darum, daß der Schutz der Staatsgrenze den Bedrohungen der Staatsgrenze entsprechen muss. Da die Staatsgrenze der DDR militärisch bedroht wird, muss sie - unter strikter Wahrung der Hinlänglichkeit der Maßnahmen - militärisch geschützt werden.

Nach dem Prinzip der Hinlänglichkeit zu verfahren bedeutet auch, an der Staatsgrenze auf militärische Gewalt erst und nur dann zurückzugreifen, wenn alle anderen Möglichkeiten erschöpft sind, wenn militärische Gewalt gegen die Staatsgrenze abgewehrt werden muss. Nach unserer Militärdoktrin kommt auch hier militärische Gewalt nur als Gegengewalt in Frage. Genau das entspricht dem Prinzip der Hinlänglichkeit.

Es ist mit allem gebotenen Ernst festzustellen, daß mit der Kennzeichnung von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und der gesetzlichen Ordnung - um die es in der Grenzsicherung und Grenzüberwachung geht - außerordentlich verantwortungsbewusst umgegangen werden muss. Hier ist ganz aktuell an uns allen bekannte Bilder der jüngsten Vergangenheit zu erinnern. Sie zeigten deutlich, wie die Anwendung militärischer Gewalt zur Aufrechterhaltung und Durchsetzung der gesetzlichen Ordnung aussieht. So etwas hat doch nun wahrlich mit den Maßnahmen der Grenztruppen der DDR in der Grenzsicherung und Grenzüberwachung nichts zu tun! Es ist theoretisch falsch und politisch unvertretbar, hier Ähnlichkeiten auch nur herbeizureden.

Unsere Pflicht ist es, den Verfassungs- und Klassenauftrag durch die Anwendung der gesetzlichen Befugnisse der Grenztruppen der DDR in der Grenzsicherung und Grenzüberwachung zu erfüllen und die Bereitschaft zu entwickeln, unter allen Lagebedingungen konsequent für den Schutz der sozialistischen Ordnung und des friedlichen Lebens der Bürger zu handeln.

Zum Abschluss des FV 101 ist auf Einwände eingehen. Es geht auch hier nicht allein um theoretische Dinge, sondern, und ich zitiere aus dem Diskussionsbeitrag des Chefs der Militärakademie vom 21. 04. d. J. in Strausberg, „um die Lösung von Fragen mit großer praktischer Konsequenz. Weder allgemeines Theoretisieren noch engstirniger Praktizismus helfen uns weiter. Dabei kann nicht übersehen werden, daß die geistige Verarbeitung von Konsequenzen aus der Militärdoktrin nicht problemlos vonstatten geht oder gar schon abgeschlossen ist.

Wir haben rechtzeitig erkannt, daß das von uns ein völlig neues Herangehen fordert und wir kein Recht haben, die Theorie mit alten Kategorien und Begriffen einfach fortzuschreiben.“¹⁰

Oberst Dr. Ziegenbein polemisiert in einem 1988 vorgelegten Material mit meinen Überlegungen zur Anwendung militärischer Begriffe auf den Grenzdienst. Er meint, sie liefen darauf hinaus, „daß der Schutz der Staatsgrenze der DDR nicht Bestandteil der sozialistischen Landesverteidigung sei, daß er ausschließlich der Gewährleistung der staatlichen Sicherheit und Ordnung zuzuordnen sei“.¹¹ Nach seiner Auffassung befinde ich mich im Widerspruch zum militärischen Schutz der Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Westberlin.¹²

Die von Oberst Dr. Ziegenbein entwickelte Kausalkette lautet: „Wenn die täglichen Grenzsicherungsmaßnahmen keine militärischen Maßnahmen sind, dann gibt es keinen durch die Grenztruppen realisierten militärischen Schutz der Staatsgrenze unter Friedensbedingungen, dann ist der Schutz der Staatsgrenze nicht Bestandteil der sozialistischen Landesverteidigung, sondern ausschließlich Bestandteil der Gewährleistung der staatlichen Sicherheit und Ordnung durch nichtmilitärische Maßnahmen.“¹³ Was ist dazu zu sagen?

1. Der militärische Charakter von Maßnahmen ist keine notwendige Voraussetzung ihrer Zugehörigkeit zur Landesverteidigung. Der mobile militärische Bereich (die NVA) ist der Kern, aber nicht die ganze Landesverteidigung.¹⁴ Zugleich ist der Schutz der Staatsgrenze Aufgabe der ganzen Landesverteidigung. Folgerichtig heißt es im Verteidigungsgesetz: „Der Schutz des Friedens und der sozialistischen Errungenschaften des Volkes sowie die Gewährleistung der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen einschließlich des Luftraumes und der Territorialgewässer, der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten der sozialistischen Gemeinschaft erfordern von der Deutschen Demokratischen Republik die Organisation der Landesverteidigung.“¹⁵ Davon gehe ich aus. Es wird nicht die Zugehörigkeit der Grenztruppen und ihrer Maßnahmen zur Landesverteidigung geleugnet, sondern ihr originärer Beitrag bestimmt.

¹⁰ M. Gehmert, Schlußfolgerungen für Lehre und Forschung in Umsetzung der Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages. In: Militärwesen (GVS), Sonderheft April 1989, S. 40.

¹¹ R. Ziegenbein, Zum Schutz der Staatsgrenze der DDR als Bestandteil der sozialistischen Landesverteidigung. VVS-Nr.: G 738 196, Bl.3.

¹² Ebenda, Bl. 3 f.

¹³ Ebenda, Bl. 25f.

¹⁴ Vgl.: Autorenkollektiv, Sozialistische Militärpolitik und Wehrbereitschaft. Leitfaden. Berlin 1987, S. 255.

¹⁵ Verteidigungsgesetz, a.a.O.

2. Die Grenztruppen der DDR haben die erforderliche Gefechtsbereitschaft aufrechtzuerhalten um den Frieden zu sichern „durch die ständige Fähigkeit und Bereitschaft, an der Seite der NVA der DDR, der Sowjetarmee und der anderen Waffenbrüder in den verbündeten Armeen des Warschauer Vertrages den Kampf zur Verteidigung der Staatsgrenze gegen einen imperialistischen Aggressor aufzunehmen.“ Hier handelt es sich sehr wohl um militärischen Schutz des Friedens und der Staatsgrenze durch die Grenztruppen der DDR, aber eben nicht um Grenzsicherung und Grenzüberwachung. Davon ausgehend habe ich den Vorschlag für diese Formulierung im Grundsatzmaterial unterbreitet.

3. In der genannten Polemik werden die Wahrung der Sicherheit und der staatlichen Ordnung und die Landesverteidigung zumindest getrennt, wenn nicht gar einander gegenübergestellt. Das ist unrichtig und widerspricht dem prinzipiellen Herangehen der Partei.

4. Die Befugnisse, auf deren Grundlage die Grenztruppen der DDR in der Grenzsicherung und Grenzüberwachung handeln, erstrecken sich nach § 21 Grenzgesetz ausdrücklich auf die Durchsetzung von „Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet“.

5. Die Polemik geht offenkundig davon aus, daß der Begriff „Schutz der Staatsgrenze“ nur der Oberbegriff für Grenzsicherung und Grenzüberwachung ist. Das würde erklären, daß Aussagen über den militärischen Schutz der Staatsgrenze der DDR kurzschlüssig darauf bezogen werden.

Es heißt im Grundsatzteil unserer Vorschriften, die Grenztruppen der DDR verwirklichen den Schutz der Staatsgrenze durch Grenzsicherung und Grenzüberwachung. Es heißt nicht - und es kann auch nicht heißen: Der Schutz der Staatsgrenze wird durch Grenzsicherung und Grenzüberwachung verwirklicht.

Der Schutz der Staatsgrenze als System der Maßnahmen zur Wahrung ihrer Unverletzlichkeit beinhaltet weit mehr als nur die Unterbindung von Grenzverletzungen und ungesetzlichen Grenzübertritten nach den §§ 17 GG/213 StGB. Unverletzlichkeit der Staatsgrenze und Grenzverletzung sind keine korrelativen Begriffe. Gerade deshalb erfordert die Wahrung der Unverletzlichkeit der Grenzen die Organisierung der Landesverteidigung und nicht nur die Schaffung von Grenztruppen.

Das theoretische Kernproblem erfasst Oberst Dr. Ziegenbein, wenn er feststellt, daß die **Handlungen im Grenzdienst keine Gefechtshandlungen sind, die Ausbildung für den Grenzdienst demzufolge keine Gefechtsausbildung** ist.¹⁶ Das muss zu Ende gedacht werden.

¹⁶ R. Ziegenbein, a.a.O., S. 25f.

Nach dem Verständnis der marxistisch-leninistischen Militärwissenschaft verkörpert die militärische Taktik „die Theorie und Praxis der Vorbereitung und Durchführung des Gefechts von Einheiten, Truppenteilen (Schiffen) und Verbänden verschiedener Teilstreitkräfte, Waffengattungen und Spezialtruppen.“¹⁷

Wenn also Grenzsicherungsmaßnahmen keine Gefechtshandlungen sind, dann sind sie auch nicht mit Begriffen der militärischen Taktik, dann sind sie nicht mit militärischen Begriffen richtig zu erfassen...

Politisch und moralisch ist es ein gewaltiger Unterschied, wessen Klasseninteressen die rechtliche Regelung und die Anwendung bewaffneter Gewalt dienen. In diesem Sinne ist an unserer Argumentation nichts zurückzunehmen. Hier geht es um die ideologische Wertung. Sie darf aber nicht auf die zwischenstaatlichen Beziehungen übertragen werden. Da gilt das Völkerrecht - und das ist für alle gleiches Recht...

Wir dürfen freilich auch die Tatsachen an der Staatsgrenze nicht übersehen. Gerade in der Argumentation gegenüber unseren Kadern ist zu beachten, daß über lange Zeit tatsächlich die Grenzsicherung wesentlich auf das Prinzip von Beobachtung und Feuer gestützt war. Die Kader lernten einst selbst an der Offiziersschule auch für die Grenzsicherung, eine Sperre müsse durch Beobachtung und Feuer gesichert werden. Dem entsprachen auch der pionier-technische Ausbau und die Besetzung entsprechender Beobachtungstürme mit IMG [leichtes Maschinengewehr]. Wenn wir in der internen ideologischen Arbeit diese Fakten umgehen oder in Abrede stellen, dann leidet die Glaubwürdigkeit unserer politisch-ideologischen Arbeit.

Die nach militärischen Prinzipien organisierte Sicherung geht auf eine Zeit zurück, in der unsere gegenwärtigen gesetzlichen Regelungen noch nicht in Kraft und das europäische Vertragswerk über die Unverletzlichkeit der Grenzen noch nicht abgeschlossen waren. Nunmehr müssen wir derartige Praktiken sowohl in der Grenztaktik als auch in der Erziehung der Kader überwinden...

Die Auswertung und Verallgemeinerung guter Erfahrungen sind notwendig. Aber dabei stehenbleiben heißt, mindestens einen Schritt hinter den Erfordernissen der Praxis zurückbleiben. So vermag uns die Praxis zwar das Bewusstsein herangereifter Probleme zu geben - dafür Lösungen zu entwickeln, dazu bedarf es einer Wissenschaft, die sich nicht darin erschöpft, die jeweilige Praxis theoretisch zu begründen. Dazu gehört für den Wissenschaftler natürlich auch Mut zum Risiko, denn es ist keineswegs sicher, welche Bewertung seine Forschungsergebnisse erfahren werden. Die Entscheidung über ihre Nutzung wird vielmehr immer eine Führungsentscheidung sein...

¹⁷ Militärakademie "Friedrich Engels", Ausgewählte Begriffe..., a.a.O., S. 31.

In den Thesen ist die Feststellung enthalten, daß die DDR den Schutz der Staatsgrenze in Ausübung, ihrer souveränen Rechte auf der Grundlage des Völkerrechts und in seinem Rahmen gestaltet. Das Völkerrecht wird in innerstaatliches Recht umgesetzt und damit auch zur Grundlage der Handlungen der Grenztruppen. So, wie sich das Völkerrecht entwickelt, so schreiten auch seine Umsetzung in das innerstaatliche Recht, seine Verwirklichung in der DDR voran...

Am 10. Oktober 1980 wurde die „Konvention über Verbote oder Beschränkungen der Anwendung bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßig verletzen oder unterschiedslos wirken können“ aufgelegt. In Artikel 3 des Protokolls II dieser Konvention werden allgemeine Beschränkungen für die Anwendung von Minen festgelegt. Die Deutsche Demokratische Republik hat diese Konvention am 10. April 1981 unterzeichnet. Der Staatsrat hat sie ratifiziert. Die Ratifikationsurkunde wurde am 20. Juli 1982 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Diese Konvention sowie die ihr beigefügten drei Protokolle traten am 2. Dezember 1983 für die DDR in Kraft. Sie wurden am 31. Januar 1984 im Gesetzblatt der DDR veröffentlicht.¹⁸

Im Oktober 1983 gab Genosse Erich Honecker eine dementsprechende Entscheidung der Staatsführung der DDR über die Veränderung des pioniertechnischen Ausbaus der Staatsgrenze bekannt.¹⁹ In knapp zwei Jahren wurde sie konsequent verwirklicht. Es wird deutlich:

Erstens beteiligt sich die DDR prinzipiell an der weiteren Humanisierung des Völkerrechts. Sie gehörte zu den Staaten, deren Beitritt zu dieser Konvention ihre völkerrechtliche Inkraftsetzung bewirkte. Die BRD wird man in der entsprechenden Mitteilung vom 15. Dezember 1983 vergeblich suchen!²⁰

Zweitens setzt die DDR ihre Verpflichtungen konsequent in die Tat um. Es gibt keine Ausflüchte, sondern entsprechende Maßnahmen.

Drittens wird deutlich, daß in den Grenztruppen der DDR solche Entwicklungen im Völkerrecht aufmerksam verfolgt werden müssen, eben wegen der grundsätzlichen Position unseres Landes zum Völkerrecht. Bei dem von mir gewählten Beispiel umfasste die Zeit von der Auflegung der Konvention bis

¹⁸ Konvention über Verbote oder Beschränkungen der Anwendung bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßig verletzen oder unterschiedslos wirken können. GBl. der DDR, Teil II, Nr. 1, Berlin 31. 01. 1984, S. 1 ff.

¹⁹ Österreichische Presseagentur APA über das Gespräch mit Erich Honecker. Neues Deutschland (B), 06.10.1983.

²⁰ Mitteilung Nr. 6/1983 des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vom 15. Dezember 1983. GBl. Teil II, Nr. 1, 1984, S. 16.

zum Abschluss der Arbeiten durch die Grenztruppen der DDR rund sechs Jahre. Das ist für eine solche Größenordnung ein minimaler Zeitraum.

Viertens muss aber auch eindeutig klargelegt werden: Die Entwicklung und der Aufbau entsprechender Anlagen in den Jahren zuvor war nicht völkerrechtswidrig. Es gab keine Völkerrechtsnorm, durch die sie verboten wurden. Es gab aber eine unübersehbare Notwendigkeit für nachhaltige Maßnahmen angesichts der langjährigen Verweigerung der Respektierung der Staatsgrenze der DDR durch die BRD.

[Anmerkung:

Aus diesem unveröffentlichten Referat werden hier Auszüge abgedruckt. Die Auslassungen wurden gekennzeichnet, die Fußnoten fortlaufend neu nummeriert.]

Reform des Grenzregimes

DISSERTATION (B)

zur Erlangung des akademischen Grades
doctor scientiae philosophiae (Dr. sc. phil.)

vorgelegt dem Wissenschaftlichen Rat
der Militärakademie „Friedrich Engels“

von Oberstleutnant Dr. phil. Artur Pech
geboren am 7. August 1947 in Klein-Ziethen/Kreis Eberswalde

Gutachter:

Oberst Prof. Dr. sc. Hocke
Herr Prof. Dr. habil. Moschütz
Oberst Dr. sc. Freitag

Dresden, den 03. 05. 1990

Reform des Grenzregimes

Die Notwendigkeit einer Reform des Grenzregimes und der Grenztruppen der DDR

Die Reform des Grenzregimes und des Organs zu seiner Durchsetzung ist ein Bestandteil der revolutionären Veränderungen in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie muss deshalb als Teil dieses gesellschaftlichen Gesamtprozesses behandelt werden. Das erfordert zu ergründen, woraus die Notwendigkeit von Veränderungen resultiert und auch zu klären, warum das Grenzregime und das Organ zu seiner Durchsetzung nicht einfach abgeschafft werden können.

Was kann, was muss das Grenzregime der DDR bewirken, was kann und darf es nicht bewirken? Was können, was sollen die Grenztruppen der DDR dazu beitragen, was sollen, ja was dürfen sie nicht? Diese Fragen sind zu beantworten, wenn es um Veränderungen des Grenzregimes und der Grenztruppen der DDR geht. Dies ist umso bedeutungsvoller, da fehlende Wissenschaftlichkeit bei der Behandlung dieser Fragen und der aus ihnen erwachsenden Konsequenzen einen erheblichen Anteil an der Krise hatte, die im Sommer und Herbst des Jahres 1989 in der DDR zum Ausbruch kam.

1. Die Notwendigkeit der Reform des Grenzregimes resultiert aus dem Scheitern des administrativ-zentralistischen, des stalinistischen Sozialismusmodells in der DDR. Das bisherige Grenzregime und die Grenztruppen der DDR als Organ zu seiner Durchsetzung waren Bestandteile eines Systems, in dem die Selbstbestimmung der Bürger immer mehr durch anonyme Staatsentscheidungen ersetzt, die auch an der Staatsgrenze konsequent durchgesetzt wurden. Tatsächliche Notwendigkeiten des Schutzes der Republik verkamen immer mehr zum Deckmantel, mit dem dieser Sachverhalt verhüllt, mit dem zumindest von ihm abgelenkt wurde. Dieses System ist irreparabel zusammengebrochen. Es muss durch ein solches Grenzregime ersetzt werden, das den Anforderungen der demokratischen Erneuerung des Landes und dem Völkerrecht entspricht.

2. Das Ziel der Reform des Grenzregimes und des Organs zu seiner Durchsetzung muss es zunächst sein, einen handgreiflichen Beitrag zur demokratischen Erneuerung dieses Landes zu leisten. Das erfordert den Bruch mit allen Formen, Mitteln und Methoden, die aus dem administrativ-zentralistischen System der Vergangenheit resultierten.

Das mit der Durchsetzung der Ordnung an der Staatsgrenze und für den grenzüberschreitenden Verkehr beauftragte staatliche Organ muss sich un-

widerruflich von dem Makel lösen, Mittel der gewaltsamen Beherrschung innergesellschaftlicher Konflikte zu sein. Dies ist eine Bedingung der gesellschaftlichen Akzeptanz für den notwendigen Dienst an der Staatsgrenze.

3. Der bisherige Aufwand an der Staatsgrenze und die Überhebung der Grenztruppen waren Teil einer verfehlten Politik, der unser Volk den Abschied gegeben hat. Es muss deshalb eine bescheidenere Einordnung des Grenzschutzorgans in die Gesellschaft und einen drastischen Abbau der maßlosen Aufwendungen an der Staatsgrenze geben.

Die Untersuchung von Problemen der Staatsgrenzen kann von sehr unterschiedlichen Positionen aus und mit sehr verschiedenen Zielen erfolgen. Die bis in die Gegenwart dominierenden Untersuchungen galten dem Zusammenhang von Staatsgrenzen und territorialem Status quo. Die Behandlung von Fragen des Grenzregimes und der Grenztruppen der DDR setzt die Existenz dieses Staates in seinen Grenzen voraus. Erst auf dieser Grundlage sind aussagekräftige Untersuchungen zum Grenzregime möglich.

Ein Grundübel auch der Entwicklung des Grenzregimes und der Grenztruppen war die voluntaristische Politik der Staatsführung der DDR. Die von der politischen Führung vorgegebenen Ziele verselbständigten sich, waren nicht Ergebnis wissenschaftlicher Arbeit. durften selbst nicht kritisch hinterfragt werden.

Dieses Verhältnis schlug sich im Zuge der Forschungen zur Zweckbestimmung des Grenzregimes und der Grenztruppen der DDR bei derwertung der dabei erreichten Ergebnisse wiederholt in der Bewertung nieder: Die Ergebnisse sind wissenschaftlich exakt, politisch aber nicht zu gebrauchen. Erst aus der Sicht vom Ende des Jahres 1989 her lässt sich in den Grenztruppen der DDR dazu feststellen: Zur Begründung der Politik, des Grenzregimes und der Aufgaben, die den Grenztruppen der DDR bis zum 9.11.1989 von der Staatsführung der DDR gestellt wurden, waren diese wissenschaftlichen Ergebnisse tatsächlich nicht zu gebrauchen. So blieb nur eine stark verallgemeinerte Darstellung, die das Ziel verfolgte, im Rahmen des Möglichen einen modifizierenden Einfluss auf die Praxis der Grenztruppen auszuüben.

Dieser Einfluss blieb allerdings notwendigerweise begrenzt. Er erstreckte sich nur auf die propagandistische Darstellung dessen, was ohnehin und aus ganz anderen Gründen getan wurde. Wissenschaftliche Ergebnisse hatten - wo sie nicht der Begründung von Forderungen übergeordneter Führungsebenen dienten - keine Chance, in den Entscheidungsprozeß selbst einzugreifen.

Es war zu Beginn nur natürlich, daß es in unserem Lande hinsichtlich des Problems der Staatsgrenzen, des Grenzregimes und des Grenzsicherungsorgans keinen wissenschaftlichen Vorlauf gab. Die Dinge mussten praktisch gelöst werden, wenn sie auf der Tagesordnung standen. Theoretische

Lösungen konnten dabei nicht abgewartet werden. Besonders kompliziert war, daß sich die Frage der Staatsgrenzen in einer konkreten Ausprägung zeigte, für die historische Beispiele weitgehend fehlten.

Der einheitliche deutsche Nationalstaat hatte mit der Zerschlagung des Nazireiches aufgehört zu existieren. Deutschland wurde zu Besatzungszwecken in vier Besatzungszonen und das besondere Gebiet Berlin eingeteilt. Diese Besatzungszonen wurden durch Demarkationslinien voneinander getrennt.²¹ Damit gab es „deutsche Grenzen“ im Sinne der in Abkommen zwischen den USA, der UdSSR, Großbritannien und Frankreich festgelegten äußeren Grenze Deutschlands sowie die nur für eine bemessene Besatzungszeit bestimmten Demarkationslinien zwischen ihren Besatzungszonen.

Sie alle entwickelten sich - mit graduellen Unterschieden - zu den Staatsgrenzen der sich bis 1949 herausbildenden deutschen Staaten. Das war ein Prozess. Er begann 1945 und war mit der Gründung der DDR und der BRD 1949 noch nicht in allen Einzelheiten abgeschlossen. Die Demarkationslinien sollten ursprünglich lediglich administrative Bedeutung haben. Davon zeugen sowohl die Festlegung des Potsdamer Abkommens, Deutschland während der Besatzungszeit „als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten“²², als auch das erklärte Ziel, dem deutschen Volk die Möglichkeit einzuräumen, „zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen“.²³ Folgerichtig waren die Demarkationslinien ursprünglich kaum gesichert, war deren größtenteils unkontrollierte Überschreitung von einer Besatzungszone in die andere möglich. Das änderte sich erst im Zuge der gegensätzlichen Entwicklungen in den Besatzungszonen, die zur Bildung von zwei deutschen Staaten führten.

Aber auch damit war die Entwicklung der Demarkationslinie zwischen den ehemaligen West- und der sowjetischen Besatzungszone zur Staatsgrenze noch nicht abgeschlossen. Das fand seinen formalen Ausdruck u. a. darin, daß auch die Regierung der DDR bis in die Mitte der 50er Jahre in offiziellen Dokumenten noch von einer „Demarkationslinie“ sprach.²⁴

Tatsache ist, daß sich bis in die Gegenwart die Praxis an dieser Grenze erheblich von der an anderen Staatsgrenzen unterscheidet. Es muss einer detaillierten Untersuchung vorbehalten bleiben, inwieweit es sich dabei um die Eigen-

²¹ Die Demarkationslinien waren provisorische, nur für die Dauer der Besatzungszeit bestimmte Abgrenzungen zwischen den Besatzungszonen.

²² Das Potsdamer Abkommen. Dokumentensammlung, Berlin 1984, S. 222.

²³ Ebenda, S. 218.

²⁴ Vgl.: u. a. Brief des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, an den Stellvertreter des Ministers für auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, W.A. Sorin, vom 20. September 1955. In: Völkerrecht, Dokumente Teil 2, Berlin 1980, S. 425.

schaften einer Staatsgrenze handelt, die sich eben in ihrer Konkretheit von anderen unterscheidet, und inwieweit hier tatsächlich originäre Eigenschaften von Staatsgrenzen nur eingeschränkt oder aber - in Überreaktion - überspitzt zu Entfaltung kamen. So ist daran zu erinnern, daß beide deutsche Staaten in ihrem jeweils eigenen Interesse z.B. auf wirtschaftlichem Gebiet darauf verzichtet haben, dieser Staatsgrenze eine solche trennende Wirkung zu geben, wie dies für Staatsgrenzen normal ist.

Den genannten Entwicklungen der Staatsgrenze der DDR hatten das Grenzregime und die Grenzsicherungskräfte zu folgen. In dem Maße, in dem die DDR zum souveränen Staat wurde, musste sie ihren staatlichen Interessen auch an den Grenzen Ausdruck verleihen. Wie sie es tat, das wurde wesentlich von drei Faktoren bestimmt.

1. Die Entwicklung der Staatsgrenze und des Grenzregimes folgte über viele Jahre der Logik des kalten Krieges. Das schloss die Abwehr realer Gefahren von außen ebenso ein, wie die Reflexionen ideologischer Feindbilder und die von ihnen ausgehenden Wirkungen.
2. Die Frage der Staatsgrenzen wurde eindeutig von Überlegungen über die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen Staatsgrenzen dominiert. Nach zwei deutschen Versuchen der Neuaufteilung der Welt in diesem Jahrhundert mit ihren verheerenden Folgen hat jeder deutsche Staat die Pflicht, sich zu den im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen Staatsgrenzen zu bekennen. Die Dominanz dieses Bekenntnisses der DDR bewirkte aber auch, daß Fragen des Grenzregimes und der Grenzsicherungskräfte undifferenziert als Fragen der Bewahrung des politisch-territorialen Status quo behandelt wurden (werden mussten). Das lenkte in der Praxis von den tatsächlich mit den Grenzsicherungsmaßnahmen verfolgten Zwecken zu einem erheblichen Teil ab, wurde dem Wesen des Grenzregimes nicht gerecht und zeitigte Widersprüche, mit denen die Grenzsicherungskräfte nicht zurecht kamen.
3. Die Durchsetzung der legitimen Staatsinteressen der DDR verband sich mit der Ausprägung und Verfestigung eines stalinistischen Systems im Lande. Folgerichtig wurden Staatsinteressen unter Aufbietung des Machtapparates nicht nur vor äußeren Bedrohungen geschützt, sondern auch gegen das eigene Volk behauptet. Es kam zu einer Entfremdung von Staatsgewalt und Volk. Diese Entfremdung wurde in wachsendem Maße im Grenzregime und in den Grenztruppen der DDR spürbar.

Es war ein Mangel zurückliegender Forschungsarbeit, daß konkrete Aussagen zum Grenzregime von Überlegungen zur Bewahrung des territorialen Status quo verdrängt oder bis zur Unkenntlichkeit überlagert wurden. Deshalb ist eindeutig klarzustellen: Das Grenzregime umfasst

die Ordnung an der Staatsgrenze, in den Grenzgebieten (wo vorhanden) und für den grenzüberschreitenden Verkehr.²⁵ Es umfasst damit nicht die notwendigen militärischen Maßnahmen zur Bewahrung des territorialen Status quo.

Die umfassende Ausgestaltung des Grenzregimes der DDR setzte am Anfang der 50er Jahre ein.²⁶ Das waren sowohl die Ausübung legitimer Interessen an den Grenzen des Staates als auch bereits der Beginn stalinistischer Versuche, das Volk „in den Griff“ zu bekommen.

Die äußere Anspannung wuchs im Gefolge des kalten Krieges. Reale Gefahren für die Republik insbesondere in den 50er und an der Wende zu den 60er Jahren sind nicht zu leugnen. Das trifft insbesondere für das Jahr 1961 zu. Diese Seite des Problems wurde in der Literatur der DDR umfangreich dargestellt. Tatsache ist aber auch, daß die Art, in der diese Krise am 13.8.1961 gelöst wurde, ganz den Eigenarten eines stalinistischen Systems entsprach. Dieses System wurde mit der massenhaften Abwanderung der Bevölkerung nicht fertig und zog darum die Notbremse.

Natürlich wurde diese Abwanderung von Kräften außerhalb der Grenzen massiv mit dem Ziel gefördert, die DDR der BRD anzugliedern. Ebenso eindeutig muss allerdings festgestellt werden daß die Art, in der das Problem gelöst wurde, eine Entmündigung der DDR-Bürger bedeutete. Der kapitalistischen Verlockung des „Wirtschaftswunderlandes BRD“ wurde hauptsächlich das Argument der Macht entgegengesetzt.

Dieses Argument freilich vermag Probleme nicht dauerhaft zu lösen. Es vermag bestenfalls Bedingungen für die Lösung von Problemen zu schaffen. In diesem Sinne ließen sich die 60er Jahre gut an. Die Unterbindung ökonomischer Störeinwirkungen über die Grenze gab der DDR einen spürbaren Entwicklungsschub. Gerade in den Jahren nach 1961 entwickelte sich die DDR erfolgreich. Das Wachstum des Nationaleinkommens beschleunigte sich. „Die Einführung der 5-Tage-Arbeitswoche bei gleicher Bezahlung und der Jahresendprämie... die Erhöhung der niedrigen Einkommen und der Renten und die Ausdehnung des bezahlten Urlaubs in den Jahren 1966 und 1967 machten wirtschaftliche Erfolge auch individuell stärker spürbar.“²⁷ Es ist wohl vor allem diese erfolgreiche Entwicklung, die neben einer Gewöhnung

²⁵ Vgl.: Sowjetische Militärenzyklopädie, Auswahl, Berlin 1981, Heft 15, S. 112.

²⁶ Die spürbarsten Veränderungen erfolgten im Mai 1952 mit der Unterstellung der Deutschen Grenzpolizei an das Ministerium für Staatssicherheit, dem Erlass einer Verordnung des Ministerrates der DDR über die Verstärkung der Bewachung der Staatsgrenze zur BRD sowie der Errichtung von Sperrzonen, Kontrollstreifen und Sperrgebieten. Vgl.: Armeemuseum der DDR (Hrsg.), Zeittafel zur 40-jährigen Geschichte der Grenztruppen der DDR (Auswahl) 1946 bis 1986, o. O., o. J. (Dresden 1986), S. 1f.

²⁷ J. Herrmann (Hrsg.), Deutsche Geschichte in 10 Kapiteln. Berlin 1988, S. 461.

an die strikten Sicherungsmaßnahmen den entscheidenden Anteil daran hatte, daß bis zum Beginn der 70er Jahre ein rasanter Rückgang aller Versuche zu verzeichnen war, die DDR illegal zu verlassen. In diesem Sinne haben die administrativen Maßnahmen an der Staatsgrenze tatsächlich Voraussetzungen für die schöpferische Lösung von Problemen geschaffen, in diesem Sinne waren sie damit legitim.

Die völkerrechtliche Seite dieses Problems wird noch zu beleuchten sein. Hier soll lediglich klargestellt werden: 1961 war das Prinzip der Freizügigkeit bereits in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert. Dieses Dokument wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 beschlossen. Es ist eine Absichtserklärung mit moralischer Wirkung, hat jedoch nicht die bindende Wirkung einer von den Staaten ratifizierten völkerrechtlichen Konvention.²⁸

Ab Mitte der 60er Jahre änderte sich jedoch die Völkerrechtslage. Am 16. Dezember 1966 verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen die „Internationale Konvention über zivile und politische Rechte“. Sie wurde am 19. Dezember 1966 zur Unterzeichnung aufgelegt und trat am 23. März 1976, nach der Ratifikation durch die erforderliche Anzahl von Staaten in Kraft. Die DDR gehört dieser Konvention an. Ihr Artikel 12 hat den Wortlaut:

„1. Jeder, der sich rechtmäßig auf dem Territorium eines Staates aufhält, hat auf diesem Territorium das Recht, sich frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen.

2. Es steht jedem frei, jedes Land, auch sein eigenes, zu verlassen.

3. Die oben genannten Rechte dürfen keinen anderen Beschränkungen unterworfen werden als solchen, die durch Gesetz vorgesehen sind, die zum Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, Gesundheit oder Moral oder der Rechte und Freiheiten anderer notwendig sind und mit anderen, in dieser Konvention anerkannten Rechten zu vereinbaren sind.

4. Niemandem darf willkürlich das Recht entzogen werden, in sein eigenes Land einzureisen.“²⁹

In dem o. g. Zeitraum wurde dies zum geltenden Völkerrecht. Es war damit die Aufgabe der Staaten, ihre Rechtsordnung und ihre Praxis mit diesem Prinzip der Freizügigkeit in Übereinstimmung zu bringen. Es bestand damit auch aus völkerrechtlicher Sicht seit diesem Zeitpunkt Veranlassung, die Pra-

²⁸ Vgl.: B. Graefrath, Menschenrechte und internationale Kooperation. Berlin 1988, S.38f.

²⁹ Internationale Konvention über politische und Bürgerrechte vom 16. Dezember 1966. In: Ebenda, S. 219.

xis, politische Probleme im Lande durch ein straffes Grenzregime beherrschen zu wollen, zu überdenken.

Seit der Mitte der 60er Jahre begannen - auch mit Blick auf das Grenzregime - die internationale Lageentwicklung und die politische Praxis der DDR immer mehr auseinanderzulaufen. Nach einer großen Grenzprovokation auf der Elbe im Herbst 1966 folgte ein Regierungswechsel in Bonn. Es begann sich die Entwicklung einer „neuen Ostpolitik“ abzuzeichnen. Am Beginn der 70er Jahre folgte eine ganze Reihe von Verträgen, die u. a. mit der Anerkennung der europäischen Grenzen auch die der DDR beinhalteten.

Dem entsprach die parallel erfolgende Ausgestaltung des Grenzregimes der DDR nicht. So wurde gerade zu Beginn der 70er Jahre der Ausbau der Staatsgrenze mit einem neuen Typ von Minensperren eingeleitet und die Militarisierung der Grenztruppen auf ein neues Niveau gehoben. Spätestens seit diesem Zeitpunkt muss eindeutig festgestellt werden: Die Maßnahmen an der Staatsgrenze waren nicht mehr darauf gerichtet, administrative Voraussetzungen für die Lösung von Problemen im Lande zu schaffen. Unter wachsender tendenzieller Verletzung des Völkerrechts ging es immer mehr darum, das Volk „im Griff“ zu behalten.

Das fand seinen Ausdruck auch im Sprachgebrauch in den Grenztruppen der DDR. Wenn vom „Druck auf die Staatsgrenze“ die Rede war, dann verstand jeder Grenzer darunter die Versuche des illegalen Verlassens der Republik über die Staatsgrenze. In dieser Zeit wurde ganz wesentlich mit alarmistischen Methoden versucht, den Grenzdienst zu motivieren, obwohl sich **am Niveau der Versuche des ungesetzlichen Grenzübertritts von Mitte der 70er bis Mitte der 80er Jahre nichts wesentliches änderte.**

Voluntarismus, politisches Wunschdenken hatten in der DDR auch über Jahrzehnte wesentlichen Einfluss auf das Grenzregime - nicht nur gegenüber der BRD, auch gegenüber Polen und der Tschechoslowakei. So vereinbarte die DDR mit der CSSR und der Volksrepublik Polen ab Januar 1972 die Einführung des pass- und visafreien Reiseverkehrs.³⁰ Diese Regelung war ursprünglich mit einer Freigabe des Geldumtausches verbunden. Sie hatte zumindest zwei grundlegende Aspekte.

Erstens ermöglichten die genannten Regelungen tatsächlich Millionen Menschen, die jeweiligen Nachbarländer kennenzulernen und wurden deshalb auch allseitig begrüßt. Zweitens jedoch waren sie **Ausdruck einer politischen Absicht, die nicht durch eine entsprechende ökonomische Entwicklung getragen wurde.** Teilweise gravierende Unterschiede im Kon-

³⁰ Vgl. u. a.: Bekanntmachung über die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der Volksrepublik Polen über den grenzüberschreitenden Verkehr von Bürgern beider Staaten. GBl. 11, Nr. 28, 1972, S. 325.

sumgüterangebot auf den Verbrauchermärkten der beteiligten Staaten, Divergenzen in der Wirtschafts-, Preis- und Lohnpolitik mussten notwendigerweise Wirkungen zeitigen, die der erklärten politischen Absicht entgegenliefen. Der natürliche **Versuch vieler Bürger, Angebotslücken auf dem eigenen Markt nach Geldumtausch über das Nachbarland zu schließen, führte zu ökonomischen und politischen Belastungen.**

Da diese Belastungen insgesamt für die Öffentlichkeit ein Tabu-Thema blieben, gaben sie nationalistischen Stimmungen Auftrieb. Es wurde nicht deutlich, daß diese Belastungen in der Unfähigkeit oder Unwilligkeit der beteiligten Staatsführungen zu einer ökonomischen Politik begründet waren, die tatsächlich koordiniert eine Überwindung der Unterschiede bewirken konnte und sollte.

Tatsächlich begann bereits zu dieser Zeit ein Prozess der wachsenden Abschottung der genannten drei Staaten voneinander. Ohne die Öffentlichkeit über die Zusammenhänge auch nur annähernd zu unterrichten, wurden die Möglichkeiten für den Geldumtausch schrittweise immer weiter eingeschränkt. Diese Art einer „verdeckten“ Politik, die nicht auf die Überwindung von Hemmnissen für die weitere Öffnung der Grenzen, sondern vielmehr auf die Vertiefung ihrer trennenden Wirkung hinauslief, fand im Jahr 1988 einen Höhepunkt.

Angeichts der mit alten Maßstäben nicht mehr lösbaren Probleme wurde zu Beginn dieses Jahres eine solche Begrenzung des Umtausches von Mark der DDR in Kronen der CSSR verfügt, die spürbare Einschnitte für einen großen Kreis von DDR-Bürgern zur Folge hatte. Das betraf sowohl langjährige Einkaufsgewohnheiten in Grenznähe als auch die Unmöglichkeit, unter diesen Bedingungen noch einen normalen Urlaubsaufenthalt in der CSSR zu finanzieren. Da es zu anhaltenden Protesten über solche Entscheidungen kam, wurde in diesem Falle sogar über ihre Hintergründe – wenn auch verdeckt – informiert.³¹ Allein auch diese Information über ökonomische Sachverhalte vermochte den Protesten nicht die Spitze zu nehmen. Ohne über die damit verbundenen Probleme auch nur ein Wort zu verlieren, wurden die Entscheidungen deshalb wieder zurückgenommen. Sie hatten sich auch und gerade unter den Bedingungen der „alten DDR“ als politisch nicht durchsetzbar herausgestellt.³²

³¹ Am 04.12.1987 wurden "Westliche Falschmeldungen zum CSSR Reiseverkehr" dementiert. Dieses Dementi machte sich daran fest, dass Veränderungen der Formalitäten nicht beabsichtigt waren. Vgl.: Neues Deutschland (B), 4. 12. 1987, Am 19. 01. 1988 erfolgten dann Begrenzungen für den Umtausch von Mark der DDR in Kronen der CSSR. (Vgl.: Zum Reiseverkehr mit der CSSR. Neues Deutschland (B), 19. 01. 1988).

³² Am 16. 03.1988 wurde "im Ergebnis von Gesprächen Erich Honeckers mit Milos Jakes" die Aufhebung dieser Einschränkungen bekanntgegeben, ohne auf Gründe und Möglichkeiten einzugehen. Vgl.: Neues Deutschland (B), 16. 03. 1988.

Da die Ursachen jedoch nicht abgestellt waren und die Bedürfnisse des Volkes für ein stalinistisches Regime keine prägende Größe seiner Politik waren, sollten die Anfang 1988 gescheiterten Einschränkungen am Ende des Jahres verdeckt, über entsprechende Zollmaßnahmen durchgesetzt werden.³³ Dies war eine zu jener Zeit in einer ganzen Reihe von RGW-Staaten gängige Praxis. Die Abschottung sollte wirkungsvoll, aber weniger auffällig sein. In der Praxis jedoch bewirkten sie die Absage von Ausflügen in die CSSR aus grenznahen Ferienheimen, hatten sie nach deren Wiederaufnahme eine regelrecht beklemmende Atmosphäre in den Reisebussen zur Folge. Nach den derzeit geltenden Rechtsvorschriften wurde schließlich fast jeder Tourist zum Schmuggler.

Selbstverständlich können die konkreten ökonomischen Zwänge nicht geleugnet werden, die zu diesen Entscheidungen mit spürbaren Wirkungen auf das Grenzregime führten. Genauso deutlich ist aber auch festzustellen: **Die Entwicklung der ökonomischen Beziehungen ging an den wohlverstandenen Interessen der Bürger vorbei. Sie hatte nicht wachsende Annäherung, sondern wachsende Abschottung zur Folge.**

Hier liegen tatsächliche Gründe - und nicht Vorwände- für die Entwicklung des Grenzregimes und für entsprechende Aufgabenstellungen an die mit seiner Durchsetzung beauftragten Kräfte. Kurzschlüssige, „nur-politische“ Betrachtungen von Maßnahmen an der Staatsgrenze, wie sie bisher in der DDR weitgehend üblich waren, können dieses Wesen der Sache nicht erfassen.

Politische Entscheidungen über das Grenzregime, die nicht ökonomisch untersetzt sind, können letztlich nicht durchgestanden werden. Das gilt auch für populäre Maßnahmen zur Verminderung des trennenden Charakters der Staatsgrenzen. Es gilt damit auch für die Veränderungen im Grenzregime an der Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Berlin (West).

In diesen Komplex gehören zwei grundsätzliche Fragen. Erstens kann es keine Lösung auf Dauer sein, was Ende 1989 zur Verhinderung des spekulativen Abkaufs von Waren in der DDR verfügt wurde.³⁴ Auch hier gilt: Administrative Maßnahmen können und müssen den notwendigen Spielraum für die Lösung von Problemen schaffen, die Probleme selbst können sie nicht lösen. Das erfordert vielmehr ökonomische Maßnahmen, die der Spekulation ihre Grundlage - d.h. den Spekulationsgewinn - entziehen. Die Beschränkung auf administrative Entscheidungen und deren Durchsetzung bringt keine dauer-

³³ Am 18. 11. 1988 wurde auf die nicht bewältigten Probleme reagiert. In einer konzertierten Aktion wurden "Einzelheiten über neue Zollbestimmungen der CSSR" und "Maßnahmen im Interesse der Bürger der DDR" veröffentlicht (Vgl.: Neues Deutschland (B), 18. 11. 1988).

³⁴ Vgl.: Ministerrat beschloss Maßnahmen gegen Schieber und Spekulanten. Neues Deutschland (B), 24. 11. 1989.

hafte Lösung, hat jedoch negative Begleiterscheinungen - wie z. B. eine wachsende Ausländerfeindlichkeit in der DDR zur Folge.

Zweitens ist zu beachten, daß das Grenzregime an der Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Berlin (West), das eindeutig politisch motiviert war und das aus politischen Gründen einer drastischen Veränderung unterzogen werden musste, auch erhebliche ökonomische Wirkungen zeitigte. So sind Bedenken über einen Ausverkauf der DDR in der neuen Situation, die von vielen gesellschaftlichen Kräften geäußert werden, durchaus gerechtfertigt.³⁵ Diesen Bedenken Rechnung zu tragen - das erfordert zunächst effektive administrative Maßnahmen. Das schließt die baldige Durchsetzung effektiver Kontrollen im grenzüberschreitenden Verkehr ein. Es bleibt anzumerken, daß die BRD aus der Sicht ihrer Interessen ebenfalls effektive Kontrollen zur Durchsetzung ihrer Rechtsnormen anstrebt. Die für einen begrenzten Zeitraum vertretbare Praxis der „Großzügigkeit“ nähert sich auch dort ihrem Ende.³⁶ Allerdings darf auch in diesem Falle nicht die Illusion Platz greifen, dieses Problem administrativ lösen zu können. Es ist so wohl nur für einen gewissen Zeitraum beherrschbar. Zur Lösung bedarf es ökonomischer und politischer Maßnahmen.

Spürbare Entwicklungen im Grenzregime und im grenzüberschreitenden Verkehr gab es erst wieder in den 80er Jahren. Am 10. Oktober 1980 wurde die „Konvention über Verbote oder Beschränkungen der Anwendung bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßig verletzen oder unterschiedslos wirken können“, aufgelegt. In Artikel 3 des Protokolls II dieser Konvention werden allgemeine Beschränkungen für die Anwendung von Minen festgelegt. Die DDR hat diese Konvention am 10. April 1981 unterzeichnet. Der Staatsrat hat sie ratifiziert. Die Ratifikationsurkunde wurde am 20. Juli 1982 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt. Diese Konvention sowie die ihr beigefügten drei Protokolle traten am 2. Dezember 1983 für die DDR in Kraft. Sie wurden am 31. Januar 1984 im Gesetzblatt der DDR veröffentlicht.³⁷ Damit befand sich der Ausbau der Staatsgrenze der DDR zur BRD zu einem erheblichen Teil im Widerspruch zum geltenden Völkerrecht. Das ist ein wesentlicher Teil des Hintergrundes für die im Oktober 1983 er-

³⁵ Vgl.: Neues Forum gegen den Missbrauch der offenen Grenzen. Neues Deutschland (B), 24. 11. 1989.

³⁶ Vgl.: Neue Zollbestimmungen der BRD für DDR-Bürger. Neues Deutschland (B), 6./7. 1. 1990, DDR-Bürger werden zur Kasse gebeten. Neues Deutschland (B), 11. 1. 1990.

³⁷ Konvention über Verbote oder Beschränkungen der Anwendung bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßig verletzen oder unterschiedslos wirken können. GBl. der DDR, Teil II, Nr. 1, Berlin 31. 01. 1984, S. 1 ff.

folgte Bekanntgabe von Veränderungen des pioniertechnischen Ausbaus der Staatsgrenze der DDR, die in den folgenden zwei Jahren realisiert wurden.³⁸

Es kennzeichnet den Zustand, daß die Bekanntgabe dieser Entscheidung die Grenztruppen der DDR im Oktober 1983 überraschend traf. Sie wurden über den völkerrechtlichen Zusammenhang weder informiert noch verfügten sie über Mechanismen, um die Entwicklung des Völkerrechts selbst zur Kenntnis zu nehmen. Das ist bis zum Herbst 1989 bei allen wesentlichen, die Staatsgrenzen und das Grenzregime betreffenden Entscheidungen auch so geblieben.

Nach Mitte der 80er Jahre traten an der Staatsgrenze und insbesondere im grenzüberschreitenden Verkehr weitere spürbare Veränderungen ein. Die sich zuspitzende innenpolitische Situation der DDR schlug auf die Versuche des ungesetzlichen Grenzübertritts von DDR-Bürgern durch. **Nachdem von Mitte der 70er bis Mitte der 80er Jahre solche Versuche im Wesentlichen auf einem Niveau verharrten, das etwa 10 bis 15 Prozent desjenigen von 1962 betrug, stiegen die Zahlen seit Mitte 1985 ununterbrochen an.**³⁹

Zur politischen Beherrschung dieses Prozesses unfähig oder nicht willens traf die damalige Staatsführung Entscheidungen zur Perfektionierung des Grenzregimes. Sie verband dies mit einer wachsenden „Großzügigkeit“ bei der Handhabung von Genehmigungen zur ständigen Ausreise aus der DDR und von Besuchen in "dringenden Familienangelegenheiten" in der BRD und in Berlin (West). Die Zahl der genehmigten ständigen Ausreisen wurde - im Verhältnis zu den langjährigen Durchschnittswerten - auf ein Vielfaches erhöht. Die Besuchsreisen von Bürgern unterhalb des Rentenalters in die BRD und nach Berlin (West) stiegen teilweise explosionsartig. Ohne dem Prinzip der Freizügigkeit umfassend Rechnung zu tragen, gab es eine Tendenz, sich ihm nach dem Prinzip der „kleinen Schritte“ anzunähern.

Diese Wertung findet sich u. a. auch in einer Einschätzung des BRD-Staatssekretärs Hennig vom 27. September 1989. Wie er feststellte, konnten 1982 „nur 40 000 Besuche in dringenden Familienangelegenheiten von Deutschen unterhalb des Rentenalters bei uns (d.h. in der BRD und in Berlin-West) gemacht werden. 1988 waren es mehr als 1,5 Millionen.“⁴⁰

Das waren zweifellos Schritte zur Verwirklichung der Freizügigkeit. Wie weit sie allerdings von ihrer umfassenden Realisierung entfernt blieben, davon

³⁸ Österreichische Presseagentur APA über das Gespräch mit Erich Honecker. Neues Deutschland (B), 06. 10. 1983.

³⁹ Vgl.: Anlage [Hier nicht abgedruckt].

⁴⁰ Ottfried Hennig, Konzeption und Maßstäbe einer aktiven Deutschlandpolitik. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 101/1989, 4. 10. 1989, S. 875.

zeugen die Entwicklungen nach dem 9. November 1989. Die Zahlen vergangener Jahre wurden danach in wenigen Tagen erreicht.⁴¹

Bewertet man die Nacht vom 9. zum 10. November 1989 unter dem Gesichtspunkt des Grenzregimes, dann ist festzustellen: Die Genehmigung zum legalen Grenzübertritt wurde - als Bestandteil einer insgesamt verfehlten Politik - vor allem bei Reisen in nichtsozialistische Staaten und nach Berlin (West) nur nach einem für den Betroffenen nicht durchschaubaren Entscheidungsprozeß erteilt. Diese Praxis hatten die Grenzsicherungskräfte mit der Unterbindung aller nicht genehmigten - also illegalen - Grenzübertritte durchzusetzen.

Seit dem 10. November 1989 unterliegt die Entscheidung über die Ein- oder Ausreise von Bürgern der DDR fast ausschließlich ihrem persönlichen Entschluss. Die Grenzsicherungskräfte sichern einen möglichst reibungslosen, kontrollierten grenzüberschreitenden Verkehr.

Mit dem Stand von Januar 1990 ist also festzustellen: Der Unterschied des gegenwärtigen Grenzregimes zu dem vor dem 13. August 1961 besteht darin, daß der Anspruch auf die Kontrolle des gesamten grenzüberschreitenden Verkehrs allgemein anerkannt ist. Dies war auch eine öffentlich erklärte Absicht der Sicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961.⁴² Die Praxis, mit dem Grenzregime das Volk im Griff zu behalten, die Missachtung des Prinzips der Freizügigkeit, hat sich erledigt. Grenzkontrollen sind nunmehr lediglich Mittel zur Durchsetzung von rechtlich geregelten, legitimen Interessen des Staates.

Dabei war gerade 1989 ein Jahr der extremen Gegensätze. In diesem Jahr kam es zur Zuspitzung und zum Ausbruch lange schwelender Krisenprozesse in der DDR und in einer Reihe weiterer sozialistischer Staaten Europas. Ursachen, Inhalt und Verlauf dieser Prozesse sind hier nicht näher zu untersuchen. Die Darstellung beschränkt sich auf die mit dem Grenzregime und den Grenzsicherungskräften der DDR verbundenen Fragen.

Im Gefolge politischer Veränderungen in mehreren sozialistischen Staaten ergab sich ab dem Sommer 1989 für DDR-Bürger die Möglichkeit, im Transit über diese Staaten nach der BRD auszureisen. Ihrer alten Denkweise verhaftet, bemühte sich die damalige Staatsführung der DDR, diesem Problem wiederum mit administrativen Mitteln zu begegnen. Es ging auch hier nicht um die Auseinandersetzung mit den Ursachen, sondern um die Ausdehnung

⁴¹ Allein im Zeitraum vom 9. bis zum 22. 11. 1989 wurden mehr als fünfeinhalb Millionen Reisende aus der DDR in die BRD gezählt. Vgl.: Neues Deutschland (B), 23.11. 1989.

⁴² Im Beschluss des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. August 1961 hieß es, es werde „eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist.“ Vgl.: Neues Deutschland (B), 13. 08. 1961, S.1.

alter Praktiken an der Staatsgrenze nunmehr auch auf die zu unserem östlichen und südlichen Nachbarland. Während erklärt wurde, diesen Bürgern „keine Träne nachzuweinen“ **erfolgte gleichzeitig eine massive Verschärfung des Grenzregimes der DDR an der südlichen und östlichen Staatsgrenze. Dort wurden die Grenzsicherungskräfte verstärkt um auch diese Grenzen undurchlässiger zu machen. Diese Entwicklung mündete bis in die Aussetzung des visafreien Reiseverkehrs mit der CSSR.**

Dies alles heizte die ohnehin gespannte innenpolitische Lage in der DDR weiter an. Ohne auch nur den Versuch zu unternehmen einen politischen Konflikt mit politischen Mitteln zu lösen wurden die Grenzsicherungskräfte für den Versuch seiner gewaltsamen Beherrschung missbraucht. Sie wurden dabei in ihren Möglichkeiten zugleich extrem überfordert. Viele Angehörige der Grenzsicherungskräfte wurden damit durch Befehle in eine Lage gebracht, die mit rechtsstaatlichen Mitteln nicht zu bewältigen war. Diesen Konflikt konnte ein erheblicher Teil der eingesetzten Kräfte jedoch nur unbewußt reflektieren, weil sie zugleich über die tatsächlichen Rechtsgrundlagen ihrer Handlungen weitgehend nicht informiert wurden und auf die Rechtsstaatlichkeit der ihnen erteilten Befehle vertrauen mussten.

Die Ausreisewelle vom Sommer/Herbst 1989 ist auf die Krise der DDR zurückzuführen. Möglich wurde sie durch politische Entwicklungen in Nachbarstaaten, die von der bis dahin geübten Praxis abrückten. In der Ausreisewelle verbanden sich damit innen- und außenpolitische Entwicklungen.

Die hier geübte Einseitigkeit der Darstellung vor allem des Zusammenhangs innerer Prozesse der DDR zum Grenzregime und zu den Grenztruppen der DDR ist nicht willkürlich und auch nicht Ausdruck der Außerachtlassung von internationalen Zusammenhängen.

Die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des Grenzregimes und der Grenztruppen der DDR entspringt nicht äußeren Ursachen, sondern der inneren Entwicklung des Landes. Das internationale Umfeld wirkt auf die DDR, die Entwicklungen in der DDR wirken auf das äußere Umfeld zurück. Die Reform des Grenzregimes und der Grenztruppen der DDR ist aber eben nicht äußeren Ursachen geschuldet, sie ist Teil der Überwindung eines stalinistischen Systems im Lande. Sie ist allerdings durch internationale Entwicklungen zu einem großen Teil erst ermöglicht worden.

Die Entwicklung der Grenzsicherungskräfte der DDR setzte Ende November 1946 in der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ein. Das war die Zeit des beginnenden kalten Krieges. Die Schaffung solcher Grenzsicherungskräfte muss aus der Sicht gegenwärtig zugänglicher Dokumente zumindest unter folgenden Gesichtspunkten gesehen werden:

1. Sie erfolgte auf Befehl der SMAD, war also ein Bestandteil sowjetischer Deutschlandpolitik.
2. Sie erfolgte in einer Zeit, in der die UdSSR ihre erste militärstrategische Konzeption für einen Krieg in Europa nach dem Ende des zweiten Weltkrieges entwickelte. In dieser (defensiven) Konzeption wurde deutschen Grenzpolizeikräften eine konkrete Aufgabe zugewiesen.⁴³
3. Sie erfolgte in einer Zeit, in der sich die Gegensätze zwischen der sowjetischen Deutschlandpolitik und der Deutschlandpolitik der Westmächte zuspitzten. Gegensätzliche Entwicklungen in ihren Besatzungszonen waren die Folge, wurden davon zumindest wesentlich beeinflusst. Damit verbundene Sicherheitsinteressen wurden durch die Grenzpolizei unmittelbar an der Demarkationslinie durchgesetzt. Im Übrigen bleibt anzumerken, daß der Bildung einer Grenzpolizei in der sowjetischen Besatzungszone entsprechende Schritte in den Westzonen z. T. bereits um mehr als ein Jahr vorausgingen.⁴⁴

Über die Wirksamkeit der grenzpolizeilichen Tätigkeit jener Jahre liegen bereits seit längerer Zeit Untersuchungen vor.⁴⁵ Bei quantitativer Verstärkung wurde diese Art der Handlungen bis an den Anfang der 50er Jahre beibehalten.

Die Grenzsicherungskräfte entwickelten sich nach Gründung der DDR als Grenzpolizei zunächst im Bestand der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei im Ministerium des Innern zum zentral geleiteten Grenzsicherungsorgan der DDR. Im Mai 1952 erfolgte ihre Unterstellung unter das Ministerium für Staatssicherheit. Das war Bestandteil umfassender Maßnahmen zur Ausgestaltung des Grenzregimes der DDR in einer neuen Qualität. Dazu zählten u. a. die Errichtung von Kontrollstreifen, Schutzstreifen und Sperrzonen an der Staatsgrenze zur BRD mit Beschränkungen für die Ein- und Ausreise sowie den Aufenthalt.

Zeitgleich damit setzte auch der verhängnisvolle Prozess der Militarisierung der Grenzpolizei ein. Mit Befehl des Ministers für Staatssicherheit vom 24.9.1952 wurden militärische Dienstgrade in der Deutschen Grenzpolizei eingeführt.⁴⁶ Weitere Schritte auf dem Wege der Formierung einer Grenz-

⁴³ Vgl.: Operativer Plan der Handlungen der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland. In: Einheit, Berlin, 1989, 6, S. 583.

⁴⁴ Vgl.: u. a.: Verordnung Nr. 72 des Staatsministeriums des Innern über die Bildung einer Bayerischen Landesgrenzpolizei vom 15. November 1945. In: Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt, 1946, S. 217.

⁴⁵ Vgl.: Wilfried Hanisch, Vom schweren Anfang. Beiträge zur Geschichte der Grenztruppen der DDR, Heft 1, o. O., o. J. (1986), S. 32 ff.

⁴⁶ Armeemuseum der DDR (Hrsg.), Zeittafel, Dokumente und Fotos zur Geschichte der Grenztruppen der DDR. Dresden 1986, Dokument 10: Befehl des Ministers für Staatssicherheit vom

truppe waren die Bildung des „Kommandos der Deutschen Grenzpolizei“ am 1. März 1957, die am 14. August des gleichen Jahres eingeführte militärische Struktur und schließlich der Beschluss des Nationalen Verteidigungsrates vom 15. September 1961 über die Unterstellung der Deutschen Grenzpolizei an das Ministerium für Nationale Verteidigung.⁴⁷

Alle diese Schritte wurden ausdrücklich mit „äußeren Bedrohungen“ begründet. Der Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Hoffmann, stellte dazu am 15. September 1961 ausdrücklich fest: „Auch in der Vergangenheit standen die Truppenteile der Deutschen Grenzpolizei und die Truppenteile der Nationalen Volksarmee in brüderlicher Geschlossenheit auf Wacht für den Frieden und den Schutz unserer sozialistischen Heimat gegenüber allen feindlichen Provokationen und Aggressionsversuchen. Jetzt wird die Einheit unserer Anstrengungen, unsere Republik zuverlässig nach außen zu schützen, noch enger, noch fester und durch das einheitliche Kommando zu einer unlöslichen Kampfgemeinschaft zusammengeschmiedet.“⁴⁸

Dieser Weg war aus mehreren Gründen verhängnisvoll. Zunächst zeugte er davon, daß im Dienste der seit Anfang der 50er Jahre vom stalinistischen System in der DDR betriebenen Militarisierung der Grenzsicherungskräfte eine tiefgründige wissenschaftliche Arbeit zur originären Funktion von Grenzsicherungskräften - eben der Deutschen Grenzpolizei - unterblieben war. Dieses wissenschaftliche Manko bildete eine theoretische Voraussetzung für die Einvernahme der Deutschen Grenzpolizei durch das Ministerium für Nationale Verteidigung. Das Grenzsicherungsorgan wurde von nun an führungsseitig so behandelt, wie die Streitkräfte.

Politisch wesentlicher aber war, daß mit dieser Veränderung auch die Grenzsicherungskräfte ausschließlich auf den äußeren Schutz der Republik fixiert wurden. Obwohl das in der Praxis nie gestimmt hat, gingen davon doch verheerende Wirkungen für die Grenztruppen und ihre Entwicklung aus. Hier liegt eine strukturelle Ursache für Fehlentwicklungen im Lande. Sie wirkt noch bis an das Ende der 80er Jahre, wenn selbst nach dem 40. Jahrestag der DDR gefordert wird, daß „im Prozess der Erneuerung des Sozialismus auf dem Boden der DDR die Schutzfunktion der NVA und der Grenztruppen der DDR unmissverständlich auf den Schutz nach außen definiert wird und

24. 9. 1952 über die Einführung neuer Rangbezeichnungen und Rangabzeichen in der Deutschen Grenzpolizei.

⁴⁷ Vgl.: Wilfried Hanisch, Für den Schutz der Staatsgrenze der jungen Republik. Beiträge zur Geschichte der Grenztruppen der DDR, Heft 2, o. O., o. J. (1986), S. 25ff.

[Anmerkung im Jahr 2014: Der Nationale Verteidigungsrat fasste diesen Beschluss am 28. August 1961. Am 15. September erließ der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates den entsprechenden Befehl.]

⁴⁸ Nationale Volksarmee übernimmt Kommando Grenze. In: Der Grenzsoldat, 9 (1961) 38, 21. September 1961.

damit eine klare Absage an die praktizierte Verzerrung erfolgt, daß sie auch zumindest mit administrativen Mitteln die Folgen innerer sich verschärfender politischer Widersprüche abfangen oder gar beseitigen sollten.“⁴⁹ Sosehr der letzteren Forderung zuzustimmen ist, so sehr zeugt der gesamte Gedankengang doch davon, wie eine jahrzehntelange strukturelle Entwicklung die notwendige Klarheit über die unterschiedliche Funktion von Streitkräften und Grenzsicherungskräften nicht hat entstehen lassen bzw. verschüttet hat.

Bereits einfache Sachverhalte verdeutlichen die Unzulässigkeit der Gleichsetzung der Zweckbestimmung von Grenzsicherungskräften und Streitkräften, die Falschheit auch der ausschließlichen Ausrichtung der Grenzsicherungskräfte auf den „Schutz nach außen“. So hat z.B. die Zurückweisung eines nicht verkehrssicheren Fahrzeuges aus dem Ausland sehr wohl den Zweck, die Verkehrssicherheit im Lande, also einen Teil der inneren Sicherheit zu gewährleisten. Sie hat zugleich äußere Wirkung, denn sie betrifft zugleich die Beziehungen zum Herkunftsstaat. Ähnlich verhält es sich mit Fahndungsmaßnahmen an der Staatsgrenze sowohl gegen Straftäter aus dem In- als auch aus dem Ausland. So ist u. a. darauf zu verweisen, daß die Mehrzahl der Fahndungsaufgriffe in der BRD - die im Interesse der Sicherheit dieses Staates liegen - an seinen Staatsgrenzen erfolgt.⁵⁰

Um gravierende inhaltliche Konsequenzen aus strukturellen Fehlentscheidungen deutlich zu machen, ist auf einen wesentlichen Prozess beispielhaft einzugehen. Seit dem Anfang der 60er Jahre erfolgt die Ausbildung von Kadern der Grenztruppen der DDR fast ausschließlich an militärischen Lehreinrichtungen. Sie folgte damit den an solchen Einrichtungen üblichen Prinzipien und Programmen. Es ist eine notwendige Folge dieser Praxis, daß die Führungskader der Grenztruppen der DDR sich zu einem außerordentlich großen Teil durch eine frappierende Unkenntnis der gesetzlichen und völkerrechtlichen Grundlagen des Dienstes an der Staatsgrenze auszeichnen. Das wurde im Zuge der Entwicklung in wachsendem Maße durch die Verwirklichung des nicht nach den Rechtsnormen fragenden Prinzips von Befehl und Gehorsam in den Grenztruppen der DDR ersetzt. Wo professionelle Kenntnis erforderlich ist, kann bis in die Gegenwart bestenfalls mit individuellem, amateurhaftem Bemühen gerechnet werden.

Die Eingliederung in den militärakademischen, in den militärischen Hochschulbetrieb kanalisierte das Denken der Führungskader und ließ häufig Fra-

⁴⁹ W. Hanisch, Wem dienen wir? Eine Betrachtung zum Verfassungsauftrag der NVA und der Grenztruppen der DDR. In: Volksarmee, Berlin (1989) 48, S. 7.

⁵⁰ Im Jahr 1986 wurden z. B. durch den Bundesgrenzschutz der BRD 101.734 Personen an der Staatsgrenze aufgegriffen, davon waren 42 779 Fahndungsaufgriffe. Vgl.: Tätigkeitsbericht des Bundesgrenzschutzes 1987. In: BGS. Zeitschrift des Bundesgrenzschutzes, Melsungen (1988) 2, S. 11.

gen nach den rechtlichen Grundlagen des Handelns an der Staatsgrenze nicht erst entstehen. Das war ein nicht unwesentliches Element des Missbrauchs der Grenztruppen der DDR. Sie sind dem Wesen der Sache nach zur Durchsetzung der Rechtsnormen an der Staatsgrenze und für den grenzüberschreitenden Verkehr bestimmt. Sie haben Recht durchzusetzen und bei seiner Durchsetzung selbst einzuhalten. Dabei wird auf dem eigenen Territorium unmittelbar als vollziehendes Organ der Staatsgewalt gehandelt. Diese Zweckbestimmung trifft auf die vergleichbaren Organe aller Staaten zu. Diese Zweckbestimmung unterscheidet diese Organe von den Streitkräften. Das Negieren dieses Unterschiedes in inhaltlichen und strukturellen Fragen war eine Voraussetzung des Missbrauchs der Grenztruppen als Instrument zur administrativen Beherrschung gesellschaftlicher Prozesse.

Die Eingliederung der Grenzsicherungskräfte in den Unterstellungsbereich des Ministeriums für Nationale Verteidigung hatte gravierende Folgen. Es ist in diesem Sinne nicht gleichgültig, wem ein Organ unterstellt wird. Diese strukturelle Entscheidung hat theoretische und praktische Konsequenzen und ist das Ergebnis eines politischen Prozesses. In der DDR war sie Teil einer verfehlten Politik, der stalinistischen Reaktion auf die Krise vom Beginn der 60er Jahre. Das hat Probleme nicht gelöst, sondern langfristig zugespitzt und vertagt. Die Wirkungen haben die DDR am Anfang der 80er Jahre eingeholt.

Heute eine Reform des Grenzregimes der DDR vorzunehmen und ein adäquates Organ zu seiner Durchsetzung zu schaffen, erfordert Klarheit über die theoretischen, politischen und strukturellen Probleme und theoretisch begründete Positionen. Die Wissenschaft darf nicht mehr vorher getroffenen Entscheidungen nur noch die höhere Weihe erteilen, sie muss begründete Aussagen über Wesen und Zweck von Staatsgrenzen, Grenzregime und Grenzsicherungskräften bereitstellen. Erst diese Grundlagen ermöglichen tatsächlich tragfähige Entscheidungen, die auch den Interessen des Volkes der DDR langfristig entsprechen.

Die genannten Konsequenzen struktureller Entscheidungen der Vergangenheit gebieten die Feststellung: Wie immer auch mit dem Organ verfahren wird, das der Staat für die Durchsetzung des Grenzregimes unterhält: Dieses Organ muss so geführt werden und strukturell beschaffen sein, wie es seiner originären Funktion, seiner Zweckbestimmung entspricht. Welche Regelung auch immer getroffen wird: Nie wieder darf die Assimilierung an andere Organe zugelassen werden, die eine andere Zweckbestimmung haben. Sie hätte in der Konkretheit andere, generell jedoch ebenfalls Fehlentwicklungen zur Folge. In diesem Sinne sollte deshalb der dominierenden internationalen Praxis gefolgt werden. Diese Position stützt sich auf Klarheit zu den Fragen:

- nach dem Wesen der Staatsgrenzen und den daraus resultierenden Anforderungen an das Grenzregime;
- nach der Funktion des Grenzsicherungsorgans;

Es spricht für sich, wenn solche Fragen bislang noch nicht umfassend untersucht wurden. Ihre Klärung ist von genereller Bedeutung für den Staat. Sie ist auch und gerade für das Selbstverständnis der Grenzsicherungskräfte wichtig.

Das Wesen der Staatsgrenzen

Staatsgrenzen zu untersuchen heißt zu klären, welche Interessen die Staaten mit ihren Grenzen, an ihren Grenzen und über ihre Grenzen hinweg haben und zu realisieren streben und wie die Staatsgrenzen dadurch geprägt werden.

Für den Staat sind seine Grenzen in mehrfacher Hinsicht bedeutsam

- a) Als eindeutige Kennzeichnung seines Hoheitsgebiets, eine seiner grundlegenden Existenzbedingungen.
- b) Zur Regulierung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten, und des grenzüberschreitenden Verkehrs.
- c) Als Rand des Raumes legitimer Machtausübung des Staates und damit der Durchsetzung der Rechtsordnung des Staates. Sie wird nicht unwesentlich dadurch beeinflusst, daß an den Staatsgrenzen in der Regel auch die Ausübung legitimer Staatsgewalt endet. Wer Staatsgrenzen überschritten hat, der ist dem unmittelbaren Zugriff der Staatsgewalt entzogen. Das hat eine zweifache (teilweise alternative, teilweise sich ergänzende) Konsequenz. Entweder die Beziehungen zum Nachbarstaat sind derart, daß die Grenzüberschreitung für die Durchsetzung der Rechtsordnung innerhalb des Staates von geringer Bedeutung ist (dies ist ein wesentlicher Gesichtspunkt, der für die Reduzierung von Kontrollmaßnahmen gegeben sein muss), oder aber es ist ein solches Regime an der Grenze zu schaffen, mit dem die staatlichen Interessen auch im entgegen gesetzten Falle durchgesetzt werden.
- d) Als Rand des Gebietes, in dem sich eine konkrete Volkswirtschaft entwickelt, die sowohl der Verbindung mit anderen Volkswirtschaften bedarf als auch der Trennung von ihnen. In seiner Ausprägung von konkret - historischen Faktoren abhängig, bleibt auch dieses dialektische Verhältnis prinzipiell solange bestehen, wie der Staat bestehen bleibt.

Mit der Entwicklung der Gesellschaft und der Staaten verändern sich die Bedürfnisse, die der Staat an den Grenzen zu realisieren strebt. Die Staatsgrenzen unterliegen einer Vielzahl von Einflussfaktoren, die in jedem Einzelfall

erfasst werden müssen, wie die politischen Beziehungen zwischen den aneinandergrenzenden Staaten, deren politische Ziele, die selbst wiederum durch den Zusammenhang von Ökonomie und Politik geprägt sind, die ökonomischen Verhältnisse in den aneinandergrenzenden Staaten (insbesondere Unterschiede zwischen ihnen, die Konsequenzen für die Ordnung an den Staatsgrenzen nach sich ziehen).

Generell ist damit festzustellen: **Es geht immer um Interessen, die an den Staatsgrenzen (und über sie hinweg) realisiert werden und die sich an den Staatsgrenzen brechen. Jede Fragen der zwischenstaatlichen Beziehungen wirken auf die Staatsgrenzen und auf die Lage an den Staatsgrenzen. Umgekehrt wirken die Staatsgrenzen und die Maßnahmen zu ihrem Schutz darauf zurück.**

Damit unterliegen die Staatsgrenzen naturgemäß nicht nur den Anforderungen der Außen - sondern auch denen der Innenpolitik. Auch diesem Gesichtspunkt muss bei der Untersuchung Rechnung getragen werden.

Die Staatsgrenzen trennen das Feld der Außenpolitik von dem der Innenpolitik und sind deshalb mit beiden verbunden.

Der Rand des Hoheitsgebiets, seine Begrenzung (d. h. eben die Staatsgrenze) kann sinnvoll in seinem Wesen nicht untersucht werden, ohne von der Bedeutung des Hoheitsgebiets für den Staat auszugehen. Aus ihrer Funktion zur Realisierung von Staatsinteressen und aus ihrer Eigenschaft, das Hoheitsgebiet des Staates zu umschließen, ergibt sich das Wesen der Staatsgrenzen. Erst in diesem Kontext haben geographische Betrachtungen zu Grenzfragen ihren Sinn. Sie sind für die praktische Realisierung der mit den Staatsgrenzen verbundenen Interessen wichtig. Nur auf dieser Grundlage ist auch zu erfassen, warum die Staaten ihre Grenzen schützen und welche Zwecke sie mit dem Grenzregime verfolgen.

Staatsgrenzen werden im Allgemeinen als Trennlinien bezeichnet. Sie nur unter diesem Blickwinkel zu betrachten hieße jedoch, einer Halbwahrheit und damit letztlich der Unwahrheit das Wort zu reden. Sosehr die trennenden Eigenschaften von Staatsgrenzen auf der Hand liegen, so sehr wird eine wissenschaftliche Untersuchung nach den verbindenden Eigenschaften von Staatsgrenzen zu forschen haben. Ein dialektisches Verständnis gebietet die Feststellung, daß **Staatsgrenzen stets zugleich trennen und verbinden. Keine dieser Seiten ist zu verabsolutieren.** Schließlich kann sich kein Teil der Menschheit (die in Staaten organisiert ist) isoliert von der Menschheit insgesamt entwickeln. Umgekehrt kann die trennende Eigenschaft der Staatsgrenzen nicht vollends aufgehoben werden, solange Staaten bestehen. Diese Dialektik ist objektiv. Ihr muss in konkreten politischen Entscheidungen Rech-

nung getragen werden. Wo dies nicht erkannt und realisiert wird, sind negative bis katastrophale Auswirkungen die Folge.

Diese Feststellungen gelten generell. Die konkret - historischen Verhältnisse haben dabei jedoch eine entscheidende Wirkung darauf, welche Seite in dieser Einheit von Gegensätzen dominiert. So ist jede Grenze wie ein Tor - Es kann fest verschlossen und stark gesichert sein oder weit geöffnet und kaum bewacht - je nach den Umständen.

Staatsgrenzen entstehen und vergehen mit den Staaten. Das gilt generell - d.h. für die Herausbildung und Aufhebung der Staatsgrenzen überhaupt - und auch für konkrete Staaten und Staatsgrenzen.

Die Entwicklung der Staatsgrenzen unterliegt - ebenso wie die der Staaten - der objektiven Wirkung der materiellen Verhältnisse.

Die Herausbildung der Staatsgrenzen ist ein Teilaspekt der Entstehung des Staates. Damit war die Gesellschaft nicht mehr nach Geschlechtsverbänden organisiert. „An ihre Stelle trat eine ganz neue Organisation auf Grund der... Einteilung der Bürger nach dem bloßen Ort der Ansässigkeit. Nicht mehr die Zugehörigkeit zu den Geschlechtsverbänden, sondern nur der Wohnsitz entschied; nicht das Volk, sondern das Gebiet wurde eingeteilt, die Bewohner wurden politisch bloßes Zubehör des Gebiets.“⁵¹

Das begründete eine neue Rolle der Grenzen, die nunmehr zu Staatsgrenzen geworden waren. Grenzen, die das Gebiet einteilten, teilten jetzt auch die Menschen ein (ein Ansatz, aus dem sich die Personalhoheit der Staaten entwickelt). Waren vorher Grenzen Ausdruck der Endlichkeit des Siedlungsraumes von durch Blutsbände verbundenen Gemeinschaften, so sind nunmehr die von den staatlichen Grenzen umschlossenen Territorien konstituierende Faktoren der gesellschaftlichen Organisation.

Bei erheblichen Entwicklungen in der Folgezeit setzt damit ein Prozess ein, der die Anforderungen an die Staatsgrenzen verändert. Nur mit dem Territorium verfügt der Staat auch über Bürger. Das Gebiet wiederum bietet die natürlichen Voraussetzungen für die Existenz des Staates und seiner Bürger. Die daraus resultierende Doppelfunktion der Staatsgrenzen - Menschen einzuteilen, indem Territorium eingeteilt wird - ist von nun an in allen einschlägigen Untersuchungen zu beachten. Daraus erklärt sich aber auch die Hartnäckigkeit der Auseinandersetzungen um die Staatsgrenzen, um ihren konkreten Verlauf.

Mit der Entstehung des Staates bildet sich auch das Recht heraus. Damit sind wir auf den Zusammenhang von Recht und Staatsgrenzen verwiesen.

⁵¹ F. Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Im Anschluß an Lewis H. Morgans Forschungen. In: Marx/Engels, Werke (MEW) Bd. 21, Berlin 1962, S. 114.

1. Die Staatsgrenzen trennen auch verschiedene Rechtsordnungen voneinander. Damit sind sie unmittelbar mit der Durchsetzung des Rechts verbunden, weil eine Grenzüberschreitung auch den Wechsel in den Geltungsbereich anderen Rechts nach sich zieht. Das ist auch von enormer Bedeutung für die Wahrung der Rechtssicherheit im gesamten Staat.
2. Die Überschreitung der Staatsgrenzen wird durch die Staaten rechtlich normiert, wobei die einzelnen Normen – wie alles Recht - von den konkret - historischen Verhältnissen bestimmt werden.
3. Staatsgrenzen selbst sind Gegenstand rechtlicher Regelungen in zumindest zweifacher Hinsicht. Einmal wird ihr Verlauf durch völkerrechtliche Verträge festgelegt (das können Friedensverträge, Grenzverträge u. a. sein). Zum anderen werden auch grundlegende Übereinkommen zum grenzüberschreitenden Verkehr in völkerrechtlichen Dokumenten fixiert. Dazu zählen sowohl die Festlegungen für die Grenzübergangsstellen, die Abwicklung des Verkehrs, von Privilegien usw.

Im Zuge der Herausbildung des Staates werden also Grenzen zu Staatsgrenzen. Sie stehen, im unmittelbaren Zusammenhang mit allen wesentlichen Merkmalen des Staates.

Ein Wesensmerkmal der Staatsgrenzen ist es, sowohl die territorialen als auch die personellen Machtbereiche der Staaten voneinander zu trennen. Es geht damit um die Menschen und um die natürlichen Grundlagen ihrer Existenz. Schließlich markieren die Staatsgrenzen auch im Wesentlichen den Rand des Gebietes, das für die Ausbeutung der Natur zur Verfügung steht (Meeresressourcen und die gesondert zu betrachtenden Kolonialgrenzen einmal ausgenommen).

Zum Wesen der Staatsgrenzen gehört, daß sie keine absolute Trennung des Staates und seiner Bürger von der Umwelt bewirken können und in aller Regel auch nicht sollen. Es darf nicht übersehen werden, daß sich an den Staatsgrenzen und über die Staatsgrenzen ökonomische, ökologische, kulturelle u. a. Prozesse vollziehen. Über die Staatsgrenzen hinweg gibt es den Handel. An den Staatsgrenzen selbst ergreifen die Staaten konkrete Maßnahmen zur Durchsetzung politischer wie ökonomischer Interessen (Durchsetzung von Sicherheitsinteressen im grenzüberschreitenden Verkehr, Zölle, Handels - bzw. Ein- und Ausfuhrverbote, Embargos usw. aber auch konkrete Maßnahmen zur Förderung des Handels.

Das damit verbundene Grundproblem wird deutlich, wenn es heißt „Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet... An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander...

Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt.“⁵² Es ist also die ökonomische Entwicklung, die sowohl Anforderungen an die trennende Wirkung, von Staatsgrenzen stellt als ihr auch immer wieder begegnet.

Finanzmaßnahmen, die Durchsetzung der Regelungen für den Import und Export an den Grenzen sind ein wesentlicher Bestandteil des wirtschaftspolitischen Instrumentariums der Staaten. Es wird genutzt, um der ökonomischen Entwicklung durch konkrete, politisch vermittelte Maßnahmen die Richtung zu geben. Eine bedeutende Wirkung geht dabei von der in den aneinander grenzenden Staaten erreichten Arbeitsproduktivität und der von ihnen verfolgten Wirtschafts- und Sozialpolitik aus. Sie entscheiden letztlich auch über den Spielraum für konkrete handelspolitische Maßnahmen, die an den Staatsgrenzen realisiert werden und über den Apparat, der dafür eingesetzt werden muss bzw. kann. Die Trennung und zugleich Verbindung der Volkswirtschaften der Staaten ist ein Wesensmerkmal der Staatsgrenzen.

Die Entwicklung der Staatsgrenzen

Im Zuge der Entstehung der Staaten und ihrer Entwicklung werden die bis dahin flächenhaften Grenzen zu Grenzlinien. Aus dem Grenzwald, der Grenzwüste, der Grenzeinöde usw. wird eine Linie, die als Staatsgrenze im Gelände deutlich gemacht, 'markiert' wird. Dieser Prozess erstreckt sich über Jahrtausende und ist selbst in der Gegenwart in einem wesentlichen Bereich (der oberen Begrenzung des Hoheitsgebiets) weltweit noch nicht zum Abschluss gekommen.

Bei derartigen Dimensionen sind Stagnationsphasen und selbst partiell rückläufige Tendenzen. nicht nur nicht auszuschließen, sondern geradezu normal. Wo sich im Ergebnis des Wirkens konkret-historischer Faktoren zu relativ früher Zeit bereits Grenzlinien herausbildeten, kann im Verlaufe der Geschichte partiell durchaus wieder eine gegenläufige Entwicklung eingetreten sein. Die historische Tendenz jedoch ist die Entwicklung der Grenzen von der Fläche (Geländestreifen unterschiedlicher Breite) über die Linie (als Abgrenzung des Staatsgebietes auf der Erdoberfläche) wiederum zur Fläche (als allseitige räumliche Begrenzung des Hoheitsgebiets der Staaten).

⁵² K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW, Bd. 4, Berlin 1972, S. 466.

Diese Entwicklung wird bereits im Wort „Hoheitsgebiet“ deutlich. Es erfasst den ursprünglichen Sachverhalt und bezieht sich auf einen Teil der Erdoberfläche. Das heutige Hoheitsgebiet der Staaten ist aber keine Fläche, sondern ein Raum. Er besteht aus den innerhalb der Staatsgrenzen gelegenen Land- und Wassergebieten, den (bei Küsten- und Inselstaaten) Territorialgewässern sowie dem Erdinneren unter und dem Luftraum über diesen Gebieten.⁵³

Es ist zu konstatieren, daß die frühzeitige Herausbildung von Grenzlinien mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse unmittelbar verbunden war. Die Herausbildung der ersten Stadtstaaten im Bewässerungsgebiet des Zweistromlandes wurde wesentlich durch die Reproduktionsbedingungen in diesem Bereich geprägt.

Aus dem 26./25. Jahrhundert v. u. Z. sind keilschriftliche Urkunden zu Grenzregelungen in Südbabylonien bekannt. Sie enthalten Beschreibungen des Zustandekommens der Grenze (durch Krieg) sowie die Festlegung der Grenzlinie und ihre Markierung im Gelände. Wörtlich heißt es: „Bis in die ferne Zukunft sollen sie die Grenze... nicht übertreten, den Graben nicht ändern, die Denkstele nicht versetzen“. Nach diversen Namensnennungen wird fortgesetzt: „Er ließ einen Graben vom großen Fluss... ausstechen... Wenn ein Mann den Grenzgraben... überschreitet, um das Landstück an sich zu reißen...“, so soll er vernichtet werden.⁵⁴

Zu erklären ist dieses frühe Zeugnis einer Grenzlinie eben aus dem auf einem Kanalsystem und Bewässerung beruhenden Landwirtschaftssystem der Stadtstaaten dieser Zeit, in dem die Aufteilung des bewässerten Bodens eine außerordentliche Rolle spielte und ungenutzte Grenzflächen frühzeitig ausschloss. Es entstand damit das gesellschaftliche Bedürfnis nach genauer Abgrenzung, eben nach Grenzlinien. Sie entstanden zu einer Zeit, da im mitteleuropäischen Raum die Gentilordnung herrschte bzw. sich im 2. Jahrtausend v. u. Z. die Verhältnisse der militärischen Demokratie durchsetzen, also noch nicht einmal Staaten, geschweige denn Staatsgrenzen (gar als Linien) bestanden.⁵⁵

Die Herausbildung von Grenzlinien in Europa - Jahrtausende nach dem ersten bekannten Auftreten von Grenzlinien in der Geschichte der Menschheit - hatte ebenfalls materiell determinierte konkret - historische Ursachen.

In der bürgerlichen deutschen Literatur liegen zahlreiche Arbeiten zum Problem der Entwicklung der Grenzlinie aus dem Grenzsaum in Mitteleuropa

⁵³ Vgl.: Stichwort Staatsgebiet (Hoheitsgebiet) im Wörterbuch der Außenpolitik und des Völkerrechts, Berlin 1980.

⁵⁴ F. Thureau - Danguin, Die sumerischen und akkadischen Königsinschriften, Leipzig 1907, S. 10 ff, S. 36ff.

⁵⁵ Vgl.: J. Herrmann (Hrsg.), Deutsche Geschichte in 10 Kapiteln, Berlin 1988, S. 12.

vor.⁵⁶ Sie konstatieren die Entwicklung hier im Mittelalter. So heißt es bereits in einer der ersten deutschen Arbeiten zu diesem Thema: „Das Netz der Siedlungen war aus weiten Maschen gewebt. Grund und Boden zum Aufteilen war genügend vorhanden... Der Wald schien unerschöpflich zu sein. Erst mit dem Wachstum der Bevölkerung wurden die Allmenden und schließlich oft auch der Grenzwald zerkleinert, jetzt erwachte das Bedürfnis nach genauer Abgrenzung.“⁵⁷ Dieser Autor findet durch Vergleich von Grenzurkunden die Herausbildung der Grenzlinie im von ihm untersuchten mitteleuropäischen Bereich vom 10. bis zum 14. Jahrhundert.⁵⁸

Das sind die objektiven Prozesse, die der Überwindung der Grenzsäume. und der Herausbildung der Grenzlinie zugrunde lagen (davon zu unterscheiden sind die Festlegungen konkreter Grenzen, bei denen unter der Dominanz der jeweiligen konkreten Kräfteverhältnisse natürliche Gegebenheiten wie Flüsse, Wasserscheiden oder Kammlinien in Gebirgen usw. beachtet werden konnten, bei denen man sich aber auch nicht selten über dererlei Faktoren hinwegsetzte). Die Grenzlinien in Mitteleuropa bildeten sich mehr als dreitausend Jahre nach der Entstehung der ersten bekannten Grenzlinien heraus. Dieser Prozess folgte jedoch der gleichen Gesetzmäßigkeit.

Die Untersuchung der Veränderung der Grenzen von der Fläche zur Linie macht ihre Abhängigkeit von Entwicklungen der materiellen Lebensbedürfnisse der Menschen und dem Entwicklungsgrad der Produktivkräfte deutlich. Auch nach der Entstehung der Staaten bildete sich die heute übliche Grenzlinie in einem langen historischen Prozess heraus.

Eine nähere Betrachtung der grundlegenden Wirkungen der Produktivkräfte auf die konkret-historische Ausprägung der Staatsgrenzen bestätigt die Entwicklung. Das Hoheitsgebiet des Staates, das an seinen Grenzen endet (Ausnahmeregelungen wie z.B. für Luftfahrzeuge und Schiffe bleiben außer Betracht) gestaltete sich von der Fläche zum Raum um. Ursprünglich als „Hoheitsgebiet“ eine Fläche, bezog es später das Erdinnere ein. Der Zusammenhang zum Bergbau ist nicht zu übersehen. Man konnte ihn bereits vor Jahrhunderten u. a. auch dort beobachten, wo heute die Staatsgrenze der DDR verläuft. So waren Fragen des Bergbaus der Anlass für eine Auseinan-

⁵⁶ Vgl.: u. a.: H. Helmolt, Die Entwicklung der Grenzlinie aus dem Grenzsäume im alten Deutschland. In: Historisches Jahrbuch im Auftrage der Görres -Gesellschaft. München 1896, F. Ratzel, Politische Geographie. München 1903, S. 239 ff,

H. Hirsch, Zur Entwicklung der böhmisch -österreichisch - deutschen Grenze. Ein Beitrag zur historischen Geographie Böhmens. In : Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen, Prag 1 (1926).

K. Haushofer, Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung. Heidelberg -Berlin - Magdeburg 1939, S. 131ff.

⁵⁷ H. Helmolt, a. a. O., S. 240f.

⁵⁸ Ebenda, S. 263.

dersetzung um die Grenze am Fichtelberg im Jahre 1529.⁵⁹ (Aktuell spielen bzw. spielten an der Staatsgrenze der DDR zur BRD u. a. Fragen der Braunkohle - und Erdgasförderung sowie der Verpressung von Abwässern in unmittelbarer Grenznähe eine Rolle.)⁶⁰

Die Einbeziehung des Luftraums in das Hoheitsgebiet wurde bedeutsam, als der Mensch ihn durch die Entwicklung der Technik beherrschen lernte. Es ist bemerkenswert, daß es nicht von vornherein selbstverständlich war, den Luftraum in das Hoheitsgebiet einzubeziehen. So gab es durchaus einen Ansatz, der, ähnlich der Freiheit der Meere, die Freiheit der Luftfahrt verfocht. Mit der militärischen Nutzung des Luftraums im Kriege hatten sich solche Ansätze jedoch erledigt.⁶¹

Aus aktueller Sicht bleibt festzuhalten: Mit Fortschritten bei vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen muss auch die Konzeption des „offenen Himmels“ keine Illusion bleiben. Sie kann vielmehr Bestandteil eines solchen Prozesses sein, wie jüngste Beispiele belegen.⁶²

Seit den 50er Jahren vollzieht sich nunmehr der Prozess der Begrenzung der Hoheitsgewalt des Staates in der Höhe. Er wurde durch die Raumfahrt ausgelöst, also wiederum durch die Entwicklung der Technik, durch die Entfaltung der Produktivkräfte. In der Literatur heißt es dazu: „Die Ausarbeitung von Rechtsnormen, durch die Rechte und Pflichten von Subjekten internationaler Rechtsverhältnisse festgelegt werden, konnte... erst mit Beginn dieser Tätigkeit, dem 4. Oktober 1957, praktisch bedeutsam werden.“⁶³

⁵⁹ C. Müller, Eine Schönburgisch-Hartsteinische Grenzrainung am Fichtelberg 1529. In: Neues Archiv für Sächsische Geschichte und Altertumskunde 55 (1934), S. 161 - 177.

⁶⁰ Es handelt sich über den Einzelfall hinaus um das grundsätzliche Problem der grenzüberschreitenden Umweltbelastungen, das in allen Medien an Bedeutung zunimmt.

⁶¹ Im von einem Autorenkollektiv unter Leitung von W. Teuchert herausgegebenen Luftrecht - Grundriss, Berlin 1979, heißt es dazu auf S. 53: "Die rechtliche Regelung der Lufthoheit ist historisch entstanden. Sie wurde primär von den Sicherheitsinteressen der Staaten bestimmt. In Bezug auf den Luftraum standen sich in der historischen Entwicklung verschiedene Theorien gegenüber. Die wichtigsten sind die Luftfreiheits-theorie, die Luftzonentheorie und die Lufthoheitstheorie."

Vgl.: M. A. Dausen: Die Grenze des Staatsgebietes im Raum, Berlin (West) 1972; Die Grenze zwischen Luftraum und Weltraum als Gegenständen rechtlicher Regelung. Inaugural- Dissertation Würzburg 1969.

Bei der Würdigung der rechtlichen Zusammenhänge ist freilich zu beachten, dass der Prozess selbst durch die Entwicklung der Technik, der Produktivkräfte in Gang gesetzt wurde und dann einer rechtlichen Regelung unterzogen wurde.

⁶² So wird gegenwärtig eine Konferenz Warschauer Vertrag - NATO zur Schaffung eines Regimes gegenseitiger Überflüge ("Offener Himmel") vorbereitet. Vgl.: u. a.: DDR und Kanada beraten Abrüstungsfragen. In: Neues Deutschland (B), 11. 01. 1990.

⁶³ Institut für Internationale Beziehungen der Akademie für Staats - und Rechtswissenschaft der DDR (Hrsg.), Weltraumrecht. Berlin 1978, S. 18.

Die gegenwärtig z. B. durch das Grenzgesetz der DDR geregelte obere Begrenzung des Hoheitsgebietes (es bezieht den Luftraum ein und lässt damit den oberhalb des Luftraumes beginnenden Weltraum außerhalb hoheitlicher Ansprüche) war dabei keineswegs von Anfang an selbstverständlich. So wurden mit dem Aufkommen der Raumfahrt auch Auffassungen diskutiert, nach denen die Umkreisung der Erde durch künstliche Erdsatelliten das Hoheitsgebiet der Staaten verletze, die er überfliegt. Dennoch hat sich das Prinzip der oberen Begrenzung durchgesetzt. Die Bedeutung dieser Entwicklung resultiert u. a. daraus, daß der Luftraum uneingeschränkt staatlicher Souveränität untersteht, der Weltraum jedoch nicht. Praktisch bedeutsam sind in diesem Zusammenhang u. a. die Fragen, ab wann es sich bei der Stationierung von Massenvernichtungsmitteln um einen Verstoß gegen das entsprechende Verbot des Weltraumvertrages handelt,⁶⁴ - bzw. ab wann der Einsatz von Aufklärungsmitteln z. B. zur Überwachung von Maßnahmen der Rüstungskontrolle/ Abrüstung eine unzulässige Verletzung der Souveränität, eine Einmischung in innere Angelegenheiten ist.⁶⁵ Es ist allerdings festzuhalten, daß über die genaue Höhe, bis zu der sich die Hoheitsansprüche der Staaten erstrecken, noch keine Einigung erzielt wurde.⁶⁶

Das Hoheitsgebiet, welches die Staatsgrenzen umschließen, hat sich im Verlaufe der Existenz der Staaten von der Fläche zum in jeder Richtung begrenzten Raum entwickelt. Der Mensch, ursprünglich an die Erdoberfläche gebunden, erschloss sich das Erdreich, den Luftraum und den Kosmos und stand damit angesichts der Existenz von Staaten vor der Notwendigkeit, auch dort bzw. diesen Sphären gegenüber Abgrenzungen vorzunehmen. Eine spezielle Seite hat die durch Bedarf an Ressourcen und Schaffung der technischen Möglichkeiten eingeleitete Entwicklung des Meeresbergbaus, der Nutzung von Meeresressourcen und der Ressourcen des Festlandsockels ausgelöst (Schaffung von Wirtschaftszonen mit entsprechenden Begrenzungen wie auch von internationalen Regelungen für den Meeresbergbau).⁶⁷

Es sind also objektive Prozesse, die eine konkret- historische Untersuchung der Staatsgrenzen erfordern. Die Klärung der Wirkungen der Produktivkräfte räumt dabei auch mit der Illusion auf, Probleme der Staatsgrenzen nur aus-

⁶⁴ Vgl.: Ebenda, S. 31.

⁶⁵ Vgl.: Weltraumrecht, a. a. O., S. 22ff, S. 30 ff. Der in der Presse vertretene Auffassung, der Einsatz von Aufklärungssatelliten sei a priori völkerrechtswidrig, muss aus dieser Sicht widersprochen werden. Vgl.: Junge Welt vom 10. 11. 1988.

⁶⁶ Weltraumrecht, a. a. O., S. 28 ff. Im Grundriss Völkerrecht, Autorenkollektiv, Berlin 1983. S. 150 heißt es dazu: "Bei der Klärung der Frage nach dem Geltungsbereich des Weltraumrechts ist die Abgrenzung des Weltraums vom Luftraum zu beachten. Sie ist heute noch nicht definitiv zu beantworten..."

⁶⁷ Vgl.: Seerechtskonvention der Vereinten Nationen, UN-Doc. A/CONF. 62/12 vom 7. 10. 1982. Auszugsweise abgedruckt in: E. Oeser, Der internationale Streit. Berlin 1987, S. 177 ff.

gehend vom politischen Willen der jeweils die Staatsmacht ausübenden Kreise erfassen zu können. Vielmehr ist auch hier nach den Determinanten dieses Willens zu fragen. Aus objektiven Prozessen resultieren die Anforderungen. Realisiert werden sie über das politische Handeln.

Ein anschauliches Beispiel dafür sind die mit der Schaffung des EG-Binnenmarktes verbundenen Prozesse. Auch in diesem Falle lassen sich die trennenden Wirkungen der EG-Binnengrenzen nicht einfach „aufheben“. Vielmehr vollziehen sich zwei miteinander verbundene Prozesse.

Die politische Absicht der Schaffung des EG-Binnenmarktes resultiert aus der Vorstellung, eine weltweit konkurrenzfähige europäische Wirtschaftsmacht zu schaffen. Angesichts der Entwicklung der modernen Produktivkräfte und der internationalen Arbeitsteilung sind die einzelnen Mitgliedstaaten der EG damit überfordert. Ihre Ressourcen bilden - jeweils für sich genommen - dafür keine ausreichende Basis. Die Vereinigung dieser Ressourcen allerdings böte die Möglichkeit, zur weltweit bestimmenden Wirtschaftsmacht zu werden. Dabei kann der EG-Binnenmarkt ein wirksames Mittel der Stimulation sein.

Dieser Binnenmarkt kann jedoch nicht voraussetzungslos eingeführt werden. Der weitgehenden Aufhebung der trennenden Wirkung von Grenzen zwischen den EG-Staaten muss vielmehr die Angleichung von innerstaatlichen Regelungen auf vielen Gebieten vorausgehen. Das betrifft Fragen der Wirtschaft und des Wirtschaftsrechts, das Strafrecht, die Kriminalitätsbekämpfung u. a. m. Dies alles erfordert ein weitgehend koordiniertes Gesetzgebungsverfahren zwischen den EG-Mitgliedstaaten ebenso, wie die Übertragung von souveränen Rechten der Staaten auf ihre gemeinsamen Institutionen. Wenn also der Binnenmarkt eine Angleichung des Leistungsvermögens der Staaten bewirken soll, dann setzt er Angleichungen auf diesen Gebieten voraus. Diese Angleichungen sind notwendige Bedingungen der Reduzierung der trennenden Wirkungen der „EG-Binnengrenzen“. Vollständig aufgehoben werden können auch diese trennenden Wirkungen erst mit der vollständigen Übertragung nationaler Souveränitätsrechte an gemeinsame Institutionen, d.h. mit der Beendigung eigenstaatlicher Existenz innerhalb der EG.⁶⁸

Unabhängig von einer solchen Perspektive vollzieht sich mit der Reduzierung der trennenden Wirkungen der EG-Binnengrenzen die Übertragung solcher

⁶⁸ Der hier untersuchte Zusammenhang ist Gegenstand einer breiten Diskussion innerhalb der EG. Vgl.: u. a.: M. Bangemann, Auswirkungen und Perspektiven der Vervollendung des Binnenmarktes. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, den 10. 11. 1988, Nr. 149, S. 1338;

EG-Staaten wollen Grenzen dichtmachen. In: Neues Deutschland (B), 21. 1. 1989; Sonderspur für Verbrecher. In: Horizont, Berlin (1989) 2.

Wirkungen auf die Außengrenzen der EG. So ist u. a. eine Voraussetzung für die Reduzierung von Grenzkontrollen zwischen den EG-Staaten ein einheitlicher Standard der Grenzkontrollen an den EG-Außengrenzen. Gerade die Tatsache, daß dies im Prozess der Entwicklung der Beziehungen zwischen DDR und BRD an ihrer Grenze als Teil der EG-Außengrenze nicht gewährleistet ist, hat zumindest eine Verzögerung der Inkraftsetzung von Vereinbarungen über die Reduzierung von Grenzkontrollen zwischen einer ganzen Reihe von EG-Staaten bewirkt.⁶⁹

Zusammenfassend bleibt festzustellen: Die Vorstellung, an den Vorzügen einer EG-Mitgliedschaft teilzuhaben ohne zugleich alle Konsequenzen - einschließlich der sozialen - in Kauf zu nehmen, ist eine Illusion. Die Aufhebung der trennenden Wirkung der Grenze in ihrer Totalität - wie sie durch eine Vereinigung z.B. der beiden deutschen Staaten erfolgen würde - bedarf der Klarheit über die Gesamtheit dieser Voraussetzungen und Konsequenzen.

Deutsche Staatsgrenzen

Das Problem der „innerdeutschen Grenzen“ hat in der politischen Entwicklung seit dem Oktober 1989 außerordentlich an Aktualität: gewonnen. Es berührt unmittelbar vielfältige Vorschläge der Gestaltung der Beziehungen zwischen DDR und BRD. Historisch knüpft die Theorie von den „innerdeutschen“ Grenzen an die staatsrechtliche Konstruktion sowohl des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ als auch des 1871 durch „Blut und Eisen“ geschaffenen Deutschen Reiches an.

Für die Betrachtung der deutschen Staatsgrenzen ist es von außerordentlicher Bedeutung, daß es in Deutschland nicht zur Festigung einer zentralen Staatsgewalt, sondern vielmehr zu einer spezifischen feudalstaatlichen Entwicklung kam. Weltliche und geistliche Fürsten errichteten bereits frühzeitig „in scharfen Auseinandersetzungen untereinander und mit der Zentralgewalt relativ geschlossene Herrschaftskomplexe.“ Wenn auch noch relativ ungefestigt, so handelte es sich hier doch schon um staatliche Gebilde.⁷⁰

Eine regionale Zentralisation der feudalen Staatsgewalt setzte damit bereits im 11. Jahrhundert ein.⁷¹ Im 13. Jahrhundert schließlich wurde den deutschen Fürsten durch die kaiserliche Politik die territoriale Integrität bestätigt.⁷² Damit wurde nicht nur, wie Engels es einmal nannte, für Deutschland einer der

⁶⁹ Vgl.: BRD: Grenzkontrollen auch nach 1990. In: Neues Deutschland (B), 4./5. 11. 1989.

⁷⁰ L. Stern/H. Gericke, Deutschland in der Feudalepoche von der Mitte des 11. Jh. bis zur Mitte des 13. Jh. Berlin 1985, S. 119.

⁷¹ L. Stern/E. Voigt, Deutschland in der Feudalepoche von der Mitte des 13. Jahrhunderts bis zum ausgehenden 15. Jahrhundert. Berlin 1966, S. 67.

⁷² Ebenda, S. 122.

wesentlichen Fortschrittshebel des Mittelalters - die Tendenz zum nationalen Staat - verspielt.⁷³ Es bildete sich zugleich hinsichtlich der deutschen Staatsgrenzen ein eigentümlicher Doppelzustand heraus: Einerseits bestand das Reich mit einer äußeren Grenze. Andererseits gab es im Reich souveräne Staaten mit dazugehörigen Staatsgrenzen. Sie trennten die Wirtschaftsgebiete dieser Einzelstaaten durch Zollgrenzen, den Geltungsbereich landesherrlicher Gesetzgebung usw.⁷⁴

Für das Reich wiederum „kam in der Landfriedensordnung von 1486 erstmals die Formel „Römisches Reich Deutscher Nation“ in Gebrauch, und im Kölner Reichstagsabschied von 1512 gewann die Bezeichnung „Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation“ endgültig für drei Jahrhunderte Gestalt. In diesem neuen Selbstverständnis wurden die deutschen Reichsteile als Kernlande von den nicht-deutschen Gebieten des Reiches abgehoben.“⁷⁵

Wenngleich es sich dabei noch nicht um das Verständnis eines bürgerlichen Nationalstaates handelte, so widerspiegelte es doch „das Gefühl ethnischer, politischer und historischer Zusammengehörigkeit der Deutschen.“⁷⁶

Zugleich ist zu beachten, daß die einzelnen Staaten z. T. über die Reichsgrenze hinaus griffen. Nur Teile Preußens gehörten zum Reich. Damit wurde dieser deutsche Staat selbst von der Reichsgrenze geteilt. Dies hatte im innerstaatlichen Leben Preußens praktisch allerdings wenig Bedeutung. Bedeutsam war vor allem die Grenze des Teilstaates, innerhalb derer sich Machtausübung, Wirtschaftsentwicklung, Rechtssetzung, Rechtsverwirklichung usw. vollzogen.

Anzufügen bleibt bei einer Betrachtung des Verhältnisses von Reichsgrenzen und Grenzen der Territorialstaaten, daß man die letzteren, für das praktische Leben bedeutsameren, als Grenzen zwischen deutschen Staaten unter einem formal bestehenden gemeinsamen Dach, in diesem Sinne als „innerdeutsche“ Grenzen bezeichnen kann.

Sie trennten die weitgehend selbständigen Territorialstaaten sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher, rechtlicher u. a. Hinsicht voneinander. Die trennende Wirkung dieser Grenzen war jedoch beschränkt. Das resultierte aus übergreifenden zentralen Institutionen des Reiches ebenso, wie auch aus der Zugehörigkeit der überwiegenden Zahl seiner Einwohner zum deutschen Volk.⁷⁷ Die Berechtigung einer solchen Kennzeichnung dieser Grenzen entspringt der tatsächlichen Zugehörigkeit zum Reich, das einige gemeinsame

⁷³ F. Engels, Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie, in: MEW, Bd. 21, Berlin 1962, S.369.

⁷⁴ M. Steinmetz, Deutschland von 1476 bis 1648. Berlin 1965, S. 193.

⁷⁵ J. Herrmann (Hrsg.), a. a. O., S. 137.

⁷⁶ Ebenda.

⁷⁷ M. Steinmetz, Deutschland von 1476 bis 1648, Berlin 1965, S. 193.

Institutionen und eine konkrete Repräsentanz hatte. Sie zerfielen unter den Schlägen Napoleons.

Mit der Proklamation des „Deutschen Reiches“ 1871 entstanden ein einheitlicher deutscher Nationalstaat und mit ihm wiederum eine „deutsche Grenze“ im Sinne einer äußeren Staatsgrenzen. Zwischenzeitlich gab es als Staatsgrenzen lediglich die Grenzen der einzelnen deutschen Staaten - in dem Sinne also keine deutschen, sondern preußische, bayerische, sächsische usw. Grenzen. Zu beachten ist, daß auch wieder „innerdeutsche Grenzen“ entstanden, denn das Reich bestand nominell aus 25 Einzelstaaten und den „Reichslandenden“ Elsass - Lothringen.

Die Berechtigung des Begriffs „innerdeutsche Grenzen“ ist also für bestimmte Zeiten der deutschen Geschichte nicht in Zweifel zu ziehen. Er kann - auch und gerade im Zuge einer Vertragsgemeinschaft zwischen beiden deutschen Staaten - einen neuen Inhalt gewinnen.

Zugleich ist zu bedenken:

Das Argument der „innerdeutschen Grenze“ hat in der Geschichte schon eine außerordentlich gefährliche Rolle gespielt. Reaktionäre deutsche Theoretiker wirkten an der Infragestellung von Staatsgrenzen einfallsreich mit, indem sie die „Notwendigkeit“ und „historische Berechtigung“ des Strebens nach „gerechteren Grenzen“ nachzuweisen suchten.⁷⁸

An der Schwelle zum 20. Jahrhundert hieß es ganz unverblümt, „daß jede Nation, jedes Volk den Beruf hat, die Grenzen, die es in der Schwäche seines Kindheitsalters beengten, zu erweitern und den Beruf auszufüllen, der ihm in seinem Wohnraum bestimmt ist, wenn es sich als tüchtig erweist.“⁷⁹ Es wurden gar „Gesetze des räumlichen Wachstums der Staaten“ formuliert.⁸⁰

Dieses Streben, seine Grenzen „zu erweitern“, endete für den deutschen Nationalstaat mit spürbaren Gebietsverlusten nach dem von ihm entfesselten ersten Weltkrieg. Auch danach war an eine Garantie der Unverletzlichkeit aller bestehenden Grenzen noch lange nicht zu denken. So hieß es in den 20er und 30er Jahren völlig offen, es gäbe „feige und müde Zeiten, die sich auch über starke Länder und tapfere Völker einschläfernd und kraftvergiftend legen, so daß sie das Raumerbe und die Wachstumsmöglichkeit der eigenen Kinder verschlafen und vertun. Und in solchen Zeiten... wird es Pflicht, sie... unablässig anzurufen, bis sie hören und aufwachen, um ihre Grenzen zu wahren und zu weiten. Das Recht zu solchem Aufruf fließt wohl noch überzeu-

⁷⁸ Dieses Problem wird in der Studie "Das Wesen der Staatsgrenzen, S. 52ff. untersucht.

⁷⁹ C. Cherubim, Flüsse als Grenzen von Staaten und Nationen in Mitteleuropa. Inaugural-Dissertation, Halle-Wittenberg 1897, S. 27.

⁸⁰ Vgl.: F. Ratzel, Gesetze des räumlichen Wachstums der Staaten. Petermanns Mitteilungen, Gotha 1896.

gender als aus rein wissenschaftlicher Arbeit an Grenzproblemen aus der Tatsache, daß man ein Leben lang ehrlich für diese einst so weiten Grenzen seines Volkstums nicht nur im Frieden, sondern auch im Kriege, nicht nur mit Feder und Stift, sondern auch mit der Waffe, in Ost und West, gestritten, und sich selbst als kleinen Stein in die Masse der Marken (d. h. Grenzräume, A. P.) seines Volkes geworfen hat.“⁸¹

Ganz in diesem Sinne wurde eine regelrechte „Grenzsetzungskunde“ entwickelt. Ihr Wesen bestand darin, praktische Orientierungen für das Diktat zu liefern, mit dem angrenzenden Staaten auf der Grundlage überlegener militärischer Macht solche Grenzen aufgezwungen werden sollten, die nicht nur im Prinzip, sondern auch im Detail den Expansionsinteressen maximal entsprechen.

Inhalt und Ziel dieser Überlegungen wurden mit rücksichtsloser Offenheit formuliert. So hieß es u. a.: „Europa wird gegenwärtig staatlich und wirtschaftlich, sozial und weltanschaulich weitgehend umgebaut. Den Anstoß hierzu gibt Deutschlands Wiedererstarken... Hierin aber liegt eine ungeheure Zukunftsverantwortung. Sie führt auf Fragen etwa der Art: Wie ist solchen Grenzneusetzungen von vornherein möglichste Vollkommenheit zu sichern? Was alles hängt von ihnen ab? Worauf wirken sie zurück? Welchen Anforderungen müssen sie grundsätzlich entsprechen?“⁸²

Das Wesen einer solchen „Grenzsetzungskunde“ wurde von ihren Autoren in dem Satz zusammengefasst: „Die Wahrung deutscher Überlegenheit in Europa ist unsere deutsche höchste Innenforderung an unsere Außengrenze.“⁸³

Am Ende dieses Weges lag Deutschland in Trümmern und war wiederum kleiner geworden.

Eine der nach dem ersten Weltkrieg verbreiteten Konzeptionen ist die der „friedlichen Grenzveränderung“ („peacefull change“). Wie selbst in der bürgerlichen Literatur dazu festgestellt wird, verband sich hier - insbesondere mit dem Abschluss der Locarno -Verträge (1925) - ein gewisser Gewaltverzicht mit dem Festhalten am Streben nach Revision der Grenzen. „Damit war die Frage nach dem gegenseitigen Verhältnis zwischen der völkerrechtlichen Friedenspflicht... und dem Begriff des sogenannten peacefull change aufgeworfen. Sie sollte die internationale Öffentlichkeit ein Jahrzehnt später, zwischen 1935 und 1939 immer dringender beschäftigen.“⁸⁴

⁸¹ K. Haushofer, Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung. Heidelberg, Berlin, Magdeburg 1939 (1927), S. 235.

⁸² F. Baumgartner, Grenzsetzungskunde, Heidelberg, Berlin, Magdeburg 1941, S. 7.

⁸³ Ebenda, S. 29.

⁸⁴ K. Rabl, Die Völkerrechtsgrundlagen der modernen Friedensordnung, Hannover 1961, S. 57ff.

Das „Münchner Abkommen“ ist ein anschauliches Beispiel, wohin eine so verstandene Konzeption der „friedlichen Grenzveränderung“ führt. Unter eklatantem Verstoß gegen die Souveränität der CSR wurde ihr eine gravierende Veränderung ihrer Staatsgrenzen „friedlich“ aufgezwungen. Das alles wurde zum nicht unwesentlichen Bestandteil des Weges in den zweiten Weltkrieg.

Im Jahre 1938 „begründete“ ein deutscher Theoretiker die Forderungen zur Veränderung der Staatsgrenze der CSR mit den Worten: „Die böhmische Landesgrenze war durch ein Jahrtausend hindurch keine Grenze gegen das Deutsche Reich, sondern eine Grenze innerhalb des deutschen Reiches, also eine Binnengrenze zwischen deutschen Ländern.“⁸⁵

Hier wurde also mit dem Argument der „innerdeutschen Grenze“ gearbeitet. Es zielte auf die Veränderung der Grenzen, es zielte gegen den Frieden. Dies ist zu bedenken, wenn bedeutsame politische Kräfte einem klaren Bekenntnis zu den europäischen Nachkriegsgrenzen ausweichen, wenn die Losung „Deutschland- einig Vaterland“ auch auf die Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 bezogen wird.

Das Problem der „innerdeutschen Grenzen“ hat noch einen anderen Aspekt. Der konkrete Verlauf der Staatsgrenzen wurde in der Geschichte nach verschiedenen Gesichtspunkten detailliert festgelegt. Was dabei jedoch auch immer herangezogen wurde: Der prinzipielle Maßstab war die Festlegung der Staatsgrenzen nach der Macht.

Zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg und auch danach gab es dabei hinsichtlich der deutschen Staatsgrenzen einige Besonderheiten. So fanden im Grenzbereich zwischen dem Deutschen Reich und Polen sowie im Saarland Volksabstimmungen statt, die auf die staatliche Zugehörigkeit konkreter Territorien und damit auf den Verlauf der Staatsgrenzen Einfluss hatten. Scheinbar handelte es sich hier also nicht um die Festlegung von Staatsgrenzen nach der Macht, sondern vielmehr um einen Ausdruck von Volkssouveränität. Diese Art der Betrachtung verkennt jedoch, daß die Niederlage des Deutschen Reiches im ersten Weltkrieg und seine Unfähigkeit, sich der Veränderung seiner Staatsgrenzen zu seinen Ungunsten zu widersetzen, solche Abstimmungen erst ermöglichten. Bemerkenswert allerdings ist es dennoch, daß selbst bei der Volksabstimmung im Saargebiet im Jahre 1936 die Wirkungen nationaler Identität den Anschluss an das Deutsche Reich über eine Volksabstimmung herbeiführten, obwohl dies das Reich der Hitler und Himmler war.⁸⁶ Bei allen Einschränkungen, denen die Freiheit der Entscheidung in diesen Fällen unterlag, so handelte es sich tendenziell um die „Festlegung der Staats-

⁸⁵ R. Käubler, Die Unbeständigkeit der "historischen" Grenzen Böhmens aufgezeigt am Beispiel Westböhmens, *Geographische Zeitschrift*, Leipzig 44 (1938) 10, S. 27.

⁸⁶ Vgl.: R. Engel, *Feinde und Freunde*, Berlin 1984, S. 89, S. 97f.

grenzen entsprechend den „Sympathien“, entsprechend dem „Willen der Bevölkerung“⁸⁷.

Das Recht und die Staatsgrenzen

Das Völkerrecht regelt die Beziehungen zwischen den Staaten. Die Staatsgrenzen sind folgerichtig Gegenstand völkerrechtlicher Regelungen. Sowohl der Verlauf der Staatsgrenzen als auch Fragen des grenzüberschreitenden Verkehrs werden in zwischenstaatlichen Vereinbarungen geregelt. Beim Abschluss solcher Übereinkommen stützen sich die Staaten auf das Völkerrecht. Für den Dienst an der Staatsgrenze der DDR ist die Aneignung von Völkerrechtskenntnissen in folgenden Bereichen wesentlich:

1. von allgemeinen Prinzipien und Normen des Völkerrechts, die auch für die Fragen der Staatsgrenzen und des grenzüberschreitenden Verkehrs bedeutsam sind;
2. von völkerrechtlichen Grundlagen des Verlaufs der Staatsgrenzen der Deutschen Demokratischen Republik;
3. von völkerrechtlichen Verträgen und Übereinkommen, die die Deutsche Demokratische Republik in Grenzangelegenheiten mit ihren Nachbarstaaten abgeschlossen hat;
4. vom Verhältnis der innerstaatlichen Regelungen der DDR über die Staatsgrenze und den grenzüberschreitenden Verkehr zum Völkerrecht.

Die territoriale Integrität und Souveränität der Staaten, die Unverletzlichkeit der Grenzen, die souveräne Gleichheit der Staaten, das Verbot der Gewaltanwendung in den zwischenstaatlichen Beziehungen sind Prinzipien des Völkerrechts. Zum inneren Zusammenhang der genannten Prinzipien ist festzustellen: „Das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen und das Prinzip der territorialen Integrität der Staaten bilden eine Einheit. Beide sind in ihrer gemeinsamen Grundfunktion - der Sicherung des territorialen Status quo - nicht voneinander zu trennen.“⁸⁸ In diesem Kontext ist auch das Gewaltverbot zu sehen, denn das „Verbot der Anwendung oder Androhung von Gewalt gegen die Grenzen stellt einen Grundpfeiler des Prinzips der Unverletzlichkeit der Grenzen dar, obwohl sein Inhalt nicht nur darauf zu reduzieren ist.“⁸⁹

⁸⁷ Vgl.: W. I. Lenin, Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung. In: Werke, Bd. 22, Berlin 1981, S. 331.

⁸⁸ M. Mohr, Die Grundprinzipien des allgemeindemokratischen Völkerrechts und die Konferenz von Helsinki, Deutsche Außenpolitik, 1977, Nr. 2, S. 28.

⁸⁹ J. Barcz, Das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen in der Schlussakte von Helsinki unter Berücksichtigung der Haltung der BRD. Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Rechtswissenschaften (Dr. jur.), Berlin 1978, S. 4.

Es ist von erheblicher Bedeutung, daß der Schutz der Staatsgrenzen zuerst und vor allem die Bewahrung des territorialen Status quo beinhaltet. Er ist eine zentrale Aufgabe im Kampf um die Erhaltung des Friedens und durch das völkerrechtliche Gewaltverbot legitimiert, das es den Staaten verbietet, zur Lösung von Streitfragen in den internationalen Beziehungen Gewalt anzuwenden.

Schließlich ist in diesem Zusammenhang das Aggressionsverbot zu nennen. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat eine Definition der Aggression beschlossen, die den Zusammenhang von Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen, Aggressions- und Gewaltverbot deutlich macht, wenn es heißt: „Aggression ist bewaffnete Gewalt, die ein Staat gegen die Souveränität, territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines anderen Staates anwendet oder die in irgendeiner anderen Weise mit der Charta der Vereinten Nationen unvereinbar ist Jede der nachstehenden Handlungen gilt als Aggressionshandlung...

- a) Der Überfall auf oder der Angriff gegen das Territorium eines Staates durch die Streitkräfte eines anderen Staates oder jede militärische Besetzung...
- b) Bombardierung des Territoriums eines anderen Staates durch die Streitkräfte eines Staates oder der Einsatz jeglicher Waffen durch einen Staat gegen das Territorium eines anderen Staates;
- c) die Blockade der Häfen oder Küsten eines Staates durch die Streitkräfte eines anderen Staates;
- d) ein Angriff durch die Streitkräfte eines Staates auf die Land -, Luft - und Seestreitkräfte eines anderen Staates;
- g) die Entsendung durch einen Staat oder im Namen eines Staates von bewaffneten Banden, Gruppen, Irregulären oder Söldnern, die bewaffnete Gewalt gegen einen anderen Staat von solcher Schwere anwenden, die den genannten Handlungen gleichkommt, oder die maßgebende Verwicklung dieses Staates darin.“⁹⁰

Aggression ist also immer mit der Missachtung der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen verbunden - aber natürlich nicht darauf zu reduzieren. Vielmehr beinhaltet Aggression immer den Einsatz bewaffneter Gewalt durch Staaten oder im Auftrage von Staaten gegen die Souveränität anderer Staaten. Zu den unveräußerlichen Bestandteilen der Souveränität der Staaten „gehört die Macht, die vom Staat über das Territorium ausgeübt wird. Diese Macht bezeichnet man als Gebietshoheit. Die Grenzen für diese Macht stellen die

⁹⁰ Beschluss der XXIX. UNO-Vollversammlung, Definition des Begriffs Aggression, in: Völkerrecht, Dokumente Teil 3, 1970-1977, Berlin 1980, S. 919 ff.

Grenzen des Staates dar. Die Unverletzlichkeit des Staatsterritoriums und der staatlichen Grenzen ergibt sich aus der Gebietshoheit.“⁹¹

Die Anerkennung der Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität der Staaten schließt damit ein:

- 1 . den Verzicht auf eine Veränderung der Grenzen und damit des territorialen Status quo ohne „Wenn und Aber“;
- 2 . den Verzicht auf alle völkerrechtswidrigen Handlungen an den und über die Staatsgrenzen;
- 3 . die Unterlassung und - wo notwendig - die Unterbindung von Grenzverletzungen;
- 4 . die Respektierung des mit dem Völkerrecht in Einklang stehenden Grenzregimes souveräner Staaten;
- 5 . die Respektierung der von den Staaten für den grenzüberschreitenden Verkehr in Wahrnehmung ihrer souveränen Rechte und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht festgelegten Rechtsnormen.

Alle diese Faktoren gehören zur Respektierung der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen. Bedeutsam bleibt die Feststellung: Der völkerrechtliche Begriff der „Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen“ im Sinne z.B. der Schlussakte von Helsinki und der Begriff „Grenzverletzung“ im Sinne ungesetzlichen Grenzübertritts sind keine korrelativen Begriffe. Die Forderung nach der Respektierung der Unverletzlichkeit der Staatsgrenze ist auf den politisch-territorialen Status quo und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker gerichtet. Sie berührt unmittelbar die Frage von Krieg oder Frieden und schließt u. a. auch das Verbot von Aggressionshandlungen ein.

Die Unterbindung von ungesetzlichen Grenzübertritten ist demgegenüber enger gefasst. Sie knüpft an die Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen an und beinhaltet im Wesentlichen die Durchsetzung des Grenzregimes, der Rechtsnormen für den grenzüberschreitenden Verkehr und die Wahrnehmung souveräner Rechte bis zum unmittelbaren Verlauf der Staatsgrenze. Die Beachtung dieses Unterschieds ist von erheblicher Bedeutung. Es ist letztlich der Unterschied von Krieg oder Frieden, durch den sich die Missachtung der Unverletzlichkeit der Grenzen mit dem Tatbestand der Aggression von den Verstößen gegen die Rechtsordnung an der Staatsgrenze unterscheidet.

Damit korrespondiert auch, daß die Vollversammlung der Vereinten Nationen unter Buchstabe g) der Definition der Aggression ausdrücklich ein Maß bestimmt, ab dem erst die Verletzung der Staatsgrenze durch bewaffnete Kräfte als Aggression zu werten ist.

⁹¹ J. Barcz, a. a. O., S. 128f.

Grenzverletzungen im Sinne des Grenzgesetzes sind zunächst Verstöße gegen das geltende Recht. Aus unterschiedlichen Gründen begangen, werden sie unterbunden und strafrechtlich verfolgt. Ihre Abwehr ist eine Aufgabe der Durchsetzung des Rechts der Deutschen Demokratischen Republik an ihrer Staatsgrenze, eine Aufgabe der Entwicklung zivilisierter zwischenstaatlicher Beziehungen auf der Grundlage des Völkerrechts. Sie unterscheidet sich damit von der nach den Regeln des Kriegsvölkerrechts zu führenden Verteidigung der Staatsgrenze gegen einen Aggressor.

In der DDR wurde den Grenztruppen hauptverantwortlich die Durchsetzung der Rechtsnormen an der Staatsgrenze und für den grenzüberschreitenden Verkehr übertragen. Damit haben die Angehörigen der Grenztruppen der DDR Recht durchzusetzen und bei ihren Maßnahmen die dafür gesetzten Rechtsnormen einzuhalten. Dafür ist die Aneignung von Kenntnissen über

- das Wesen des Rechts und die Einheit der verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten der Bürger der DDR;
- das Verhältnis des innerstaatlichen Rechts der DDR zum Völkerrecht, insbesondere über den Zusammenhang von Völkerrecht, Staatsrecht und Staatsgrenzen;
- die Bedeutung des Grenzregimes und seiner Durchsetzung für den Demokratisierungsprozeß, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der DDR;
- die konkreten Befugnisse, die den Grenztruppen der DDR übertragen wurden;

erforderlich.

Das Recht ist ein System der vom Staat gesetzten oder sanktionierten allgemeinverbindlichen Normen (Verhaltensregeln). Die Einhaltung des Rechts wird durch den Staat bei Notwendigkeit erzwungen.⁹² Dafür unterhält der Staat spezielle Organe. Hinsichtlich der Ordnung an der Staatsgrenze sind dabei weltweit spezielle Kräfte die Regel.

Die Staatsgrenze trennt die Geltungsbereiche unterschiedlichen Rechts. Es wird von den Staaten zur Wahrung ihrer Interessen eingesetzt. Das ist ein untrennbarer Teil staatlicher Souveränität und auch in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten seit geraumer Zeit anerkannt. Das Interesse beider Seiten muss es jedoch sein, den Frieden sicherer zu machen, weil die Menschheit, weil alle Staaten nur im Frieden eine Perspektive haben. Aus dieser Sicht ist es objektiv das übereinstimmende Interesse, gegenseitig die legitimen Maßnahmen an den Staatsgrenzen zu respektieren, so, wie es auch im Grundlagenvertrag vereinbart wurde, wenn es heißt: „Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland gehen von dem

⁹² Vgl.: Autorenkollektiv, Rechtshandbuch für den Bürger, Berlin 1986, S. 21.

Grundsatz aus, daß die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt. Sie respektieren die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten.“⁹³

Damit stellt sich die Frage nach Kriterien für legitime Sicherheitsinteressen und für deren Durchsetzung mit dem Grenzregime.

„Zweifellos ist es in einer Welt souveräner Nationalstaaten zunächst einmal die Angelegenheit jedes Landes und jedes Volkes selbst, seine Interessen zu definieren, aber dies muss heute und in Zukunft auf eine Art und Weise geschehen, daß sie für die andere Seite anerkenubar sind.

Ganz allgemein erscheint es legitim, daß Staaten und Völker frei von militärischer Bedrohung von außen leben, sich nach von einer Bevölkerungsmehrheit akzeptierten Wertesystemen entwickeln, auf der Basis souveräner Entscheidungen Bündnisbeziehungen mit anderen Staaten eingehen bzw. Integrationsgruppierungen bilden und nicht politisch, ökonomisch oder ideologisch bzw. psychologisch unter Druck gesetzt werden wollen.“⁹⁴ Legitime Interessen müssen folglich „von den in der Welt gegebenen politischen, sozialen und territorialen Realitäten ausgehen ... dürfen nicht auf Kosten anderer Staaten, zu Lasten von deren Interessen gehen sowie Staaten und Völker nicht in ein konfrontatives Verhältnis zueinander bringen“⁹⁵.

Die Legitimität von Maßnahmen zur Wahrung der Interessen des Staates und an den Staatsgrenzen darf innerhalb dieses Rahmens nicht in Zweifel gezogen werden. Legitime Maßnahmen dürfen diesen Rahmen jedoch auch nicht überschreiten.

Die Handlungen der von den Staaten mit der Durchsetzung ihres Grenzregimes beauftragten Kräfte und die von ihnen ausgehenden Wirkungen auf den Nachbarstaat und auf dessen entsprechende Organe sind ein Teil der zwischenstaatlichen Beziehungen. Sie sind deshalb nach den Maßstäben des Völkerrechts zu beurteilen.

Eine Vermittlung ideologischer Feindbilder steht dem entgegen. Sie geht nicht von den Kriterien des Völkerrechts aus, sondern beinhaltet die Anwendung anderer politischer Maßstäbe auf die Organe eines anderen Staates. Dies ist für die Entwicklung von Beziehungen guter Nachbarschaft im Sinne des Völkerrechts zumindest nicht förderlich.

⁹³ Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 21. Dezember 1972, GBl. Teil II, Nr. 5, 1973, S. 26 ff.

⁹⁴ M. Schmidt/W. Schwarz, Für die Zukunft der Menschheit: Neues Denken und Handeln. Berlin 1988, S. 37.

⁹⁵ Ebenda, S. 38.

Die Angehörigen der mit der Durchsetzung des Grenzregimes beauftragten Organe handeln in dieser Eigenschaft immer als Repräsentanten des Staates. Der Staat als Ganzes trägt für die Folgen ihrer Maßnahmen auch dann die Verantwortung, wenn sie gegen ihre Pflichten verstoßen.

Aus dieser Sicht hat das Verhalten der Grenzüberwachungsorgane der BRD an deren Staatsgrenze zur DDR im Laufe der Jahre eine deutliche Entwicklung erfahren. Provokationen - früher nicht selten - waren seit der Mitte der 60er Jahre in der Tendenz rückläufig. Maßnahmen zu Verhinderung unbeabsichtigter Grenzverletzungen sind nicht zu bestreiten.

Eine nicht vom Völkerrecht, sondern von vordergründigen politischen Absichten ausgehende Beurteilung der Grenzüberwachungsorgane der BRD führte zu einer Geringschätzung solcher tatsächlichen Veränderungen, insbesondere seit dem Abschluss des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten.

Die Legitimität der Handlungen der Grenzüberwachungsorgane zur Wahrung der Interessen der BRD an ihren Grenzen und in ihrem Innern darf, solange sie nicht gegen Normen des Völkerrechts verstoßen, nicht in Frage gestellt werden. Eine ausschließlich einem politischen Auftrag verpflichtete Darstellung der Grenzüberwachungsorgane der BRD vermochte dieses Dilemma nicht zu lösen. Die Unmöglichkeit, das politische Ziel mit rationalen Argumenten zu erreichen, führte schließlich zur theoretisch haltlosen Behauptung eines Widerspruchs zwischen Wesen und Erscheinung in den Handlungen des Bundesgrenzschutzes und der anderen entsprechenden Organe der BRD.⁹⁶

All dies ist ein Ausdruck der Unfähigkeit, in zwischenstaatlichen Beziehungen ausschließlich von den Prinzipien des Völkerrechts auszugehen, es war Bestandteil des Versuchs, auch über die Staatsgrenzen hinweg und mit staatlichen Mitteln Klassenkampf zu führen. Zu einem solchen Herangehen gehörte es letztlich auch, wenn die Angehörigen der Grenztruppen der DDR jahrzehntelang sowohl über die völkerrechtlichen als auch über die staatsrechtlichen Grundlagen ihres Handelns und deren Zusammenhänge im Unklaren gelassen wurden. Anstrengungen zur Verringerung dieses Defizits führten erst am Ende der 80er Jahre zu einem geringen Erfolg.⁹⁷ Außerhalb

⁹⁶ Die Unhaltbarkeit einer solchen Praxis wurde bereits in einer 1984 vorgelegten Arbeit des Autors kritisiert. Vgl.: Zu Problemen der politisch-moralischen und psychologischen Vorbereitung in den Grenztruppen der DDR. In: Informationsdienst der Grenztruppen der DDR, Nr. 1/85, S. 14f.

⁹⁷ Nach längeren Bemühungen konnten 1989 erstmals seit vielen Jahren breitenwirksame Materialien zur Entwicklung der Rechtskenntnisse der Angehörigen der Grenztruppen vorgelegt werden, die sich auf den Inhalt der Aufgabenerfüllung an der Staatsgrenze konzentrierten. Vgl.: Der

theoretischer Erwägungen konnten sie jedoch kaum zur Wirkung kommen, weil letztlich nicht auf der Grundlage des Rechts, sondern auf der Grundlage von Befehlen geführt wurde und für die Austragung von Widersprüchen kein Raum gelassen wurde.

Staatsgrenzen in den politischen Kämpfen unserer Zeit

Mit der Durchsetzung des Grenzregimes wird von den dazu eingesetzten Kräften ein konkreter und unverzichtbarer Teil der Staatspolitik verwirklicht. Diese Handlungen wirken auf eigene Weise unmittelbar sowohl in der Außen- als auch der Innenpolitik. Den Grenzen stellt sich damit stets die Frage nach dem Zusammenhang ihres Dienstes an der Staatsgrenze mit den Grundfragen unserer Zeit.

Bei der Untersuchung dieses Zusammenhangs sind seine unterschiedlichen Dimensionen zu beachten. Das betrifft

- die persönliche Motivation der an der Staatsgrenze handelnden Kräfte;
- die auslösenden Momente für konkrete Maßnahmen an der Staatsgrenze und
- die Zweckbestimmung des Grenzregimes.

Zunächst ist jeder Angehörige des Grenzschutzorgans Staatsbürger und als Staatsbürger am politischen Willensbildungsprozess beteiligt. Er hat zu konkreten politischen Problemen Auffassungen und bringt sie in die Auseinandersetzung ein. Seine berufliche Tätigkeit setzt dem insofern Grenzen, als er als Angehöriger eines Organs, das für die Durchsetzung staatlicher Normativakte geschaffen wird, stets die Loyalität zu seinem Staat zu wahren hat.

Im Prozess der politischen Willensbildung setzen sich im Staat über die Bildung von Mehrheiten bestimmte Auffassungen durch. Sie werden - soweit sie von staatlichem Interesse sind - in Rechtsnormen gefasst. Das betrifft auch die Ausgestaltung des Grenzregimes. Diesen Rechtsnormen sind die Angehörigen des Grenzschutzes in ihrer Dienstdurchführung verpflichtet. Persönliche Motive, und Ziele - soweit sie sich nicht im Prozess der gesellschaftlichen Willensbildung durchgesetzt haben - müssen dahinter zurücktreten. Der Dienst regelt sich nicht nach persönlichen Auffassungen, sondern durch das geltende Recht.

Das Grenzregime in seiner Gesamtheit - d.h. die Rechtsnormen für die Ordnung an der Staatsgrenze und für den grenzüberschreitenden Verkehr - ist nicht Selbstzweck. Was immer auch im Einzelnen dazu festzustellen ist: Es dient immer zugleich der Wahrung innerer und äußerer Interessen des Staates.

tes. Das trifft auf die Abwehr äußerer Bedrohungen, wie Kriminalität, Drogenschmuggel usw. ebenso zu, wie auf die Unterbindung von Schmuggel aus dem Lande und in das Land, die Realisierung von Fahndungsmaßnahmen usw.

Es ist eine Schlüsselfrage der Motivation und des richtigen Verständnisses des Grenzdienstes, das Wesen der Staatsgrenzen eindeutig zu klären und - davon ausgehend - das Wesen der Staatsgrenze der DDR.

Jede Staatsgrenze verkörpert die dialektische Einheit trennender und verbindender Eigenschaften. Was die Staatsgrenzen dabei vorrangig sind, welche Seite dominiert - das hängt von den konkret - historischen, politischen und ökonomischen Faktoren ab.

Jeder Staat braucht die Zusammenarbeit mit anderen. Kein Gebiet von Bedeutung kann aus dieser Zusammenarbeit ausgeschlossen werden. Aber in der Zusammenarbeit steckt immer auch die Notwendigkeit der Wahrung eigenständiger Interessen. In dem Maße, in sie sich annähern, „ist ein schrittweiser Funktionswandel der Grenzen zwischen Ost und West nicht nur vorstellbar, sondern auch zu erwarten - in eine Richtung, die heute noch- maßgebliche Trennungsfunktion der Grenzen zwischen Ost und West zurückzunehmen und ihnen in immer stärkerem Maße den Charakter von Grenzen guter Nachbarschaft zu geben. Eine unabdingbare Voraussetzung dafür wird allerdings auch künftig darin liegen, daß die historisch entstandenen Grenzen ohne Wenn und Aber, d. h. vorbehaltlos, anerkannt werden“⁹⁸.

Stellt man nun die Frage nach der gegenwärtigen Ausprägung der Dialektik verbindender und trennender Eigenschaften der Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Berlin (West), dann muss man feststellen: Das verbindende Element an dieser Grenze erwächst aus der gemeinsamen, historisch gewachsenen Verantwortung dafür, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg sondern nur noch Frieden ausgeht; es wird getragen von gemeinsamen Interessen an gedeihlichen ökonomischen Beziehungen. Es schlägt sich nieder in einem seit den Veränderungen im November 1989 sprunghaft angewachsenen Umfang des grenzüberschreitenden Waren,- Reise - und Besucherverkehrs.

Das verbindende Element wird wesentlich davon getragen, daß mit der BRD und der DDR zwei Staaten deutscher Nation aneinandergrenzen. Es kann sich immer weiter ausprägen, wenn es gelingt, eine Vertragsgemeinschaft zwischen DDR und BRD zu entwickeln, die sich in das europäische Haus einordnet und die zu seinem Zusammenwachsen beiträgt.

⁹⁸ M. Schmidt, W. Schwarz, Das gemeinsame Haus Europa - Realitäten, Herausforderungen und Perspektiven (II). In: IPW-Berichte, Berlin 19(1988) 10, S.9.

Zugleich ist festzustellen: Die völlige Aufhebung der trennenden Wirkung dieser Staatsgrenze setzt die Aufhebung der politischen, ökonomischen, rechtlichen, sozialen und anderen Unterschiede voraus. Mit welchen Intentionen auch immer eine deutsche Einheit angestrebt wird: Die vollständige Aufhebung der trennenden Wirkung dieser Staatsgrenze, d.h. ihre Aufhebung als Staatsgrenze, ohne eine solche Voraussetzung würde beiden deutschen Staaten, würde der Nation schweren Schaden zufügen.

Das Abkapseln der DDR vom Austausch über die Grenzen kann nicht der Zweck ihres Grenzregimes und seiner Durchsetzung sein. Vielmehr gilt es, die für die gleichberechtigte Teilnahme der DDR daran unerlässlichen Voraussetzungen zu schaffen. Es geht auch für unser Land darum, „durch die zuverlässige Sicherung der Grenzen immer bessere Bedingungen für die sich ständig erweiternden internationalen Beziehungen“ zu schaffen.⁹⁹

Es gilt - gerade angesichts der besonderen Beziehungen zwischen DDR und BRD und der Perspektiven ihrer Entwicklung - auch zur Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für eine solche Annäherung beider deutscher Staaten beizutragen, die Erschütterungen und sozialen Konflikten soweit wie möglich entgegenwirken. Dabei ist die DDR in europäische und globale Prozesse eingebunden.

Die Untersuchung der Rolle der Staatsgrenzen in den politischen Kämpfen unserer Zeit verlangt zunächst, vom Wesen der Staatsgrenzen auszugehen. Dabei sind folgende Aspekte hervorzuheben:

1. Der Verlauf der Staatsgrenzen ist Ausdruck des territorialen Status quo. Territoriale Forderungen sind damit unmittelbar mit Auseinandersetzungen um den Verlauf der Staatsgrenzen verbunden.
2. Staatsgrenzen verkörpern objektiv die dialektische Einheit trennender und verbindender Eigenschaften. Auseinandersetzungen um die, an den und über die Staatsgrenzen sind mit der ganzen Vielfalt der Staatenbeziehungen verbunden, auch wenn der Verlauf der Staatsgrenzen selbst nicht ihr Gegenstand ist.
3. Die trennenden und verbindenden Eigenschaften der Staatsgrenzen erstrecken sich sowohl auf die politischen, ökonomischen, geistig- kulturellen, ideologischen u. a. Beziehungen. Die Staaten ergreifen dementsprechende Maßnahmen, um ihre Interessen an den Staatsgrenzen durchzusetzen.
4. Die Staatsgrenzen trennen das Feld der Innenpolitik von dem der Außenpolitik. Maßnahmen an den Staatsgrenzen haben damit objektiv sowohl

⁹⁹ Viktor Tschebrikow, Die Umgestaltung und die Arbeit der Tschekeiten. Prawda, Moskau, 02. 09. 1988 (russ.).

innen- als auch außenpolitische Wirkungen. Die Dialektik beider Seiten ist zu beachten, wenn mit Handlungen an den Staatsgrenzen konkrete politische Wirkungen erzielt werden sollen.

In der Gegenwart werden vielfältige internationale Auseinandersetzungen um, an und über Staatsgrenzen ausgetragen.

1. Territoriale Forderungen und Staatsgrenzen

Territoriale Forderungen waren auch in den 80er Jahren weltweit ein wesentlicher Bestandteil der Auseinandersetzungen über die Staatsgrenzen. Sie werden in unterschiedlicher Form - von diplomatischen Gesprächen bis zum Krieg - ausgetragen. Bereits ein nur auf ausgewählte Beispiele gestützter Überblick, der die Analyse der konkreten politischen Ursachen jedes einzelnen Konfliktes ausklammert, macht die Dimensionen deutlich. Als Ausdruck von Gebietsforderungen

- wurde um den Verlauf der Staatsgrenzen im letzten Jahrzehnt u. a. Krieg geführt zwischen: Iran und Irak, Äthiopien und Somalia, Argentinien und Großbritannien,
- ist noch immer syrisches Territorium durch Israel annektiert;
- kam es zu Grenzkonflikten und militärischen Zusammenstößen u. a. zwischen der VR China und der SR Vietnam; Libyen und Tschad; der VDR Laos und Thailand;
- werden diplomatische Auseinandersetzungen geführt u. a. zwischen: Griechenland und der Türkei; Großbritannien und Spanien; der UdSSR und Japan; Argentinien und Chile.¹⁰⁰

Auseinandersetzungen um Staatsgrenzen als Folge von Gebietsforderungen sind also heute weltweit Realität. Sie werden sowohl durch Krieg als auch mit

¹⁰⁰ Angaben zu den genannten Auseinandersetzungen vgl. u. a.:

- Zwischenfall an Grenze Griechenland - Türkei. Neues Deutschland (B), 22. 12. 1986;
- Griechischer Luftraum durch türkische Flugzeuge verletzt. Neues Deutschland (B), 22. 04. 1987;
- Japan und die UdSSR vereinbarten Gespräche über Friedensvertrag. Neues Deutschland (B), 22. 02. 1989;
- Japanischer Standpunkt. Horizont (1989) 4;
- Sowjetischer Politiker bei Japans Außenminister. Neues Deutschland (B), 25./26. 03. 1989;
- Laos-Thailand: Kommission erörterte Demilitarisierung der Grenzgebiete. Neues Deutschland (B), 03. 02. 1989;
- Laos protestiert gegen Grenzverletzungen. Neues Deutschland (B), 02./03. 01. 1988;
- Grenze Libyen - Tschad. Horizont, Berlin (1987), 11;
- Außenministerien Vietnams und Chinas zu Vorkommnissen im Grenzgebiet; Neues Deutschland (B), 15. 03. 1988;
- Vietnam und China zu Zwischenfällen bei Spratly-Inseln. Neues Deutschland (B), 17. 03. 1988;
- Vietnam schlägt China Grenzverhandlungen vor. Neues Deutschland (B), 24. 03. 1989;
- China bekräftigt Souveränitätsansprüche. Junge Welt, 25. 03. 1988.

friedlichen Mitteln ausgetragen. Ihre Ursachen reichen von Bestrebungen der Revision der territorialen Ergebnisse des zweiten Weltkrieges (Forderungen Japans an die UdSSR) bis zu den Wirkungen jahrhundertelanger kolonialer Unterdrückung.

Ohne über die Berechtigung dieser Forderungen zu urteilen, muss festgestellt werden: Es verstößt gegen das Völkerrecht, wenn Staaten Gebietsforderungen mit Gewalt - sei es durch Krieg oder sei es durch Grenzkonflikte o. a. - durchsetzen wollen.

2. Die Staatsgrenzen und der Kampf um die Macht im Staat

Ein Großteil der aktuellen Auseinandersetzungen an, um und über Staatsgrenzen ist in der Gegenwart nicht Ausdruck des Strebens nach Veränderung des territorialen Status quo, sondern vielmehr des Kampfes um die Macht in den Staaten. Auslösendes Moment ist in der Regel die Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Versuch, durch massive (auch militärische) ausländische Einmischung die Machtfrage zu entscheiden. Beispiele dafür sind u. a.:

- der Afghanistan-Konflikt;
- der Kambodscha-Konflikt;
- die Einmischung der USA und ihrer Verbündeten in Nikaragua unter massiver Missachtung des Prinzips der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen;
- die Politik der rassistischen Republik Südafrika gegenüber ihren souveränen Nachbarstaaten.¹⁰¹

¹⁰¹ Vgl. u. a.:

- Nachschubflugzeug für nikaraguanische Contras in Honduras abgestürzt. Neues Deutschland (B), 27. 02. 1989;
- Endlich Frieden in Mittelamerika? Volksarmee, Berlin, (1989), 13, S. 7;
- Contras im Norden von Kostarika festgenommen. Neues Deutschland (B), 29. 07. 1988;
- Ortigas Lage an Grenze entspannen. Neues Deutschland (B), 15. 08. 1988;
- Einmarsch Nikaraguas erweist sich als ein "Lügenmärchen ", Neues Deutschland (B), 25. 03. 1988;
- UNO entsendet Beobachter an Grenze zwischen Nikaragua und Honduras. Neues Deutschland (B), 21. 03. 1988;
- Truppen Pretorias fielen in Provinz Angolas ein. Neues Deutschland (B), 11./12. 02. 1989;
- Angola verlangt Stopp der Hilfe Pretorias für Banden. Neues Deutschland (B), 22. 07. 1988;
- Militärkommission an Grenze Angola -Namibia. Neues Deutschland (B), 07. 08. 1988;
- Mocambique und Tansania schlugen RNM-Banden zurück. Neues Deutschland (B), 12. 08. 1988;
- Südafrikanischer Truppenabzug aus Angola begann. Neues Deutschland (B), 11. 08. 1988;
- Kämpfe mit Exilgruppen an Kambodschas Westgrenze. Neues Deutschland (B), 03. 11. 1989;

In all diesen Fällen zielen massive bewaffnete Auseinandersetzungen an, um und über die Staatsgrenzen nicht auf die Veränderung des territorialen Status quo, sondern auf die Veränderung der politischen Machtverhältnisse in den betreffenden Staaten, zumindest jedoch auf eine Veränderung ihrer Politik. Es handelt sich damit immer um die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

3. Grenzüberschreitender Verkehr und Staatsgrenzen

Ein relativ selbständiges Gebiet der Auseinandersetzungen sind die Fragen des grenzüberschreitenden Verkehrs. Sie können erst dann und dort eine Rolle spielen, wo die beiden erstgenannten Probleme im Sinne des Völkerrechts gelöst sind.

Der grenzüberschreitende Verkehr spielt eine außerordentliche Rolle für die Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen den Staaten. Für ihn wurden völkerrechtliche Regeln (u. a. das Prinzip der Freizügigkeit) und auch staatsrechtliche Normen (Grenzregime) entwickelt.¹⁰²

Der grenzüberschreitende Verkehr ist mit allen Formen der zwischenstaatlichen Beziehungen verbunden. Das betrifft die Durchsetzung politischer, ideologischer, ökonomischer u. a. Interessen durch die Staaten an ihren Grenzen ebenso, wie die Maßnahmen, mit denen andere Staaten darauf reagieren.

Der Schutz der Staatsgrenze

Nach der allgemeinen Begriffsbestimmung ist der Schutz der Staatsgrenze ein „System von Maßnahmen zur Sicherung der Unverletzlichkeit der Land-, Luft- und Seegrenzen eines Staates sowie zum Schutz seiner politischen und wirtschaftlichen Interessen an den Grenzen“¹⁰³.

Die Untersuchung theoretischer Probleme des Schutzes der Staatsgrenzen muss sich damit zumindest folgenden Problemen zuwenden:

1. Der Bedeutung der Staatsgrenzen für die Durchsetzung von außen- und innenpolitischen Interessen des Staates;
2. Den aus den Eigenschaften der Staatsgrenzen resultierenden Anforde-

-
- Zerstrittener Widerstand. Horizont (1988) 8;
 - Pakistan soll Einmischung in Afghanistan einstellen. Neues Deutschland (B), 30. 05. 1988.

¹⁰² Dem zweiseitigen Charakter der Staatsgrenzen entsprechend müssen die Fragen des grenzüberschreitenden Verkehrs in einer Vielzahl von konkreten Verträgen geregelt werden. Das betrifft Regelungen für den Transit- und Wechselverkehr ebenso, wie die Errichtung, Zulassung und den Betrieb von Grenzübergangsstellen und die Durchführung der (gegebenenfalls gemeinsamen) Grenzkontrollen.

¹⁰³ Sowjetische Militärenzyklopädie, Auswahl, Heft 20, Berlin 1982, S.25.

rungen an ihren Schutz;

3. Dem Inhalt des Begriffs „Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen“;
4. Den notwendigen Wirkungen, die mit dem Schutz der Staatsgrenze erreicht werden müssen und den daraus resultierenden Maßnahmen
5. Den prinzipiellen rechtlichen Regelungen für die Organisation und Durchführung des Schutzes der Staatsgrenzen.

„Die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik ist die Linie, die das Hoheitsgebiet der Deutschen Demokratischen Republik von den Hoheitsgebieten benachbarter bzw. gegenüberliegender Staaten und vom Offenen Meer abgrenzt.“¹⁰⁴

Das Hoheitsgebiet ist das Territorium eines Staates, innerhalb dessen und aber das dieser Staat auf Grund seiner Souveränität rechtmäßig die Gebietshoheit ausübt.

Die Gebietshoheit ist die Gesamtheit der Hoheitsrechte, die dem Staat in Übereinstimmung mit den Grundprinzipien des demokratischen Völkerrechts im Rahmen der Ausübung seiner Souveränität innerhalb seines und über sein Territorium zustehen. Dementsprechend hat er das Recht, unter Beachtung seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen, alle sich auf seinem Territorium ereignenden Vorgänge zu regeln und diese Regelungen auch durchzusetzen.¹⁰⁵

Diese Kausalkette von Staatsgrenze, Hoheitsgebiet und Gebietshoheit macht deutlich, daß der Schutz der Staatsgrenze mit allen wesentlichen Merkmalen des Staates - mit dem Territorium, mit der Bevölkerung und mit der Staatsmacht - verbunden ist.

Wenn praktische Fragen der Staatsgrenzen untersucht werden, sind zumindest diese drei Faktoren zu beachten. Überlegungen zu den Staatsgrenzen können sich damit nicht auf territoriale Aspekte und die Abwehr äußerer Gefahren beschränken.

Das völkerrechtliche Prinzip der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen schließt ein:

- die Respektierung des territorialen Status quo;
- die Unterlassung gewaltsamer Versuche der Veränderung von Staatsgrenzen;
- die Respektierung der von den Staaten in Wahrnehmung ihrer souveränen Rechte festgelegten Ordnung an den Staatsgrenzen, in den Grenz-

¹⁰⁴ Gesetz über die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik (Grenzgesetz) vom 25. März 1982. GBl. Teil I, Nr. 11 vom 29. März 1982, S. 197 ff.

¹⁰⁵ Vgl.: Wörterbuch der Außenpolitik und des Völkerrechts, Berlin 1980.

gebieten und für den grenzüberschreitenden Verkehr.¹⁰⁶

Wenn der Begriff „Schutz der Staatsgrenze“ auf die Wahrung der Unverletzlichkeit der Staatsgrenze bezogen wird, dann muss er folglich

- die Bewahrung des Verlaufs der Staatsgrenze bis zu ihrer Verteidigung gegen Aggressionen;
- die Abwehr von Grenzprovokationen, die Bereinigung von Grenzwischenfällen und Grenzkonflikten;
- die Durchsetzung der Ordnung für den grenzüberschreitenden Verkehr und in den Grenzgebieten einschließen.

Die Staatsgrenzen und ihr Schutz sind mit allen lebenswichtigen Merkmalen des Staates verbunden. Der Schutz jedes dieser Elemente erfordert spezifische Anstrengungen auch an der Staatsgrenze, die in ihrer Gesamtheit den Schutz der Staatsgrenze ausmachen. Er beinhaltet zunächst die Bewahrung des territorialen Status quo.

In diesem Sinne den Schutz der Staatsgrenze zu gewährleisten, das erfordert, die gesamte Verteidigungsmacht des Landes, ja der Koalition, denn hier geht es um die Verteidigung des Territoriums als Voraussetzung für die Existenz der Staaten.

An dieser höchst bedeutsamen Aufgabe wirken alle Organe des Staates, ja alle Bereiche der Gesellschaft in der ihnen jeweils eigenen Form mit.

Damit ist jedoch das Problem der Unverletzlichkeit der Staatsgrenze und ihres zuverlässigen Schutzes noch nicht erschöpft. Neben die Frage des Bestandes der Staatsgrenzen selbst, der territorialen Unversehrtheit des Staates, tritt die Frage des Grenzregimes und seiner Durchsetzung.

Es ist das souveräne Recht eines jeden Staates unter Beachtung der einschlägigen Völkerrechtsnormen in verbindlichen Rechtsakten zu fixieren, welche Ordnung an seinen Grenzen herrscht und wie entsprechend dieser Ordnung der Verkehr über die Grenzen abgewickelt wird (Grenzregime). Diese konkreten Festlegungen sind ein Ausdruck der innen- und außenpolitischen Interessen des Staates. Zu ihrer Durchsetzung geht es um die Gewährleistung eines kontrollierten grenzüberschreitenden Verkehrs. Das ist nicht Selbstzweck, sondern ein notwendiger Bestandteil der Wahrnehmung staatlicher Interessen an den Grenzen des Landes. Es geht hier um Straftaten, die eine andere Qualität haben, als die im ersten Aspekt genannten Probleme der Sicherung des Bestandes der Grenzen.

Schutz der Staatsgrenze ist notwendig, solange es Staaten und damit Staatsgrenzen gibt. Er muss den konkreten Bedingungen entsprechen und die

¹⁰⁶ Vgl.: Das Recht und der Schutz der Staatsgrenze, S. 13 ff.

Staatsinteressen wahren. Militärischer Schutz der Staatsgrenzen ist nur dann und nur dort notwendig, wo und wann Staatsgrenzen militärisch bedroht werden.

Ein solches Herangehen entspricht dem militärdoktrinären Prinzip der Hinlänglichkeit. Danach müssen die Anstrengungen für den Schutz der Staatsgrenze der Bedrohung entsprechen.

Der ungesetzliche Grenzübertritt ist eine Rechtsverletzung. Seine Verhinderung ist Bestandteil der Durchsetzung der Rechtsordnung. Die Verfolgung von Rechtsverletzungen mit militärischen Mitteln, der Einsatz militärischer Mittel zur Aufrechterhaltung von Ordnung, Sicherheit und Gesetzlichkeit erfolgt - wie jüngste Beispiele aus der UdSSR belegen¹⁰⁷, wenn eine derart angespannte Lage im Lande besteht, in der die eigentlich dafür bestimmten Organe diese Aufgaben nicht mehr lösen können¹⁰⁸. Die Einführung und Durchsetzung einer militärischen Grenzsicherung in der DDR war aus dieser Sicht das Eingeständnis einer permanent zugespitzten inneren Situation, die ohne gravierende politische und ökonomische Veränderungen mit rechtsstaatlichen Mitteln nicht beherrschbar war.

Der Schutz der Staatsgrenze ist Teil des Schutzes des Staates. Er erfordert die Lösung von drei eng miteinander verbundenen Aufgaben. Das sind:

- erstens der Schutz vor Aggression oder Aggressionsdrohungen;
- zweitens die Aufrechterhaltung der staatlichen Sicherheit;
- drittens die Gewährleistung einer stabilen und störungsfreien Entwicklung aller gesellschaftlichen Bereiche durch die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.¹⁰⁹

Diese drei Aufgaben sind durch den Staat und die gesamte Gesellschaft zu lösen. Zwischen ihnen besteht ein unzweifelhafter Zusammenhang, jedoch keine Identität. So ist der Schutz vor Aggressionen nicht ohne staatliche Sicherheit und eine funktionsfähige Gesellschaft möglich. Umgekehrt bedarf die öffentliche Ordnung und Sicherheit des Schutzes auch vor äußeren Gefahren. Dieser Zusammenhang darf jedoch nicht übersehen lassen, daß jede dieser Aufgaben mit spezifischen Mitteln und Methoden erfüllt werden muss, daß dabei unterschiedlichen Anforderungen und auch juristischen Gesetzen Rechnung zu tragen ist.

¹⁰⁷ Besonders jüngste Entwicklungen im Kaukasus machen diesen Zusammenhang deutlich. Das betrifft den Einsatz von regulären Streitkräften zur Wiederherstellung der Ordnung.

¹⁰⁸ Vgl.: Autorenkollektiv, Streitkräfte in den politischen Kämpfen unserer Zeit. Berlin 1985, S. 32.

¹⁰⁹ Friedrich Dickel, Aufgaben und Verantwortung der Schutz- und Sicherheitsorgane für die Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit. Berlin 1981. S. 5.

Dieser Unterschied wurde durch den in der Vergangenheit formulierten „einheitlichen Klassenauftrag“ verwischt. Danach hatten die Nationale Volksarmee, die Grenztruppen der DDR, das Ministerium für Staatssicherheit, die Deutsche Volkspolizei und die anderen Organe des Ministeriums des Innern, die Kampfgruppen der Arbeiterklasse und die Zivilverteidigung „die sozialistische Ordnung und das friedliche Leben der Bürger gegen jeden Feind zu schützen“. Es war „ihr Auftrag, die Souveränität, die territoriale Integrität, die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Sicherheit der DDR zu gewährleisten“.¹¹⁰

Hier erfolgte sowohl eine Vermischung der inneren und äußeren Funktion der Streitkräfte als auch die undifferenzierte Gleichsetzung der verschiedenen bewaffneten Organe und Formationen.

Es ist jedoch offenkundig, daß zwischen den einzelnen Organen, ihrer Zweckbestimmung und ihren Maßnahmen keine Identität besteht. Die weitgehende Gleichsetzung der verschiedenen bewaffneten Organe durch den „einheitlichen Klassenauftrag“ war Rückfall in eine historisch längst überwundene Entwicklungsetappe. Darüber hinaus wurde faktisch jeder Rechtsverletzer zum Feind, denn es galt ja, ausschließlich die Rechtsordnung „gegen jeden Feind“ zu schützen.

Geschichtlich haben sich die verschiedenen bewaffneten Organe aus dem ursprünglich einheitlichen Heer entwickelt. Dies war ein Teil des Gesamtprozesses der gesellschaftlichen Arbeitsteilung.¹¹¹ In Deutschland lässt sich die Entstehung spezieller Formationen zur Durchsetzung der Ordnung an der Staatsgrenze und für den grenzüberschreitenden Verkehr historisch weit zurückverfolgen.¹¹²

¹¹⁰ Bericht des Zentralkomitees der SED an den XI. Parteitag. Berlin 1986, S. 80.

¹¹¹ Vgl.: A.F. Semerak, Die Polizei in der BRD. Heidelberg 1988, S. 17 ff.

¹¹² Dierske schreibt dazu mit Blick auf das Deutsche Kaiserreich: „Das mächtige deutsche Reich brauchte nicht zu befürchten, plötzlich militärisch überfallen zu werden. Ein Krieg bedurfte eines längeren militärischen Aufmarsches der beteiligten Staaten.

Ein besonderer militärischer Grenzschutz bestand deshalb nicht; die Grenzsicherung übernahmen im Großen die Grenzfestungen und die truppenmäßig verstärkten Grenz-Garnisonen. Die Grenzüberwachung wurde vom Grenzaufsichtsdienst ausgeübt, dessen Beamte nach einer Reihe von Jahren in den Zollabfertigungsdienst, den Verbrauchssteuerdienst usw. übernommen wurden.“

Dierske, Der Bundesgrenzschutz. Geschichtliche Darstellung seiner Aufgabe und Entwicklung bis zum 31. März 1963. Regensburg München Wien 1967, S. 3. Konkreter schreibt Eulitz: „Mit dem Ende der napoleonischen Kriege begann eine neue Ära im politischen und wirtschaftlichen Leben der deutschen Länder... Der Übergang zum Grenzzollsystem bahnte sich an und nach zum Teil unzulänglichen Versuchen wurde allmählich die Überwachung der Grenzen durch ein besondere. Grenzaufsichtspersonal aufgebaut.“ W. Eulitz, Der Zollgrenzdienst. Seine Geschichte vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Schriftenreihe des Bundesministers der Finanzen, Heft 6, Bonn o. J. (1968), S. 11.

Die Vereinheitlichung der verschiedenen bewaffneten Organe durch den einheitlichen Klassenauftrag, die über Jahrzehnte verfolgte Politik der Militarisierung von dem Wesen der Sache nach nichtmilitärischen Organen stand damit gegen eine allgemeine geschichtliche Tendenz und ist nur aus der verfehlten stalinistischen Sicherheitspolitik zu erklären.

Die Zweckbestimmung der Streitkräfte sowie ihre Rolle in der Innen- und Außenpolitik des Staates wurden auf die Begriffe „innere und äußere Funktion“ gebracht.¹¹³

Sowohl in der sowjetischen als auch in der DDR-Literatur wird dabei darauf aufmerksam gemacht, daß „die Funktionen der Armee nicht mit solchen Aufgaben verwechselt und verwischt werden dürfen, welche nicht den eigentlichen Zweck betreffen, um dessentwillen die Streitkräfte geschaffen wurden“¹¹⁴. Es ist folglich genau zwischen jenen Aufgaben zu unterscheiden, die die Existenz eines Organs notwendig machen und solchen, die ihm - politisch verantwortbar aber auch missbräuchlich - übertragen werden.

Dieser Zusammenhang ist auch für die Funktionsbestimmung der Grenztruppen von Bedeutung. Er macht deutlich, daß eine Aufzählung der den Grenztruppen der DDR gestellten Aufgaben nicht die Frage nach ihrer Funktion, nach ihren konstitutiven Elementen zu beantworten vermag. Dafür können nur jene Aufgaben herangezogen werden, zu deren Erfüllung die Grenztruppen geschaffen werden mussten.

Bei der Untersuchung dieser Fragen sind verschiedene Ebenen möglich und zu beachten. Einmal ist der Blick auf die politischen Zwecke möglich und erforderlich, die mit einem Organ verfolgt werden. Diese Frage ist nicht identisch mit der nach den Notwendigkeiten, aus denen die Schaffung des Organs selbst resultiert. Schließlich sind auch die Bedingungen zu beachten, unter denen ein Organ in Aktion tritt.

Den Grenztruppen der DDR wurde mit dem Grenzgesetz vom 25. März 1982 die Pflicht übertragen, „alle erforderlichen Maßnahmen zum zuverlässigen Schutz der Staatsgrenze zu treffen und im engen Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen die territoriale Integrität der Deutschen Demokratischen Republik und die Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenze, einschließlich, ihres Luftraumes und der Territorialgewässer zu gewährleisten“¹¹⁵. Vorher heißt es bereits: „Die Schutz- und Sicherheitsorgane und die anderen zuständigen staatlichen Organe haben in enger Zusammenarbeit die erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in den Grenzgebieten und den Seegewässern, des grenzüberschreitenden Ver-

¹¹³ Autorenkollektiv, Streitkräfte..., a.a.O., S. 25.

¹¹⁴ Ebenda.

¹¹⁵ Grenzgesetz, a.a.O., S. 200.

kehrs und zur Durchsetzung der Rechtsvorschriften zu treffen.“¹¹⁶ Die Abgrenzung der Verantwortung der Schutz- und Sicherheitsorgane - also auch der Grenztruppen der DDR - erfolgt durch den Nationalen Verteidigungsrat.¹¹⁷

Auch hier wird die mangelnde theoretische Durchdringung der originären Aufgaben des Grenzschutzorgans deutlich. Der Begriff „Schutz der Staatsgrenze“ ist so weit gefasst, daß er durch die Grenztruppen nicht eingelöst werden kann.

Die Staatsgrenze ist der Rand des Staatsterritoriums. „Schutz der Staatsgrenze“ - ausdrücklich als „Bestandteil der Landesverteidigung“ definiert - schließt damit die Bewahrung des territorialen Status quo ein. Dies jedoch ist nicht die originäre Zweckbestimmung des Grenzschutzorgans.

Die mit der Durchsetzung des Grenzregimes beauftragten Kräfte zählen - anders als die Armee - zu jenen Organen, die mit dem ausdrücklichen Auftrag des Schutzes der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, geschaffen werden. Ihre Zweckbestimmung ist die Durchsetzung der Rechtsvorschriften an der Staatsgrenze und für den grenzüberschreitenden Verkehr.

Wie deutlich wurde, nivelliert der Begriff „Schutz der Staatsgrenze“ der in Gesetzen der DDR und weiteren offiziellen Dokumenten verankert wurde, unzulässig den Beitrag der verschiedenen bewaffneten Organe und staatlichen Institutionen. Dies schlug sich insbesondere in den Befehlen an die Grenztruppen nieder, „den Schutz der Staatsgrenze“ - möglichst noch unter allen Lagebedingungen - zu gewährleisten. Mit einer solchen Aufgabe wurde dieses Organ überfordert.

In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß die entsprechenden Regelungen für den Bundesgrenzschutz der BRD eindeutiger sind und damit den Sachverhalt genauer treffen. So heißt es in Paragraph 1 des Gesetzes über den Bundesgrenzschutz:

„Dem Bundesgrenzschutz obliegen:

1. Der grenzpolizeiliche Schutz des Bundesgebietes (Grenzschutz)...“¹¹⁸

In Paragraph 2 wird dann genauer aufgeführt:

"Der Grenzschutz (§ 1) umfasst:

1. die polizeiliche Überwachung der Grenzen,
2. die polizeiliche Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs einschließlich

¹¹⁶ Ebenda.

¹¹⁷ Ebenda.

¹¹⁸ D. Heesen, J. L. Hönle, Gesetz über den Bundesgrenzschutz - BGS - Kommentar zum BGS einschließlich UZwG und VwVG. Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH, Hilden, 2. Aufl. 1989, S. 27. (BGS).

- α) Der Überprüfung der Grenzübertrittspapiere,
 - β) der Grenzfahndung,
 - c) der Beseitigung von ¹ Störungen und der Abwehr von Gefahren, die ihren Ursprung außerhalb des Bundesgebietes haben,
3. Im Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von dreißig Kilometern die Beseitigung von Störungen und die Abwehr von Gefahren, die die Sicherheit der Grenzen beeinträchtigen.“¹¹⁹

Hier sind folgende Anmerkungen angebracht:

1. Der Gesetzgeber der BRD betrachtet die Maßnahmen des Bundesgrenzschutzes an der Grenze nicht als „Ding an sich“, sondern als „grenzpolizeilichen Schutz des Bundesgebiets“. Hier wird der bereits ausgeführte Zusammenhang von Staatsgrenze und Hoheitsgebiet deutlich. Die Staatsgrenze wird gesichert, um das Hoheitsgebiet zu sichern.
2. In den Bezeichnungen wird ein deutlicher Unterschied hinsichtlich des Organs ("Bundesgrenzschutz") und der von ihm zu erfüllenden Aufgabe (Grenzschutz) deutlich. Auch dies ist keine Selbstverständlichkeit im bisherigen Begriffsapparat der Grenztruppen der DDR.¹²⁰
3. Dem Organ zur Durchsetzung des Grenzregimes der BRD werden präzise solche originären Aufgaben übertragen die in seine Zuständigkeit fallen und die von Streitkräften nicht wahrgenommen werden können. Auch dieser Unterschied wurde in der DDR bisher allgemein wenig geachtet.
4. Durch das Bundesgrenzschutzgesetz ist ausdrücklich geregelt, welche nichtmilitärischen Kräfte der BRD gegebenenfalls Aufgaben und Befugnisse des Bundesgrenzschutzes wahrnehmen.¹²¹

Die Begriffe „innere und äußere Funktion der Streitkräfte“ spiegeln damit die Zweckbestimmung der Grenzsicherungskräfte der DDR nicht richtig wider. Diese Begriffe charakterisieren die Armee als militärisches Hauptinstrument des Staates. Auf andere Organe können sie folgerichtig nicht zutreffen. Gewisse Entsprechungen berechtigen nicht dazu, sie auch auf die Grenzsicherungskräfte der DDR zu übertragen.

Die jahrzehntelange gegenteilige Praxis in der DDR hatte ihre Ursache nicht in der fehlenden Erkenntnis dieses Zusammenhangs. Vielmehr waren solche Erkenntnisse wissenschaftlicher Arbeit nicht gewünscht und konnten deshalb unter den bestehenden Verhältnissen nur bedingt gewonnen und über einen ganz begrenzten Kreis hinaus verbreitet werden.

¹¹⁹ Ebenda, S. 142.

¹²⁰ Vgl.: Wesen und Auftrag der Grenztruppen, [Pätz, Juni 1989] S. 52 ff.

¹²¹ Das BGSG legt ausdrücklich fest, dass die Bundesländer Aufgaben des grenzpolizeilichen Einzeldienstes mit eigenen Kräften wahrnehmen können. Vgl.: BGSG, S. 21.

Die unterschiedlichen Funktionen der Streitkräfte und der Grenztruppen haben nachhaltige praktische Konsequenzen. Sie bewirken zunächst, daß die entsprechend ihrer Funktion gegliederten, ausgebildeten und ausgerüsteten Kräfte nur bedingt in der Lage sind, die Aufgaben des jeweils anderen zu erfüllen.

So ergab sich im Jahre 1921 für das Sowjetland mit der siegreichen Beendigung des Bürgerkrieges die Möglichkeit, seine Streitkräfte zu reduzieren. In diesem Zusammenhang wurde der Einsatz von Schützendivisionen für die Grenzsicherung als Möglichkeit betrachtet, kampfstarke Verbände zu erhalten. „Am 19. Oktober 1921 fasste der Rat für Arbeit und Verteidigung den Beschluss über die Auflösung der Grenzsicherungskräfte der Gesamtrussischen Tscheka und über die Bereitstellung von Truppenteilen der Roten Armee für die Grenzsicherung... Dieses System... hat sich nicht bewährt, da die Angehörigen der zur Grenzsicherung eingesetzten Truppen nicht speziell für den Grenzdienst ausgebildet waren und im Kampf gegen Schmuggel und Spionage nicht über die erforderlichen Erfahrungen verfügten.“¹²² Umgekehrt berichtet Marschall Rokossowski von Problemen eines aus Grenzsoldaten formierten operativen Verbandes bei der Erfüllung von Gefechtsaufgaben.¹²³

Wenn sich das Wirken der Grenzsicherungskräfte nicht auf den Begriff der inneren und äußeren Funktion der Streitkräfte bringen lässt, dann müssen die der konkreten Funktion der Grenzsicherungskräfte gemäßen Formen und Methoden des Handelns zur Realisierung dieser Funktion theoretisch und praktisch begründet werden. Dann ist auch das Verhältnis der Funktionen des Staates, der Armee und der Grenzsicherungskräfte keine Relation von Allgemeinem, Besonderem und Konkretem. Dann ist vielmehr die Funktion der Grenzsicherungskräfte in der Hierarchie der Begriffe der der Armee gleichwertig (allerdings nicht gleichgewichtig).

Es resultiert aus dem Wesen der Staatsgrenzen, daß sich für die zur Durchsetzung des Grenzregimes geschaffenen Formationen auch die Dialektik von innerer und äußerer Funktion erheblich anders darstellt, als bei den Streitkräften. Die Staatsgrenzen verkörpern die Einheit trennender und verbindender Eigenschaften. Sie trennen und verbinden auch das Feld der Außen- von dem der Innenpolitik. Konkrete Maßnahmen an den Staatsgrenzen bringen damit immer zugleich außenpolitische und innenpolitische Wirkungen hervor.

Die Dialektik von Ziel, Zweck und Mittel stellt sich dabei wie folgt dar:

- Das Ziel ist der Schutz der staatlichen Ordnung, der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung. Das ist eine Aufgabe des gesamten Staates. Diesem

¹²² Autorenkollektiv, Geschichte der Grenztruppen der UdSSR. Historischer Abriss. Berlin 1988, S. 57.

¹²³ K. Rokossowski, Soldatenpflicht, Berlin 1971, S. 241.

Ziel dienen auch die Handlungen der Grenzsicherungskräfte der DDR.

- Der Zweck der Grenzsicherungskräfte, ihr Existenzgrund ist die Durchsetzung der Ordnung an der Staatsgrenze und der Festlegungen für den grenzüberschreitenden Verkehr, insbesondere die Unterbindung von ungesetzlichen Grenzübertritten. Zu diesem Zweck sind die Grenzsicherungskräfte der DDR das Mittel, für diesen Zweck werden sie geschaffen. Das schließt die Abwehr von Grenzprovokationen, die Bereinigung von Grenzzwischenfällen und -konflikten unterhalb der Ebene des Einsatzes der regulären Streitkräfte ein. Die Zäsur bildet dabei jenes in der Definition der Aggression nicht näher bestimmte Maß, bei dessen Überschreitung solche Handlungen den Tatbestand der Aggression erfüllen.¹²⁴

Die eindeutige theoretische Aufarbeitung dieses Zusammenhangs ist von immenser Bedeutung für die richtige Einordnung der Handlungen der mit der Durchsetzung des Grenzregimes beauftragten Kräfte in die Gesamtanstrengungen zur Gewährleistung der Funktionsfähigkeit von Staat und Gesellschaft.

Es ist die Zweckbestimmung der Grenzsicherungskräfte der DDR, die in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht in der innerstaatlichen Rechtsordnung fixierten Regelungen für den grenzüberschreitenden Verkehr und die Ordnung an der Staatsgrenze durchzusetzen. Davon gehen zumindest folgende innenpolitische Wirkungen aus:

- Schutz der Staats- und Rechtsordnung;
- Wahrung der Rechtssicherheit hinsichtlich der Bestimmungen für den grenzüberschreitenden Verkehr.
- Gewährleistung der notwendigen Wirkungsbedingungen für die Entwicklung der Volkswirtschaft, Unterbindung illegaler ökonomischer Einwirkungen über die Grenzen. (Die Maßnahmen der Zollorgane können nur greifen, wenn illegale Grenzübertritte außerhalb der zugelassenen Grenzübergangsstellen weitgehend unterbunden werden.)

Äußere Funktion:

- Gewährleistung der gleichberechtigten Teilnahme der DDR am internationalen Leben, der Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen durch die Schaffung, Durchsetzung und Aufrechterhaltung der dafür an der Staatsgrenze notwendigen Bedingungen. Dies schließt die Unterbindung völkerrechtswidriger Aktivitäten über die Staatsgrenze der DDR unabhängig davon ein, wo sie ihren Ausgangspunkt haben.

¹²⁴ Definition der Aggression, Siehe a.a.O., S. 919ff.

In Wahrnehmung der inneren und äußeren Funktion werden bestimmte Handlungen durchgeführt. Diese Handlungen können aber weder mit den Funktionen gleichgesetzt noch eindeutig der inneren oder äußeren Funktion zugeordnet werden. In der Regel ist vielmehr davon auszugehen, daß bestimmte Maßnahmen zugleich in der Innen- und in der Außenpolitik wirken. Das ist ein eigenständiger Beitrag zur Realisierung der inneren und äußeren Funktion des Staates. Er muss erbracht werden, solange der Staat besteht. Die Veränderung seiner Ausgestaltung ist an Veränderungen des Staates selbst, seiner innen- und außenpolitischen Aufgaben und Verpflichtungen gebunden. Subjektivismus bei Entscheidungen über Aufbau, Struktur und Maßnahmen der Kräfte zur Durchsetzung des Grenzregimes zieht - ebenso wie bei Entscheidungen über das Grenzregime selbst - notwendig schweren Schaden für den Staat und die Gesellschaft nach sich.

Die Überlegungen zur inneren und äußeren Funktion der Kräfte zur Durchsetzung des Grenzregimes als Teil der entsprechenden Funktionen des Staates wären unvollständig, wenn sie von den konkreten Bedingungen gelöst werden, unter denen sie an der Staatsgrenze handeln.

Es ist gerade ein schwerer Mangel in der Geschichte des Grenzregimes und der Grenztruppen der DDR, daß weitgehend unvermittelt von politischen Prämissen des Handelns an der Staatsgrenze ausgegangen wurde.

In einem Rechtsstaat sind die Maßnahmen zur Durchsetzung des Grenzregimes immer im Zusammenhang von Politik und Recht zu gestalten und zu beurteilen. Auch hier darf das Recht der Politik nicht untergeordnet werden. Das Primat der Politik in Maßnahmen an der Staatsgrenze verwirklicht sich nicht über die willkürliche Unterordnung von Rechtsnormen unter politisch motivierte Maßnahmen. Es darf sich nur über die Setzung von Rechtsnormen im Ergebnis eines legitimen politischen Willensbildungsprozesses und die die folgende Durchsetzung des Rechts vollziehen.

Das Grenzregime erzeugt unstreitig politische Wirkungen in der Innen- und Außenpolitik. Um dieser Wirkungen willen werden solche Maßnahmen letztlich ergriffen. Der Versuch, die Wirkungen des Grenzregimes auf eines dieser Felder zu beschränken - oder auch nur als auf eines dieser Felder beschränkt darzustellen - steht, angesichts des Wesens der Staatsgrenzen, im Widerspruch zur Realität.

Die politischen Wirkungen müssen jedoch stets durch das Recht vermittelt werden. Dies gilt für die Einhaltung und Umsetzung des Völkerrechts in die innerstaatlichen Normativakte über das Grenzregime ebenso, wie für die strikte Einhaltung des innerstaatlichen Rechts durch die an der Staatsgrenze eingesetzten Kräfte. Sie dürfen nicht auf der Grundlage bestimmter politischer Aufgabenstellungen handeln, sondern müssen ausschließlich dem Recht

verpflichtet sein. Das ist eine elementare Voraussetzung für legitime Maßnahmen an der Staatsgrenze.

Das Grenzregime zu verwirklichen, das der Staat in Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften festlegt, ist die Zweckbestimmung des Grenzschutzorgans. Indem dieses Organ das Recht durchsetzt, wo notwendig seine Einhaltung auch erzwingt, dient es seinem Staat, dient es auch der sich entwickelnden Demokratie in der DDR. Damit erfüllt es auch einen legitimen politischen Auftrag.

[Anmerkung:

Zur Dissertation B gehörte eine Analyse ausgewählter Aspekte des Zusammenhangs aller Arten von Versuchen die DDR zu verlassen mit der Entwicklung der Lage an der Staatsgrenze von 1961 bis 1989. Auf den Abdruck dieser Analyse wird hier verzichtet.

Für diese Veröffentlichung wurde der in Papierform vorliegende Text verdatet. Die im Original enthaltenen Endnoten wurden für eine bessere Lesbarkeit in Fußnoten umgewandelt. Von technischen Wirkungen dieser Änderungen abgesehen, entspricht die Veröffentlichung dem Text vom 15. Februar 1990.]

Gutachten

Oberst Prof. Dr. sc. phil. Erich Hocke

O.U., den 10. 04. 1990

Gutachten

zur Dissertation von Oberstleutnant Dr. phil. Artur Pech

zum Thema:

Reform des Grenzregimes

(Original im Besitz von Artur Pech, Auszug.)

Die vorliegende Arbeit ist das Resultat einer längerfristigen Beschäftigung von Oberstleutnant Dr. Pech mit dieser Thematik. Der demokratische Geist des Herangehens an diese Problematik, der strikte Rechtsstandpunkt von Oberstleutnant Dr. Pech und das Ansprechen politischer Konsequenzen führten zu Ergebnissen, die seinerzeit nicht öffentlich dargestellt werden konnten. Die vorliegende Arbeit führt die gewonnenen Erkenntnisse unter den nunmehr veränderten politischen Rahmenbedingungen weiter, und der Autor beleuchtet wissenschaftlich- theoretisch begründet kritisch Rolle und Funktion der Grenztruppen.

Gegenwärtig zeigt sich allerdings zugleich auch die Notwendigkeit einer Weiterführung der gewonnenen Aussagen. Schließlich ist nicht zu übersehen, daß eine Reihe der vorliegenden Aussagen von der deutschen Zweistaatlichkeit ausgehen. Deshalb sollten bei der Verteidigung insbesondere weiterführende Gedanken zur Rolle und Funktion der Grenztruppen der DDR (des Grenzschutzes) im Prozeß der Annäherung und Vereinigung der beiden deutschen Staaten entwickelt werden.

Die Arbeit enthält eine wissenschaftliche Darstellung des Wesens und der Entstehung von Staatsgrenzen. Wünschenswert wäre hier allerdings, wenn dabei die ökonomischen, sozialen, politischen, nationalen (beziehungsweise ethnischen) Aspekte deutlich in Beziehung zueinander gesetzt würden.

...

Hervorzuheben ist die kritische Aufarbeitung der Geschichte der Grenze zwischen der DDR und der BRD, der Art und Weise ihrer Sicherung sowie der stalinistischen Entstellungen des Auftrages und der Funktion der Grenzsicherungsorgane der DDR. Richtige Schlußfolgerungen werden dabei aus den analytischen Materialien gezogen. Mir scheint allerdings, daß der Unterstellung der Grenztruppen eine zu große Bedeutung beigemessen wird, da die Entstellung ihrer Rolle nicht allein und auch nicht notwendigerweise aus ihrer konkreten Unterstellung resultiert. Viel wichtiger ist hier die Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Völkerrechtsprinzipien.

...

Ich empfehle die Annahme der vorliegenden Arbeit von Oberstleutnant Dr.
Artur Pech als Dissertation (B).
(Unterschrift)

Oberst Dr. sc. mil. Peter Freitag

O.U., den 20. 04. 1990

Gutachten

zur Dissertation (B) von Oberstleutnant Dr. phil. Artur Pech

zum Thema: Reform des Grenzregimes

(Original im Besitz von Artur Pech, Auszug.)

Die Dissertation wird zu einem Zeitpunkt zur Verteidigung vorgelegt, wo grundlegende Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen der DDR sowie der nunmehr eingeleitete und durch nichts mehr aufzuhaltende Prozeß der Überwindung deutscher Zweistaatlichkeit völlig veränderte Grundlagen einer Rechtsordnung an der Staatsgrenze und für den grenzüberschreitenden Verkehr erfordern und grundlegend andere Anforderungen an die Art und Weise ihrer Durchsetzung im Grenzschutzorgan gestellt werden. Eingebettet in außerordentlich komplizierte gesamtgesellschaftliche Prozesse vollziehen sich gegenwärtig gewissermaßen als Bestandteile einer Reformbewegung: die Überwindung der Einordnung des Schutzes der Staatsgrenze der DDR in verfehlte und irreparabel gescheiterte Sicherheitsstrukturen, die Schaffung neuer Rechtsgrundlagen für ein mit dem bisher bestehenden nicht mehr zu vergleichenden Grenzregime, die Aufhebung der Zuständigkeits- und Kompetenzenteilung zwischen unterschiedlichen, inzwischen zum Teil gar nicht mehr existierenden Schutz- und Sicherheitsorganen für objektiv und originär zusammengehörende Prozesse und Erscheinungen des Grenzschutzes und schließlich die Korrektur der Deformation des Grenzschutzes zu einer militärischen Formation der Landesverteidigung im Sinne einer speziellen Teilstreitkraft der Nationalen Volksarmee.

...

Mit seiner Dissertation bietet der Promovend beachtliche theoretische Erkenntnisse an, die als Ergebnisse langjähriger wissenschaftlicher Arbeit in erstaunlich kurzer Zeit und in bestechender Weise prägnant mit den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen in Kontext gebracht maßgebliche Bedeutung für die Lösung von Problemen in den bereits genannten Zusammenhängen haben. Sie gehören wohl weitgehend zu jenen in der Vergangenheit erreichten Ergebnissen seiner wissenschaftlichen Arbeit, von denen er in seiner Dissertation sarkastisch vermerkt, daß sie zwar wissenschaftlich exakt, doch politisch nicht zu gebrauchen waren.

...

Die Wissenschaft darf nicht mehr nur vorher intuitiv und subjektivistisch getroffene und von ausschließlich politischen Erwägungen getragene Entscheidungen nur noch die höhere Weihe erteilen. Der Gutachter bekennt sich in diesem Zusammenhang mit Bitternis zu eigenen diesbezüglichen Irrtümern in der wissenschaftlichen Arbeit vergangener Jahre.

...

Der Wert der Abhandlungen wäre höher gewesen, wenn die im wesentlichen vom Promovenden völlig richtig herausgearbeitete theoretische Fehlorientierung beim Schutz der Staatsgrenze des gescheiterten Sozialismusmodells in der DDR zusammengefaßt und verallgemeinert wie folgt explizit hervorgehoben worden wären:

- die falsche Herleitung der Notwendigkeit des Schutzes der Staatsgrenze aus der militärischen Bedrohung und subversiven Unterwanderung von außen in Folge einer linearen Extrapolation vom Wesen des Klassenkampfes auf nationaler Ebene in die zwischenstaatlichen und internationalen Beziehungen von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung; das ließ ein Modell entstehen in dem letztere lediglich in eine andere Gattung von Klassenzielen, Klassenbeziehungen und Klassenkämpfen gehoben, Wesen und Erscheinung vermischt schließlich identifiziert wurden, was in der völligen Verwischung grundlegender Unterschiede von Aggression und Rechtsverletzung bei der Bestimmung der Hinlänglichkeit einzusetzender Kräfte und Mittel sowie anzuwendender Formen und Methoden ihre Einsatzes und ihrer Handlungen beim Schutz der Staatsgrenze;
- die extreme Überbetonung des Trennenden und das fast völlige Negieren des Verbindenden von Staatsgrenzen in einer verfehlten Sicherheitskonzeption, die bedingungslos auf die Aufrechterhaltung des politischen und territorialen Status quo sowie auf systematische Abschottung des eigenen Volkes ausgerichtet war, dabei vor Verstößen und Einschränkungen des Völker- und Menschenrechts nicht zurückschreckte und von der Illusion ausging, mit einem funktionierenden Machtapparat die Gesellschaft nicht nur unter Kontrolle halten, sondern auch jederzeit korrigieren zu können;

...

- die Militarisierung des eigentlichen Grenzschutzorgans in Struktur und technischer Ausstattung, im Führungs- und Bildungssystem sowie bei der Organisation und Durchführung von Handlungen, wobei es systematisch von seiner originären Funktion weggeführt, ja für ihre Erfüllung unbrauchbar gemacht und ihm dafür Aufgaben übertragen wurden, die unerfüllbar waren.

...

In ihrer Gesamtheit bietet die vorgelegte Dissertation eine ausgezeichnete Grundlage sowohl für die weitere wissenschaftliche Arbeit als auch für die Lösung praxisrelevanter Probleme.

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden: Die von Oberstleutnant Dr. Pech vorgelegte Arbeit entspricht den Anforderungen an eine Dissertation B, die einen bemerkenswerten Beitrag zur Entwicklung notwendiger theoreti-

scher Grundlagen für den Grenzschutz unter gegenwärtigen und künftigen Bedingungen in Mitteleuropa leistet.

Ich empfehle dem wissenschaftlichen Konzil die Annahme der Arbeit.

(Unterschrift)

Hochschule für Recht
und Verwaltung
Lehrstuhl Staatsrecht
Prof. Dr. jur. habil.
Hans Dietrich Moschütz

Potsdam-Babelsberg, 24. 4. 1990

Gutachten

Zur Dissertation B zur Erlangung des akademischen Grades

Dr. sc. phil.

des Dr. phil. Artur Pech, geb. 7. VIII. 1947,

zum Thema: Reform des Grenzregimes, Februar 1990,

70 S. Text, Quellenverzeichnis, Anlagen, 20 S. Thesen

(Original im Besitz von Artur Pech, Auszug.)

Das Thema ist von hoher Aktualität und die Promotionsschrift ist die erste wissenschaftliche Arbeit, die ich hierzu kenne.

Sie kurzfristig vorzulegen war nur möglich, weil der Verfasser jahrelange Forschungsarbeiten zum Grenzregime durchgeführt hat...

Manches, was der Verfasser ausführt, bleibt thesenhaft, zu jedem aufgeworfenen Zusammenhang lassen sich weitere Detailuntersuchungen denken und wünschen. Gerade darin liegt aber auch der Wert dieser überwiegend konzeptionellen Arbeit, die zu weiteren interdisziplinären Forschungen anregt und herausfordert.

Von besonderem Wert sind die Ausführungen zu Recht und Staatsgrenze, die sich vor allem auf S. 43 f. befinden, aber konzeptionell die ganze Arbeit durchdringen. Dem Verfasser kann bescheinigt werden, daß er, obwohl kein Jurist, mit seinen Ergebnissen auch das bisherige staats- und rechtswissenschaftliche Denken in der DDR zu seinem Thema bereichert.

Was auch frühere Arbeiten des Verfassers auszeichnete, prägt diese Arbeit als Ganzes: ein wirklich wissenschaftliches, d.h. kritisches Herangehen an seinen Gegenstand. Insbesondere im ersten Abschnitt, aber auch in den folgenden wird zutreffend die bisherige Praxis der Grenzsicherung und die Einordnung der Grenztruppen in die Staatsorganisation sowie ihre Struktur einer begründeten Kritik unterzogen. Nur auf diesem Wege kann es gelingen, ihre Notwendigkeit und ihre – gegenüber vergangenen Fehlentwicklungen – radikal geänderte objektive Aufgabenstellung und damit die Konzeption für ihr künftiges Wirken im demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu entwickeln. Dazu leistet der Verfasser einen beachtlichen und zustimmungswerten Beitrag.

Ich sehe ihn vor allem in 2 miteinander verbundenen Argumentationslinien: der historischen, also dem Nachweis, wie seit 1946 aus einem richtigen An-

satz hinsichtlich der Aufgabenstellung und Struktur der Grenzschutzorgane sowie ihrer Unterstellung Schritt für Schritt die Deformation vollzogen wurde sowie zweitens in der Messung dieser Entwicklung am Recht, vor allem am Völkerrecht...

Zusammenfassend komme ich zu dem Ergebnis, daß der Verfasser mit dieser Arbeit die im Hochschulrecht gesetzten Anforderungen an eine Dissertation B mit der vorliegenden Schrift erfüllt...

Ich empfehle dem Wissenschaftlichen Rat die Annahme der Schrift als Promotionsschrift (B).
(Unterschrift)

Artur Pech

Kommentar

Nach dem Abschluss des Studiums an der Militärakademie „Friedrich Engels“ im Jahr 1980 erhielt ich die in diesem Rahmen bis dahin einmalige Chance, die Diplomarbeit zur Dissertation weiter zu führen. Möglich wurde diese Entwicklung durch die Bemühungen von Kapitän zur See Scheler als Lehrstuhlleiter und eine entsprechende Entscheidung des Chefs der Politischen Verwaltung der Grenztruppen der DDR.

So kam ich im Februar 1981 wieder an die Militärakademie und konnte dort brisante Auseinandersetzungen um die Veränderungen der Beurteilung des modernen Krieges hautnah miterleben. Dieses Erleben und die Arbeitsweise im Lehrstuhl haben mich sehr geprägt.

Nach der Verteidigung der Promotion im Sommer 1982 wurde ich in der Politischen Verwaltung als Leiter der Unterabteilung für Gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung mit Zuständigkeit für die Lehreinrichtungen der Grenztruppen der DDR eingesetzt.

Die erste größere Aufgabe in dieser Tätigkeit ergab sich aus dem Beginn der Diplombildung an den Offiziershochschulen zum 1. September 1983.

In den Einführungsbestimmungen zu den Programmen für die gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung erhielt der Chef der Politischen Verwaltung das Recht, zu den für alle Offiziershochschulen verbindlichen Programmen „die entsprechend den spezifischen Anforderungen der Grenztruppen der DDR erforderlichen Änderungen von Programminhalten anzuweisen.“

Die Vorbereitung dieser Programmpräzisierungen war dann meine Aufgabe. Ihre Erfüllung hinterließ mich einigermaßen unbefriedigt. Einige Abstriche bei Gefechtshandlungen und die grundsätzliche Übertragung der für die Armee geltenden Betrachtungen auf den Grenzdienst konnten die Lösung nicht sein.

Seither beschäftigten mich Fragen nach der Rolle der Staatsgrenzen in der Geschichte, die wesentlich mehr beinhaltet, als mit Strichen auf Landkarten zu erfassen ist. Es ging um den Grund für die Schaffung spezieller Formationen an den Grenzen und um Ziele, Zwecke, Mittel und Methoden für die und mit denen sie handeln. Und es ging um die Frage nach den Gründen, die eine jeweils konkrete Ausprägung des Grenzregimes bestimmen.

In der Studie zum Abschluss fasste ich diesen Zusammenhang in die Worte: „Was kann, was muss das Grenzregime der DDR bewirken, was kann und darf es nicht bewirken? Was können, was sollen die Grenztruppen der DDR dazu beitragen, was sollen, ja was dürfen sie nicht?“

Das sind Fragen, die sich mit dem Untergang der DDR nicht erledigt haben. Sie stellen sich, so lange es Staaten und Staatsgrenzen gibt.

In größerem Rahmen thematisierte ich die Unterschiede zwischen dem, was damals „politisch-moralische und psychologische Vorbereitung auf das Gefecht“ genannt wurde und dem, was der Grenzdienst abverlangte, erstmals im Oktober 1984 in einem Vortrag vor der Sektion Gesellschaftswissenschaften der Militärakademie „Friedrich Engels“. Die Probleme waren derart akut, daß dieser Vortrag anschließend im Informationsdienst der Grenztruppen der DDR herausgegeben wurde.¹

Bei der Vorbereitung des Forschungsplans für die zweite Hälfte der 1980er Jahre schlug ich ein entsprechendes Forschungsvorhaben vor.²

Der Problemdruck hat die Bestätigung des Forschungsvorhabens befördert. Ohne die Unterstützung meiner damaligen Vorgesetzten, Oberst Karl-Heinz Oeser und Oberst Johannes Wierßing wäre es dennoch nicht in die Gänge gekommen. Und erst Entscheidungen von Generalleutnant Gerhard Lorenz, der sich in einigen Veranstaltungen des Forschungsvorhabens auch selbst engagierte, haben das Vorhaben möglich gemacht. Immerhin forschte da nicht jemand in der Abgeschiedenheit einer Hochschule, sondern der für die gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung an den Lehreinrichtungen der Grenztruppen der DDR zuständige Offizier der Politischen Verwaltung.

Von 1986 bis 1989 habe ich dieses Forschungsvorhaben unter Einbeziehung von Diplomarbeiten an der Militärakademie „Friedrich Engels“ und an der Offiziershochschule „Rosa Luxemburg“ bearbeitet. Teilergebnisse wurden in Kolloquien der Politischen Verwaltung am 29. Juni 1987 und am 27. Januar 1988 zur Diskussion gestellt und wiederum (mit Geheimhaltungsgrad VVS) teilweise veröffentlicht.³

Als Hauptergebnisse entstanden die Studien „Das Wesen der Staatsgrenzen“ (Januar 1989), „Das Recht und der Schutz der Staatsgrenze“ (Mai 1989) sowie

¹ Zu Problemen der politisch-moralischen und psychologischen Vorbereitung in den Grenztruppen der DDR, Informationsdienst der Grenztruppen der DDR, herausgegeben von der Unterabteilung Militärwissenschaft des Kommandos der Grenztruppen Heft 1/1985 (offen), Redaktionsschluss 15. November 1984.

² Grenzdienst – Klassenkampf – Friedenskampf. Weltanschauliche Probleme des Dienstes zum Schutze der Staatsgrenze.

³ Informationsdienst..., Heft 2/87 (VVS), Heft 3/88 (VVS).

„Wesen und Auftrag der Grenztruppen - Der Schutz der Staatsgrenze durch die Grenztruppen der DDR“ (Juni 1989).

Zu den genannten Terminen war jeweils Redaktionsschluss. Die Arbeiten zum Wesen der Staatsgrenzen und zum Zusammenhang des Rechts mit dem Schutz der Staatsgrenze galten den theoretischen Grundlagen für die Studie über das Grenzschutzorgan.

Im Jahr 1988 wurden die eklatanten Mängel der Rechtsausbildung in den Grenztruppen unübersehbar. Aus der Diskussion im engeren Dienstbereich erwuchs deshalb das Vorhaben, Teile der Rechtsausbildung ohne weitere Rückkoppelung mit dem eigentlich dafür zuständigen militärischen Bereich in der politischen Schulung durchzuführen. Das war der Hintergrund für die Hefte „Der Schutz der Staatsgrenze der DDR, Teil I Völkerrechtliche Grundlagen, Teil II Staatsrechtliche Grundlagen.“

Die Disposition für den Teil „Völkerrechtliche Grundlagen“ habe ich im Juli 1988 zur Bestätigung vorgelegt, für Teil II – „Staatsrechtliche Grundlagen“ im März 1989. Beide Teile sind dann im Militärverlag der DDR erschienen. Das war durchaus auch ein Vorgriff auf die Verteidigung der Ergebnisse des Forschungsvorhabens im Juni 1989, denn Grundlage für die Publikationen war die Studie „Das Recht und der Schutz der Staatsgrenze“.

Im Kern ging es um die Anforderungen „an die Rechtskenntnis und die Entscheidungsfindung der Angehörigen der Grenztruppen in oft sehr kurz bemessener Zeit die rechtlich exakte Entscheidung über die Wahrnehmung ihrer Befugnisse zum Schutz der Staatsgrenze zu treffen.“ Das schloss die Klarstellung ein, dass es keine Pflicht zur Anwendung der Schusswaffe, wohl aber die Pflicht zur Entscheidung nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel gab.⁴

Zur ganzen Wahrheit gehört aber auch - wie im Referat vom Juni 1989 ausgeführt - dass selbst viele ausschließlich den militärischen Kategorien von Befehl und Gehorsam verhaftete Führungskräfte dagegen Vorbehalte hatten.

Die Studien mit den Hauptergebnissen des Forschungsvorhabens wurden von der Politischen Verwaltung als Forschungsmaterial herausgegeben und nach der Verteidigung der Ergebnisse des Forschungsvorhabens im Juli 1989 an die Verbände und Lehrinrichtungen der Grenztruppen verteilt. Darüber hinaus schlug der Chef der Politischen Verwaltung dem Chef der Militärakademie vor, das Forschungsergebnis als Dissertation „B“ anzuerkennen.

Die Vorbereitung der dafür erforderlichen Unterlagen erfolgte im Herbst 1989 in einer Zeit rasanter gesellschaftlicher Veränderungen im Lande und an

⁴ Das Recht und der Schutz der Staatsgrenze, Pätz Mai 1989 S. 50; (Bibliothek der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Nr. 91 08 0161, Textgleich: Der Schutz der Staatsgrenze der DDR Teil 2 Staatsrechtliche Grundlagen, Militärverlag der DDR, Berlin September 1989 S. 14. Bibliothek der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Nr. 71 18 0280.

den Grenzen. Deshalb habe ich die Gesamtergebnisse zwischen Oktober / November 1989 und Januar/Februar 1990 mit Blick auf die anstehende Reform des Grenzregimes zur Studie „Reform des Grenzregimes“ zusammengefasst und zum 15. Februar 1990 zur Begutachtung eingereicht.

Der geschilderte Werdegang erklärt auch den Aufbau der Studie zur Reform des Grenzregimes. Gestützt auf die Vorarbeiten habe ich unter den veränderten Bedingungen den Abschnitt zur Notwendigkeit einer Reform des Grenzregimes und der Grenztruppen neu erarbeitet und die anschließenden Abschnitte weitgehend aus den im ersten Halbjahr 1989 vorgelegten Studien übernommen.

Als die Verteidigung am 3. Mai 1990 im Kommando der Grenztruppen der DDR erfolgte, hatte sich die Lage wiederum entschieden verändert. Aber selbst unter diesen Bedingungen waren die Probleme der Grenzkontrolle und des Grenzregimes der DDR nicht erledigt. Auch deshalb brachte die damalige Tageszeitung der CDU „Neue Zeit“ am 11. April 1990 meinen Artikel „Grenzkontrolle – aber wie?“.

Aufbau und Diktion der Studie zur „Reform des Grenzregimes“ atmen den Geist der Zeit zwischen Oktober 1989 und Januar 1990. Der theoretische Gehalt erwuchs aus den Forschungsarbeiten der Jahre 1986 bis 1989.

Um die Beurteilung dieses Zusammenhangs zu ermöglichen, habe ich in diese Publikation je einen Auszug aus den Thesen zur wissenschaftlichen Beratung am 29. 06. 1987 und aus einer Information vom 13. Oktober 1988 sowie das aus Platzgründen gekürzte Referat zur Verteidigung des Forschungsvorhabens vom 26. Juli 1989 aufgenommen.

Die Thesen zur Dissertation „B“ wurden 1990 als Material für die politische Bildung in den Grenztruppen der DDR gedruckt. Sie umfassten die Gesamtergebnisse des Vorhabens und gingen über die mit der Studie zur „Reform des Grenzregimes“ gegebene Zusammenfassung hinaus.

Eine Drucklegung dieser Studie erfolgte nicht. Das überschritt selbst 1990 noch die Schmerzgrenze.

Die hier vorgelegten längeren Texte sind als Erstveröffentlichungen auf dem Stand von Juli 1989 bzw. Februar 1990 und in Inhalt und Diktion auch Zeitdokumente. Letzteres meint auch den damals von mir verwendeten Stalinismusbegriff, der hier für die Bezeichnung eines gescheiterten Sozialismusmo-

dells stand, für die Tendenz, die Beherrschung von Problemen mit ihrer Lösung zu verwechseln und sich darin einzurichten.

Ich habe bis zu ihrem Ende für den Schutz und die Verteidigung der DDR gearbeitet. Dabei begegnete mir des Öfteren der auch in der Studie zur Reform des Grenzregimes zitierte Satz: „Die Ergebnisse sind wissenschaftlich exakt, politisch aber nicht zu gebrauchen.“

Meine Arbeit erwuchs – wie im Referat vom 26. Juli 1989 nachzulesen ist – einem Verständnis, nach dem „Wissenschaft sich nicht darin erschöpft, die jeweilige Praxis theoretisch zu begründen. Dazu gehört für den Wissenschaftler natürlich auch Mut zum Risiko, denn es ist keineswegs sicher, welche Bewertung seine Forschungsergebnisse erfahren werden.“

Solche Bewertungen wechseln. Ich verstehe diese Veröffentlichung daher nicht nur als Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und ihres Grenzregimes. Fragen der Staatsgrenzen, des Grenzregimes, ihrer Ursachen und Wirkungen sind nicht nur noch immer aktuell – sie gewinnen trotz gegenteiliger Beteuerungen an Bedeutung. Nicht wenige der untersuchten Zusammenhänge dürften für heutige Auseinandersetzungen mit Gewinn nutzbar sein.

Hartmut Jentsch

Dokumente

Theoretische und praktische Aspekte der Agitation zur politisch-moralischen Vorbereitung der Angehörigen der Grenztruppen auf den Grenzdienst, Dissertation A, Militärakademie „Friedrich Engels“, 1988 (Auszüge)

(Bibliothek der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Nr. 90141621.)

Erstens werden in der Literatur und in der praktischen politischen Arbeit Rolle und Aufgaben der GT der DDR unterschiedlich dargestellt und über viele Jahre wurden militärische Termini, wie Angriff, Gefechtsbereitschaft, Gefechtsausbildung auf Handlungen und Zustände an der Staatsgrenze und in den Grenztruppen angewandt, deren Inhalt diesen Begriffen nicht entsprechen. Erst in jüngster Zeit wird dagegen polemisiert, was sich auch in Definitionen niederschlägt....

Zweitens gibt es im Zusammenhang mit außenpolitischen Aktivitäten der DDR-Führung bei einigen zur Grenzsicherung eingesetzten Kräften Unsicherheiten bei der exakten Durchsetzung der Bestimmungen des § 27 des Gesetzes über die Staatsgrenze (im weiteren Grenzgesetz) und der DV 718/0/008, IV.20.-23. hinsichtlich der Anwendung bzw. des Ausschlusses der Anwendung von Schusswaffen.

Die Bestimmung der Anforderungen an die Agitation erfordert auch eine genaue Analyse der gegenwärtigen und künftigen Entwicklungen in den GT. Dabei ist davon auszugehen, daß die Entwicklung der GT im Rahmen ihrer gegenwärtigen Funktion Erfolg und bestimmt wird durch die Schlussfolgerungen und Aufgaben, die sich für die GT aus der Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages ergeben. In Führungsdokumenten wurden dafür allgemeine Vorgaben herausgearbeitet, die generell berücksichtigen, daß die militärische Sicherung der Staatsgrenze zur BRD und zu Berlin (West) ein Faktor der nationalen Militärdoktrin der DDR ist. Das exakte Erfassen der Entwicklungstendenzen in den GT wird aber erschwert durch unterschiedliche Auffassungen von der Funktion der GT im Vergleich zur Armee...

Die GT der DDR sind ein eigenständiges bewaffnetes Organ des sozialistischen Staates mit spezieller Zweckbestimmung. Sie gehören zum territorial gebundenen Bereich der Landesverteidigung und können entsprechend der

Verfassung der DDR und dem Völkerrecht als irreguläre Streitkräfte gekennzeichnet werden. Im Kriegsfall besitzen die AGT den Kombattantenstatus. Im Rahmen der Landesverteidigung der DDR werden Aufbau, Erziehung und Ausbildung sowie der Einsatz der GT entscheidend von der Militärdoktrin der Warschauer Vertragsstaaten wie auch von der Militärdoktrin der DDR bestimmt. Wesentlich für das Wirken der Grenzsicherungskräfte der DDR, wie auch für alle anderen Organe der Landesverteidigung der DDR, ist, dem Neuen in der von der Berliner Tagung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages verkündeten Militärdoktrin zu entsprechen. Dieses besteht darin, daß der Hauptinhalt der Militärdoktrin in der Verhinderung eines jeglichen Krieges besteht...

Mit dieser Aussage werden die Gemeinsamkeiten in der Funktion von Armee und GT deutlich. Ausgehend von der Zweckbestimmung von Grenzsicherungskräften erschöpft sich die Funktion der GT aber nicht in den militärischen Aufgaben zur Friedenssicherung, sondern schließt den Beitrag der GT zur **Sicherung der staatlichen Ordnung an der Grenze und im Grenzgebiet** ein...

Daraus leitet sich ab, daß die Funktion der GT bedingt, gleichzeitig zwei unlöslich miteinander verbundene Aufgaben zu erfüllen.

Die GT haben einerseits, wie die NVA, aber mit unterschiedlicher Gewichtigkeit, zur militärischen Friedenssicherung beizutragen und andererseits entsprechend ihren Befugnissen (Gesetz über die Staatsgrenze, IV. Abschnitt) **innerstaatliche Rechtsvorschriften im Grenzgebiet** durchzusetzen, insbesondere Grenzverletzungen und Verletzungen der Grenzordnung zu unterbinden...

Die Realisierung der erstgenannten Aufgabe der GT findet ihren Niederschlag vor allem in der Vervollkommnung der Gefechtsbereitschaft der Einheiten, Truppenteile und Verbände der GT. Das heißt, in ihrer Bereitschaft und Fähigkeit, Gefechtsaufgaben zur Sicherung und Verteidigung der Staatsgrenze zu erfüllen. (vgl. Befehl Nr. 101/87, S.3)

Wesentliche Anforderungen an die Agitation ergeben sich gegenwärtig und künftig aus Entwicklungen, die der zweiten Aufgabe in der Funktion der GT entsprechen. Wie bereits angeführt, besteht diese Aufgabe darin, innerstaatliche Rechtsvorschriften zur Regelung der Verhältnisse an der Staatsgrenze durchzusetzen. Zum Verständnis aller eingeleiteten und beabsichtigten Entwicklungen zur Erhöhung der Wirksamkeit der Grenzsicherung ist es erforderlich, das Wesen dieser Aufgabe exakt zu erfassen.

Die zweite Aufgabe in der Funktion der GT ist aus der inneren Funktion des Staates abgeleitet und dient ihrer Verwirklichung, unabhängig davon, daß sie außen- und innenpolitische Wirkung hat. Sie entspricht der **eigentlichen Zweckbestimmung von Grenzsicherungsorganen**. Auf ihre Realisierung

in hoher Effektivität sind gegenwärtig die Hauptanstrengungen der GT gerichtet. (vgl. Befehl Nr. 101/87, S.3) Deshalb wurde den grenztaktischen Handlungen (vgl. DV 718/0/003, I.29), vor allem der Sicherung (vgl. Ebenda, I.30.), gegenüber den Gefechtshandlungen (vgl. Ebenda, i., 38) in der Ausbildung eine Vorrangstellung eingeräumt. Das spiegelt sich in den ab 01.11.1987 gültigen Festlegungen für die Ausbildung in den GAR wider. Danach beträgt der Anteil der Grenzausbildung 31% und der der Ausbildung für die Vorbereitung der AGT zu Verteidigungs- und Angriffshandlungen 5%. (vgl. Programm 725/5/003, S. II/1)

Bei den grenztaktischen Handlungen handelt es sich überwiegend und vom Wesen her um Handlungen zur Durchsetzung der staatlichen Ordnung der DDR (Strafgesetzbuch § 1, 213) und zur Verhinderung von Verbrechen (Ebenda § 1,101,102,103,105, 213, (3)) sowie von Militärstraftaten (Ebenda, § 254). Vom politischen Standpunkt aus sind das Handlungen zur Gewährleistung der inneren Sicherheit. Unter den Bedingungen der DDR, deren Grenze an der Trennlinie zwischen NATO und Warschauer Vertrag verläuft, ist das ein wichtiger Beitrag zur internationalen Sicherheit und für die Erhaltung des Friedens. Vom juristischen Standpunkt aus geht es um die Bekämpfung von **Straftaten**, „... die nach dem Gesetz als **Vergehen oder Verbrechen** strafrechtliche Verantwortung begründen.“

Der dazu notwendige Einsatz von Gewalt durch die GT kann als polizeiliche Gewalt definiert werden. Er zielt auf die Festnahme der Grenzverletzer (vgl. DV 718/0/008, II. 3f, DV 718/0/003, I.2. (4)) **und nicht, wie der Einsatz militärischer Gewalt, auf die Gefangennahme bzw. Vernichtung der gegnerischen Kräfte** (vgl. DV 325/0/001, I.2 (1), 20. (1)).

Die Charakterisierung der o. g. Androhung und Anwendung von Gewalt als polizeiliche Gewalt wird auch bestätigt durch die Tatsache, daß den GT der DDR für die Durchsetzung der staatlichen Ordnung im Grenzgebiet Befugnisse übertragen wurden, die denen der Deutschen Volkspolizei entsprechen und nicht darüber hinausgehen. (vgl. Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Deutschen Volkspolizei ..., § 11-17 ; Gesetz über die Staatsgrenze, § 21-27)

In der Grenzsicherung erfolgt die Anwendung polizeilicher Gewalt in unbewaffneten Formen (Zuführung, Gewahrsam und körperliche Einwirkung) sowie in bewaffneten Formen. Letztere sind Androhung der Anwendung der Schusswaffe durch Zuruf oder Warnschuss und Anwendung der Schusswaffe zur Abwehr einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr (Strafgesetzbuch § 101, 102) sowie als äußerste Maßnahme zur Verhinderung eines Verbrechens.

In der ideologischen Arbeit – insgesamt und in der Agitation – vor allem im Zusammenhang mit der speziellen und der unmittelbaren pmpV [politisch-moralischen und psychologischen Vorbereitung] auf den Grenzdienst – sind

die Angehörigen der grenzsichernden Einheiten davon zu überzeugen, daß der Einsatz von Gewalt zur Unterbindung von Straftaten gegen die staatliche Ordnung **streng dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel** zu folgen hat.

Das heißt u. a., die AGT sind dazu zu erziehen, daß:

- das Erreichen des Zieles möglichst ohne Anwendung bewaffneter Gewalt erfolgt,
- mit der Androhung des Einsatzes bewaffneter Gewalt die Konsequenz zur Erreichung des Zieles unterstrichen, aber der Einsatz nicht automatisch und unbedingt erfolgt und
- die Anwendung bewaffneter Gewalt als äußerstes Mittel zur Erreichung des Ziels **unbedingt** den durch das Grenzgesetz und die DV 718/0/008 vorgegebenen Bestimmungen gerecht werden muss. Daraus folgt, daß den Soldaten und Unteroffizieren **nachhaltig die rechtlichen Grundlagen zur Androhung und/bzw. Anwendung von Gewalt einschließlich von bewaffneter Gewalt zur Unterbindung von Straftaten zu erläutern sind.**

Nach Ansicht des Autors ist es dabei schädlich, wenn „im Interesse der Erhöhung der Wachsamkeit“ überzogen wird. Teilweise finden sich Ansätze dafür auch in Publikationen. Tatsache ist, daß es keine stetige Zunahme der Brutalität der Grenzverletzer gegenüber den AGT gibt. Waffen aller Art führten im Durchschnitt von 5 Jahren nur 2,4 % der Grenzverletzer mit. Ein großer Teil der Grenzverletzer versucht, den Kräften der Grenzsicherung auszuweichen. Das schließt brutale Handlungen einzelner Grenzverletzer gegenüber diesen Kräften nicht aus. Ebenso gibt es keine ständige gesetzmäßige Zunahme der Gruppenbildung zum Versuch des illegalen Grenzübertritts. In den Jahren von 1980 bis 1985 betrug die Gruppenbildung durchschnittlich 18,6 %, im Ausbildungsjahr 1984/85 sank sie auf 15,6 % und im I. Ausbildungshalbjahr stieg sie auf 47,7 %. Tatsache ist auch, daß der Anteil der Grenzverletzer, die bereits vor dem Versuch des Grenzdurchbruchs in irgendeiner Weise kriminell angefallen sind, 15 % im Durchschnitt nicht übersteigt. Nicht ausgeschlossen sind bei diesen Wertungen Abweichungen in einzelnen Richtungen der Grenzverletzerbewegung.

Da ein einseitiges Überziehen bei der Beurteilung der Grenzverletzerbewegung in der Agitation im Zusammenhang mit dem Erleben einer dem widersprechenden Realität bei den Grenzsoldaten zu einer Minderung der Wachsamkeit und nicht zu ihrer Ausprägung führt, ist es erforderlich, im stärkeren Maße als bisher, der Angehörigen grenzsichernder Einheiten ein reales Bild zur Grenzverletzerbewegung zu vermitteln.

Es ist aber möglich und unbedingt erforderlich, das Rechtsbewußtsein der AGT als eine Handlungsgrundlage für den Grenzdienst zu entwickeln und zu festigen.

Untersuchungen zeigen z. B. daß die Kenntnisse der AGT, auch der Offiziere über das Grenzgesetz und das Strafgesetzbuch sowie über die Zusammenhänge zwischen beiden Gesetzen **völlig unzureichend entwickelt** sind. Nicht ausgeprägt ist das Selbstverständnis der AGT als Garant sozialistischer Gesetzlichkeit im Grenzgebiet.

Von dieser Position ausgehend soll auf eine Frage aufmerksam gemacht werden, die sich bei der Ausprägung klassenmäßiger Haltungen zur Festnahme von Grenzverletzern, einschließlich der Anwendung der Schusswaffen, als problematisch erweist:

Informationen über die Festnahme von Grenzverletzern in Richtung DDR-BRD bzw. Berlin (West) wie auch über die Anwendung der Schusswaffen unterliegen der Geheimhaltung. **Das erschwert es objektiv, die Grenzsoldaten von der Rechtmäßigkeit der geforderten Handlungen zur Festnahme von Grenzverletzern zu überzeugen**, zumal in elektronischen Medien die Auffassung des Gegners immer wieder verkündet wird und auch der Bevölkerung des Grenzgebietes bekannt ist.

Mit ausgewählten AND-Meldungen könnte diesem Effekt begegnet, das Rechtsbewußtsein und damit die Handlungssicherheit der AGT erhöht werden. Außerdem wäre das **öffentliche Bekenntnis zur Anwendung der Schusswaffen im Grenzdienst entsprechend § 27 des Grenzgesetzes** äußerst wirksam zur Zerschlagung der weitverbreiteten Lüge vom „Schießbefehl“ der GT der DDR.

Kommentar

Mehr als zwanzig Jahre sind vergangen seit ich meine Dissertationsschrift erarbeitete, aus der hier zitiert wird. Diese Zeit war von einem enormen gesellschaftlichen Umbruch geprägt, so daß sich die Frage stellt, wie ich die angesprochenen Probleme im Rückblick sehe.

Ich war aus politischer Überzeugung Mitglied der SED geworden und hatte in der Partei auch Funktionen übernommen. Die Wahl des Offiziersberufes resultierte aus meiner Einstellung, persönlich einen Beitrag zum Schutz der DDR leisten zu wollen, die ich als mein sozialistisches Vaterland empfand. Ich wurde Politoffizier in den Grenztruppen der DDR.

Über lange Zeit gab es eine volle Übereinstimmung zwischen meinen Überzeugungen und dem was ich an der Grenze der DDR zur BRD und in den Grenztruppen der DDR erlebte. Eine solche Übereinstimmung gab es auch mit der Politik der SED und ebenso bezüglich der den Grenztruppen zum Schutz der Staatsgrenze gestellten Aufgaben. Mit dem Einsatz in zunehmend höheren Dienststellungen erweiterte sich natürlich mein Überblick und es begannen Fragen aufzutreten. Das traf insbesondere auf die Zeit meiner Tätigkeit als Stellvertreter des Leiters der Politabteilung des Grenzkommandos Süd ab 1980 zu. Bei der Teilnahme an Kontrollen in den unmittelbar grenzsichernden Einheiten und an Untersuchungen besonderer Vorkommnisse wie Fahnenfluchten und vollzogenen illegalen Grenzübertritten erkannte ich Unzulänglichkeiten, die tiefere Ursachen haben mussten. Ich hielt die Unzulänglichkeiten damals für überwindbar und wollte an ihrer Überwindung aktiv teilnehmen. Die Probleme wurden allerdings größer. Ich kannte die außergewöhnlich hohen Belastungen der Angehörigen der Grenztruppen in den Einheiten und Stäben und empfand es als völlig abwegig, dass mit den mit großem Aufwand festgenommenen Straftätern nach der Verurteilung Devisengeschäfte mit der BRD getätigt wurden. Das ganze Ausmaß dieser Geschäfte war mir damals freilich nicht bekannt. Sprechen konnte man über solche Probleme nur mit engsten Vertrauten. So wurden die Fragen ernsthafter.

An der Offiziershochschule in Suhl und mit meinem Einsatz in der Politischen Verwaltung der Grenztruppen ab Mitte der 80er Jahre kam ich mit Auffassungen in Berührung, die die Doppelfunktion der Grenztruppen als militärisches und gleichzeitig polizeiliches Organ hinterfragten und zum Völker- und Staatsrecht in Bezug setzten. Die diesbezüglich von Oberst Wierßing und Oberstleutnant Pech vorgetragenen Auffassungen fand ich überzeugend und unterstützte sie. Das betraf insbesondere die strikte Trennung der beiden Funktionen der Grenztruppen in der Ausbildung, Erziehung und Dienstdurchführung. Als ich Anfang 1988 mit Kommandeuren und deren Stellver-

tretern von unterschiedlichen Truppenteilen und Verbänden Gespräche dazu führte, kam ich zu dem für mich erschreckenden Ergebnis, dass deren Rechtskenntnisse völlig unzureichend waren. Das bezog sich auch auf das Prinzip der Verhältnismäßigkeit bei den Handlungen im Grenzdienst. Im Ergebnis entstand eine Studie, die der Chef der Politischen Verwaltung, Generalleutnant Lorenz, als alarmierend empfand und dem Chef der Grenztruppen vorlegte. Es erfolgte keine Reaktion. Erst Jahre später offenbarte mir Lorenz, dass er das Grenzregime der DDR nicht als Stärke, sondern als Schwäche verstand.

Gedeckt durch den Chef der Politischen Verwaltung und mit wohlwollender Unterstützung der Offiziere des Lehrstuhls Politische Führung und Erziehung an der Militärakademie konnte ich in meiner Dissertation auf die angesprochenen Probleme Bezug nehmen und einige für damalige Verhältnisse immer noch außergewöhnliche Forderungen bzw. Vorschläge formulieren. Beispielsweise traf das auf die Forderung nach Transparenz bezüglich von Ereignissen mit Schusswaffenanwendung an der Grenze zu. Bisher waren häufig selbst die Angehörigen der Grenztruppen über solche Ereignisse im Unklaren gelassen worden, ganz abgesehen von der Information der Öffentlichkeit. Es gab in der Praxis auch nicht wenige Fälle der Anwendung der Schusswaffe, die durch das Recht der DDR nicht gedeckt waren. Bei der Verteidigung der Dissertation an der Militärakademie spielten die brisanten Bestandteile der Arbeit keine Rolle, auch in der Führung der Grenztruppen weiterhin nicht. Erst nach einem tragischen Grenzzwischenfall Anfang Februar wird auf diese Erkenntnisse durch den Chef der Grenztruppen zurückgegriffen und ich erhielt den Auftrag mit einer Arbeitsgruppe ein Grundsatzmaterial zu erarbeiten. Mit diesem Material wurden dann endlich umfangreiche Schulungsmaßnahmen durchgeführt. Die Politische Verwaltung sah sich gezwungen, die Rechtsausbildung in den Grenztruppen zu übernehmen, die eigentlich in den Bereich des Chefs Ausbildung gehört hätte.

In vielfältiger Weise war ich in das Forschungsvorhaben 101 der Politischen Verwaltung involviert, aus dem Texte wiedergegeben sind. An der Verteidigung seiner Ergebnisse war ich beteiligt, das Protokoll trägt meine Unterschrift. Ich bin heute noch davon überzeugt, dass die vielfältigen Aktivitäten der Politischen Verwaltung der Grenztruppen in den Jahren 1988/1989 zur Durchsetzung von Recht und Gesetz in den Grenztruppen dazu beigetragen haben, dass in den geschichtsträchtigen Tagen im November 1989 an der Grenze besonnen gehandelt wurde und kein Schuss gefallen ist.

Erwähnenswert erscheint mir, dass in der DDR unter der Regierungen der Ministerpräsidenten Modrow und de Maiziere noch an einem neuen Grenzgesetz gearbeitet wurde, da man immer noch mit einer längeren Konföderation beider deutscher Staaten rechnete. Einen Entwurf dazu legte eine Ar-

beitsgruppe unter meiner Leitung und unter maßgeblicher Mitarbeit von Pech dem Innenminister der DDR und dem Minister für Abrüstung und Verteidigung am 31. 5. 1990 vor. Gerade die Arbeit am Forschungsvorhaben in der Politischen Verwaltung hatte uns befähigt, einen solchen Entwurf zu erarbeiten. Die reale Entwicklung hat den Entwurf schnell zur Makulatur gemacht.

Nachdem am 15. 2. 1990 die Politorgane in den Grenztruppen einschließlich der Politischen Verwaltung aufgelöst worden waren, wurde ich zum Leiter einer neu gegründeten Rechtsabteilung berufen und dem neuen Chef der Grenztruppen, Generalmajor Teichmann, direkt unterstellt. In dieser Eigenschaft schrieb ich den Beitrag „Rechtsarbeit im Grenzschutzorgan- vom Kopf auf die Füße stellen“, diesmal ohne Zensur im Kopf und von Partei und Vorgesetzten. Der Artikel ist als Anlage beigelegt.

Ich stehe zu meinem 25- jährigen Dienst in den Grenztruppen. Als Reformier habe ich mich nicht empfunden. Ich wollte bis zuletzt immer zur Stabilisierung der DDR auf der Basis von mehr Rechtsstaatlichkeit beitragen.

Rolf Ziegenbein

Dokumente

Zu einigen theoretischen Grundlagen der Weiterentwicklung der taktischen Handlungen der Grenztruppen der DDR in den achtziger Jahren (Auszug)

(Veröffentlicht in: Anforderungen an die Grenzsicherung an der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland sowie Entwicklungstendenzen in der Taktik der Grenztruppen der DDR in den 80er Jahren. Schriften der Militärakademie „Friedrich Engels“, H. 182, 1980, S. 77-78, Bibliothek der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation.)

Die taktischen Handlungen der Grenztruppen der DDR werden unter zwei wesentlich verschiedenen militärpolitischen Lagebedingungen realisiert. Einerseits realisieren die Grenztruppen die taktischen Handlungen an der Staatsgrenze unter Friedensbedingungen (unter „normaler Lage“, im „Grenzdienst“) und andererseits sind sie darauf vorbereitet, taktische Handlungen auch in einer Spannungsperiode, in Erwartung, mit Beginn und im Verlaufe eines Krieges, das heißt unter „gefechtsmäßigen“, bzw. unter Gefechtsbedingungen, zu realisieren. Diese zwei wesentlich verschiedenen Lagebedingungen haben Einfluss auf die Art und Weise der Realisierung der Handlungen gegen den allgemein vermuteten und gegen den konkret festgestellten Gegner. Bezüglich der Sicherungshandlungen gegenüber einem allgemein vermuteten Gegner ist dieser Einfluß noch relativ gering, was sich bereits darin äußert, dass bei Sicherungshandlungen unter gefechtsmäßigen Bedingungen zumindest für einen begrenzten Zeitraum beabsichtigt wird, das normale Dienstregime aufrecht zu erhalten und weiterzuführen. Wesentlich stärker wird dieser Einfluss auf die Handlungen gegenüber einem konkret festgestellten Gegner, der unter Gefechtbedingungen vorwiegend organisiert bewaffnet handeln wird und dem deshalb in erster Linie auch jene taktischen Handlungen entgegenzusetzen sind, die ihrem Charakter nach Gefechtshandlungen sind (Angriff, Verteidigung).

Da es nur diese zwei prinzipiell unterschiedlichen Lagebedingungen an der Staatsgrenze gibt, die wesentlichen Einfluß auf die Art und Weise der Realisierung der taktischen Handlungen gegenüber einem allgemein zu vermutenden Gegner und gegen einen konkret festgestellten Gegner haben, ist es meines Erachtens auch nur gerechtfertigt, von zwei Arten der Grenzsicherung zu sprechen. Die Entwicklung läuft auch praktisch in starkem Maße darauf hinaus, gerade jene zwei grundlegenden Lagebedingungen durchgehend zu berücksichtigen. In vielen Dokumenten wird davon gesprochen, dass es notwendig ist,

die Einheiten und Truppenteile der Grenztruppen auf die Handlungen „im Grenzdienst und im Gefecht“ vorzubereiten, worunter genau jene zwei Aspekte der derzeitigen Handlungen an der Staatsgrenze unter Friedensbedingungen und der erforderlichen Handlungen unter Gefechtsbedingungen verstanden werden. **Die Dienstvorschriften zur Grenzsicherung müssen in der Zukunft für die Handlungen unter diesen beiden Lagebedingungen getrennt herausgegeben werden. An der Offiziershochschule der Grenztruppen der DDR wird die Ausbildung in der Taktik der Grenztruppen für diese beiden Lagebedingungen in zwei selbständigen Ausbildungsfächern erfolgen.** Es ist deshalb auch erforderlich, diese beiden Sachverhalte begrifflich entsprechend fassen zu können. Der Autor schlägt deshalb vor, in Zukunft von 2 Arten der Grenzsicherung zu sprechen und diese als

- tägliche Grenzsicherung und
 - gefechtsmäßige Grenzsicherung
- zu bezeichnen.¹

Die tägliche Grenzsicherung umfasst alle taktischen Handlungen, Aufklärungs- und Ordnungsmaßnahmen der Grenztruppen, die im Zusammenwirken mit den Kräften der anderen Schutz- und Sicherheitsorgane und in Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen der Staatsmacht, den gesellschaftlichen Organisationen sowie der Bevölkerung im Grenzgebiet unter Friedensbedingungen außerhalb einer Spannungsperiode an der Staatsgrenze zur BRD und zu Westberlin durchgeführt werden.

Die gefechtsmäßige Grenzsicherung umfasst alle taktischen Handlungen, Aufklärungs- und Ordnungsmaßnahmen der Grenztruppen zur Sicherung und Verteidigung der jeweils zugewiesenen Grenzabschnitte, die selbständig bzw. im Zusammenwirken mit territorialen Kräften der Landesverteidigung und mit Teilen der Landstreitkräfte in einer Spannungsperiode, in Erwartung, mit Beginn und im Verlaufe eines Krieges an der Staatsgrenze zur BRD durchgeführt werden.²

¹ (i.O. FN 35) Es erweist sich als außerordentlich schwierig, einen zusammenfassenden Begriff für jenen Inhalt zu finden, den wir bisher als normale und verstärkte Grenzsicherung bezeichnet haben und den man dem Begriff „gefechtsmäßige Grenzsicherung“ an die Seite stellen kann. Der Autor ist sich bewußt, daß der Begriff „tägliche Grenzsicherung“ nicht unanfechtbar ist, aber er hält ihn für möglich. Der Begriff bringt in gewissem Sinne zum Ausdruck, daß diese Art der Grenzsicherung ununterbrochen, täglich angewandt und geführt werden muß, und er lässt sich mit dem Gedanken verbinden, dass eben unter nicht alltäglichen, unter Ausnahmebedingungen, unter gefechtsmäßigen Bedingungen an der Staatsgrenze zu einer anderen Art der Grenzsicherung, eben zur gefechtsmäßigen Grenzsicherung übergegangen werden muß. Der Autor konnte feststellen, daß der Begriff „tägliche Grenzsicherung“ bereits in der Gegenwart umgangssprachlich von Offizieren der Grenztruppen hin und wieder benutzt wird, da kein anderer einfacher Ausdruck für den zu bezeichnenden Sachverhalt zur Verfügung steht.

² (i.O. FN 36) Auf die Formulierung „und zu Westberlin“ wurde in diesem Zusammenhang bewußt verzichtet, da sich die Handlungen in diesem Zeitraum an diesem Teil der Staatsgrenze anders darstellen.

Ausbildung zukünftiger Kommandeure von Einheiten der Grenztruppen der DDR (Auszug)

(Veröffentlicht in: Militärwesen, Zeitschrift für Militärwissenschaft, GVS- Ausgabe, Heft 10/ 86, S. 35- 37, Bibliothek der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation 71 34 0038.)

Auf der Grundlage der genannten Anforderungen und einiger weiterer Erfordernisse wurde durch den Stellvertreter des Ministers und Chef der Grenztruppen im April 1985 eine Konzeption bestätigt, die eine Neubestimmung der zukünftigen Anforderungen an die Kommandeure von Einheiten der Grenztruppen der DDR und eine Neufassung des Ausbildungsprogrammes und des Lehrplanes für dieses Profil fordert. An diesen Dokumenten wurde seitdem intensiv gearbeitet. Ihre Einführung in die Lehre ist zum 01. 09. 87 vorgesehen. Markant ist dabei, daß anstelle des bisher zu erreichenden Abschlusses eines Diplomingenieurpädagogen zum Abschluß als Diplomstaatswissenschaftler übergegangen werden soll. **Unbestritten benötigt der Offizier der Grenztruppen exakte Kenntnisse völkerrechtlicher, gesetzlicher und militärischer Bestimmungen, die er bei den Handlungen zum Schutz der Staatsgrenze zu berücksichtigen und zu verwirklichen hat.** Gleichzeitig wächst die Rolle des Kompaniechefs als Staatsfunktionär im Grenzgebiet, was fundierter staatswissenschaftlicher Kenntnisse bedarf. **In die Ausbildung der zukünftigen Kommandeure werden daher die Ausbildungsfächer Völkerrecht, Staatsrecht und Strafrecht sowie militärische Bestimmungen neu aufgenommen.**

Zum Schutz der Staatsgrenze der DDR als Bestandteil der sozialistischen Landesverteidigung (Auszug)

(Thesen als Teilbeitrag zum Thema 1 des Zentralen Forschungsvorhabens 1.7 des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR, 1988, unveröffentlicht, im Besitz des Autors.)

Da die in der normalen und verstärkten Grenzsicherung realisierten grenztaktischen Handlungen und Maßnahmen zwar militärischen Charakter tragen, aber keine Gefechtshandlungen sind, ist die Anwendung von Begriffen, die sich eindeutig auf das Gefecht beziehen, auf solche Handlungen unzulässig.

Grenzdienst ist kein „Gefechts“-dienst, dazu wird kein „Gefechtsbefehl“ gegeben, Erfahrungen und Beispiele, die in diesem Prozess gesammelt werden, sind keine „Gefechtsbeispiele“. **Die zur Erfüllung der Aufgaben im Grenzdienst erforderliche Ausbildung ist auch keine „Gefechtsausbildung“**. Sie ist spezielle grenztaktische Ausbildung, die eben nicht Bestandteil der Gefechtsausbildung sein kann. Daß der Angehörige der Grenztruppen zur Erfüllung möglicher Aufgaben im Gefecht darüber hinaus Gefechtsausbildung benötigt, ist unbestritten. Berechtigt bleibt selbstverständlich der Begriff „Gefechtsbereitschaft“, wobei er möglicherweise durch den Begriff „Einsatzbereitschaft für die Erfüllung der Aufgaben im Grenzdienst ergänzt werden könnte und für die Einheiten und Truppenteile der Grenztruppen dann eine ständig hohe Einsatzbereitschaft sowie Gefechtsbereitschaft zu fordern wäre....

Kommentar

Liest man die Zitate aus einigen meiner Veröffentlichungen, so kann leicht der Eindruck entstehen, als habe es sich damals um sekundäre Begriffsstreitigkeiten gehandelt. Ein solcher Eindruck täuscht aber. Wenn ich mich vordergründig mit Begriffen auseinander setzte, so ging es im Kern immer um die dahinter stehenden Denkhaltungen, die in den Begriffen zum Ausdruck kamen und die meiner Ansicht nach korrekturbedürftig waren. Der Begriffsapparat der politischen und militärischen Führung des Landes zum Schutz der Staatsgrenze war in den Befehlen und Dienstvorschriften festgeschrieben und prägte damit das Denken und Handeln der Angehörigen der Grenztruppen. Das war keineswegs ein sekundäres Problem.

Die Grundfrage aller Dispute war die fehlerhafte und folgenschwere Anwendung von Begriffen und Regeln der Gefechtsführung und des damit verbundenen Denkens auf die Grenzsicherung im Frieden, auf den täglichen Grenzdienst. Diesem Denken entsprang der Slogan, den der damalige Minister für Nationale Verteidigung, Heinz Hoffmann, bereits 1964 verkündete: „Grenzdienst ist Frontdienst im Frieden“. Diesem Denken entsprang sowohl die über etwa zwei Jahrzehnte genutzte Vergatterungsformel, dass „Grenzverletzer festzunehmen oder zu vernichten“ seien als auch die Regel, dass Sperren „durch Beobachtung und Feuer“ zu sichern seien. Setzte man sich mit einem solchen Vokabular auseinander, so ging es um Kernfragen der Staats- und Militärdoktrin. Noch lange nach dem Untergang der DDR verteidigte der langjährige Chef der Grenztruppen, Klaus-Dieter Baumgarten den damaligen Begriffsapparat und die Gedankenwelt, auf der er fußte.³

Als ich in den Jahren 1966-1969 die Militärakademie in Dresden besuchte war mir als gültige Lehrmeinung vermittelt worden, dass die Grenzsicherung eine spezifische Form des bewaffneten Kampfes sei. Der bewaffnete Kampf untergliederte sich in Operationen und Gefechte, seine Elemente waren Feuer, Stoß und Bewegung. Die Grenzsicherung wäre dem also als besondere Form zuzuordnen. Daran nahm ich zunächst keinen Anstoß. Als ich 1973 an die Offiziershochschule der Grenztruppen als Lehrstuhlleiter Taktik versetzt wurde, fiel mir jedoch die Aufgabe zu, den Lehrgegenstand, also Grenzsicherung und Gefecht, den Auszubildenden theoretisch zu erklären. Dabei stieß ich ziemlich schnell auf das Problem, dass Grenzdienst im Frieden und Gefecht im bewaffneten Kampf doch ziemlich unterschiedliche Wesensbestimmungen haben und nach unterschiedlichen Regeln und Grundsätzen zu führen sind, dass sie sich also nicht einheitlich als eine spezifische Form des bewaffneten Kampfes zusammen fassen lassen. Unterstützt wurde diese Sicht bzw. Einsicht bei mir durch die Tatsache, dass ich von 1952-61 bereits neun Jahre praktischen Dienst in der Deutschen Grenzpolizei, also Polizeidienst, hinter

³ Siehe Klaus-Dieter Baumgarten, Peter Freitag (Hg.), Die Grenzen der DDR, Berlin 2004.

mir hatte, der durchaus keine Gefechtsführung war und mit bewaffnetem Kampf wenig zu tun hatte. Es machte sich Skepsis breit, dass das nun nach Umunterstellung des Grenzsicherungsorgans unter das Ministerium für Nationale Verteidigung alles völlig anders sein sollte. Ich begründete gegenüber meinen Vorgesetzten die Notwendigkeit, zwei getrennte Ausbildungsfächer mit getrennten Lehrgegenständen zu schaffen, was Zustimmung fand. Gebildet wurden der Lehrstuhl Taktik der Grenztruppen für die Ausbildung zur Grenzsicherung und der Lehrstuhl Taktik für die Mot.-Schützen- Ausbildung (Allgemeine Taktik). Ich wurde als Lehrstuhlleiter „Taktik der Grenztruppen“ eingesetzt. Damit war ein Fortschritt im Ausbildungsprozess erreicht, aber das Problem selbst nicht gelöst.

In Theorie und Praxis des Schutzes der Staatsgrenze wurde die Grenzsicherung als ein Prozess verstanden, der die Erfüllung aller Aufgaben einschloss, die die Grenztruppen unter den unterschiedlichsten Lagebedingungen an der Staatsgrenze möglicherweise zu erfüllen haben. Es wurden dazu drei Arten der Grenzsicherung benannt (normale, verstärkte und gefechtsmäßige Grenzsicherung). Hier wurden also wieder Aufgaben im Frieden und in einem möglichen Gefecht einer Kategorie, der Grenzsicherung, zugeordnet und die Wesensunterschiede zumindest verwischt. Nur war das jetzt kein Problem der Ausbildung mehr, sondern ein Problem, das Theorie und Praxis des Truppendienstes stark tangierte. In meiner Dissertationschrift und in der darauf fußenden zitierten Veröffentlichung in der Schriftenreihe der Militärakademie versuchte ich durch die Definition von zwei Arten der Grenzsicherung, die sich streng nach Frieden und Gefecht unterschieden und denen man eindeutig unterschiedliche Regeln zuordnen konnte, dem Wesensunterschied in qualitativer Weise gerecht zu werden. Das gelang nicht.

In den Folgejahren war ich regelmäßig an der Erprobung neuer Systeme der Grenzsicherung und an der Neuerarbeitung von operativen Dienstvorschriften für die Grenzsicherung beteiligt. Der Wechsel der Systeme der Grenzsicherung war auf die Zuordnung der vorhandenen Kräfte auf die einzelnen Grenzabschnitte und auf die Art und Weise der Ausbildung (in der Kaserne oder Herauslösung und Verlegung auf den Truppenübungsplatz) gerichtet. Da bei den anhaltenden Versuchen von Bürgern der DDR, die Grenze unkontrolliert zu überwinden, die Kräfte eigentlich nie ausreichten, versuchte man immer wieder, der Lage durch veränderte Dienstsyste mit veränderten Vorschriften gerecht zu werden. Zu diesen Problemen habe ich mich an anderer Stelle bereits ausführlicher geäußert.⁴ In meinen Zuarbeiten insbesondere zu neuen Dienstvorschriften habe ich immer wieder versucht, die Dominanz militärischen Denkens bezüglich der im Frieden an der Grenze zu lösenden Aufgaben zurück zu drängen. Die Zuarbeiten unterlagen immer der Geheimhaltung und sind leider nicht archiviert. Die Versuche, über Veränderungen im theoretischen Denken auch Veränderungen in der Truppenpraxis

⁴ W. Scheler, R. Ziegenbein, Grenzschutz und Grenzregime an der deutsch- deutschen Grenze, Dresden 2011, S. 73-75.

zu erreichen, waren auch deshalb von wenig Erfolg gekrönt, da der Lehrstuhl „Taktik der Grenztruppen“ an der Militärakademie leider im konservativen Denken verharnte. Das war umso bedauerlicher, als er vom Chef der Grenztruppen als kompetent für die Theorie bezüglich des Schutzes der Staatsgrenze betrachtet wurde.⁵ Erst die nachhaltigen außen- und innenpolitischen negativen Auswirkungen des starren Systems des Grenzschutzes der DDR zwangen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zumindest zu Ansätzen eines Umdenkens in der Truppenpraxis.

In den vorangegangenen Beiträgen dieses Heftes ist umfassend begründet, dass der Personalbestand der Grenztruppen, insbesondere natürlich die Führungskräfte umfassende staats- und völkerrechtliche Kenntnisse benötigt hätten. Dieser offensichtliche Mangel beschäftigte mich in allen Dienststellungen, die ich an der Offiziershochschule inne hatte. Mit dem Abschluss des Grundlagenvertrages zwischen beiden deutschen Staaten 1972, dem Helsinki- Abkommen von 1975 und der mehrjährigen Tätigkeit der Gemeinsamen Grenzkommision mit ihren verbindlichen Festlegungen wurde das Fehlen von Rechtskenntnissen im Offiziersbestand überdeutlich. In den Jahren 1983 und 1984 gingen von der Offiziershochschule Initiativen aus, Rechtsausbildung in die Programme der Offiziersausbildung aufzunehmen und sogar das Ausbildungsprofil zu verändern und einen staatswissenschaftlichen Abschluss bei den Auszubildenden anzustreben. Das bedurfte der Zustimmung des Chefs der Grenztruppen und der Verwaltung Schulen des Ministeriums für Nationale Verteidigung. Letztere musste die Änderung des zivilen Hochschulabschlusses sogar beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen beantragen. Die Profiländerung war also nicht einfach zu erreichen, aber sie gelang. Der Chef der Grenztruppen unterschrieb 1985 die im Beitrag genannte Konzeption. Die Tatsache, dass der Beitrag der Offiziershochschule zur Profiländerung in der Zeitschrift „Militärwesen“ aus meiner Feder stammt, belegt, dass ich maßgeblich an der Gestaltung dieses Prozesses beteiligt war. Der Chef der Grenztruppen nahm ebenso wie die gesamte Führung der Grenztruppen diesen Vorstoß nicht zum Anlass, generell Rechtsausbildung in die Ausbildung der Angehörigen der Grenztruppen aufzunehmen. Ein solches dringendes Erfordernis wurde weiterhin konsequent negiert. Auch die Militärakademie reagierte nicht. Es bedurfte erst der drei bis vier Jahre späteren Vorstöße in der Politischen Verwaltung der Grenztruppen, die ich erfreut zur Kenntnis nahm, um Veränderungen zumindest ansatzweise zu erreichen.

Betrachtet man im Rückblick die Bemühungen um eine stärkere Rechtsausbildung so hatten sie einen sehr ernsten Hintergrund, galt es doch dem Völker-, Staats- und Strafrecht im Prozess des Schutzes der Staatsgrenze überhaupt uneingeschränkt Geltung zu verschaffen. Es gab im Verlaufe der Jahrzehnte mehrere Fälle, bei denen die Schusswaffe angewandt wurde und Menschen ums Leben kamen,

⁵ Siehe DSS- Arbeitspapiere, H.95, Dresden 2009, S.145-157.

ohne dass das vom DDR- Recht, also von den geltenden Bestimmungen zum Gebrauch der Schusswaffe gedeckt war. In zeitgeschichtlichen Forschungen der letzten Zeit sind solche Fälle dokumentiert.⁶ Soweit mir bekannt ist, wurde in keinem Fall eine militärstaatsanwaltliche Untersuchung eingeleitet, in keinem einzigen Fall der Exzeßtaten wurden Angehörige der Grenztruppen strafrechtlich belangt, obwohl sie erheblich gegen geltendes Recht der DDR verstoßen hatten. Hier gingen immer Klassenkampf und Politik vor geltendem Recht. Die tatsächlichen Abläufe des Geschehens blieben vor der Öffentlichkeit im Dunkeln, waren sogar der überwiegenden Anzahl von Angehörigen der Grenztruppen selbst unbekannt, wurden in der Darstellung manipuliert, teils wurden regelrechte Legenden erfunden. In nicht wenigen Fällen wurden „amtliche“ Totenscheine gefälscht und die tatsächlichen Abläufe an der Grenze selbst vor den nächsten Angehörigen geheim gehalten. Das lässt sich nicht alles mit dem Kalten Krieg rechtfertigen.

Auch meine Bemühungen kamen zu spät, brachten keine grundlegende Reform des Grenzregimes mit sich und verdeutlichen, wie schwierig es war, auf diesem neuralgischen Feld der DDR- Politik Veränderungen zu erreichen. Zu den Schwierigkeiten gehörte natürlich auch die praktizierte Form der Militärzensur. Alle Beiträge mit operativem Gegenstand mussten dem Chef des Stabes des Kommandos der Grenztruppen zur Begutachtung und Genehmigung vorgelegt werden, gerade auch jene, die für die GVS-Ausgabe der Zeitschrift „Militärwesen“ geschrieben waren. Mindestens zwei prinzipielle Beiträge meinerseits fielen der Zensur zum Opfer, so dass eben auch hier nicht daraus zitiert werden kann. Einer dieser Beiträge befasste sich mit dem Anfang der achtziger Jahre gestarteten Versuch der Errichtung eines Grenzwachsystems an der Staatsgrenze zur BRD. Es sollte ohne den Einsatz von Wehrpflichtigen unmittelbar an der Grenze funktionieren und die Kräfte für die Gefechtsaufgaben und für die Aufgaben im täglichen Dienst im Frieden strukturell trennen.⁷ Die Erprobung wurde nach mehrmonatiger Dauer letztlich verworfen. Damit war auch mein Beitrag zu den theoretischen Grundlagen einer solch wichtigen und zeitgemäßen Veränderung leider gegenstandslos geworden.

Meine Aktivitäten zur Veränderung des praktizierten Systems der Schutzes der Staatsgrenze der DDR waren immer darauf gerichtet, den innen- und außenpolitisch veränderten Bedingungen Rechnung zu tragen und damit den Fortbestand der DDR als Teil der sozialistischen Staatengemeinschaft zu sichern. Bei diesen Bemühungen gab es in meinem Umfeld, abhängig vom Gegenstand und Ziel des konkreten Vorhabens, natürlich immer auch zeitweilige Unterstützer und zeitweilige oder dauerhafte „Bremser“. Das Vorhaben der Profiländerung in der Offiziersausbildung wäre beispielsweise ohne den couragierten Einsatz des damaligen

⁶ Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961- 1989, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und Stiftung Berliner Mauer (Hg.), Berlin 2009, S. 201-203, 297- 302, 306-308, 386- 389, 398- 401.

⁷ Siehe Klaus-Dieter Baumgarten, Peter Freitag (Hg.) S. 243-244.

Kommandeurs der Offiziershochschule, Generalmajor Harald Bär, unmöglich zu realisieren gewesen. Beim Zustandekommen der Studie für die Entwicklung des Schutzes der Staatsgrenze in den 90er Jahren, bestärkte mich der damalige Chef der Politischen Verwaltung, Generalleutnant Gerhard Lorenz, bei persönlichen Begegnungen immer wieder darin, mich von Widerständen nicht beeinflussen zu lassen. Hier knüpfen sich Verbindungen zu Entwicklungen in der Politischen Verwaltung der Grenztruppen, wie sie durch die Autoren aus der Politischen Verwaltung dargestellt sind. Leider gab es kaum Unterstützung durch den Bereich des Chefs Ausbildung, der im Kommando der Grenztruppen für die Offiziersausbildung fachlich zuständig war, selbst noch 1988/90 nicht, als ein vergleichsweise junger, promovierter Offizier zum Chef dieser Verwaltung ernannt worden war.

Vorhandene oder ausbleibende Unterstützung führte bei mir selbst auch zu Schwankungen, zu Ungenauigkeiten in meinen Positionen. Eine solche ist beispielsweise erkennbar, wenn ich in der Studie von 1988 der Grenzsicherung in ihrer Gesamtheit doch wieder einen militärischen Charakter zuspreche. Da war ich vorher schon einmal weiter. Die 1988/ 89 mir gegenüber diesbezüglich geäußerte, und in diesem Heft enthaltene Kritik in der Rede zur Verteidigung des Forschungsvorhabens 101 und in einem Gutachten zu meiner Arbeit war also durchaus berechtigt.

Sollten die inneren Auseinandersetzungen in den Grenztruppen zur Rechtstaatlichkeit im Grenzschutz in einem gewissem Maße zum unblutigen Verlauf der Grenzöffnung 1989 beigetragen haben, dann waren die damit verbundenen Bemühungen nicht umsonst.

Grenzkontrolle, aber wie?

Weniger Bürokratie ohne ein Sicherheitsdefizit

In den letzten Tagen ist Widerspruchliches über die Grenzkontrollen zu hören. So gibt es u. a. vom Pressesprecher der CDU einerseits Forderungen, diese Kontrollen abzubauen. Andererseits erklärt der Regierende Bürgermeister von West-Berlin, die Einreise von Ausländern in seine Stadt solle künftig den gleichen Bedingungen unterliegen, wie die in die BRD. Das würde z. B. bei Bürgern der Republik Polen die Vorlage eines Visums und von 50 DM erfordern. Wo aber soll eine solche Kontrolle praktiziert werden? An der Grenze von West-Berlin üben bisher nur die Grenztruppen der DDR eine durchgängige Paßkontrolle aus. Der West-Berliner Senat wird doch wohl die Grenzbarrieren im innerdeutschen/innerstädtischen Verkehr nicht ausbauen wollen?

Eine sachliche Debatte um das Schicksal der Grenzkontrollen an der innerdeutschen Grenze muß zumindest folgenden Problemen gerecht werden:

1. Der voranschreitende Prozeß der Vereinigung beider deutscher Staaten und der im Frühjahr/Sommer anstehende Reiseverkehr gebieten eine Reduzierung der Behinderungen, die mit den Grenzkontrollen an der innerdeutschen Grenze verbunden sind. Diese Kontrollen sind in ihrer gegenwärtigen Form für die Menschen bereits kurzfristig weder akzeptabel noch praktikabel. Man denke nur an die Staus und stundenlangen Wartezeiten an den Grenzübergängen.
2. Die DDR und die BRD haben eine ganze Reihe von Verträgen mit dritten Staaten geschlossen, in denen Fragen des Grenzregimes (d. h. auch der Grenzkontrollen) berührt oder geregelt werden. Diese Regelungen unterscheiden sich z. T. erheblich. Bei Wegfall der innerdeutschen Grenzkontrollen wäre jedoch nach dem Passieren der deutschen Außengrenze die unkontrollierte Einreise in den anderen deutschen Staat – und gegebenenfalls von dort aus die Weiterreise – auch für Ausländer möglich. Bevor ein solcher Zustand eintritt, ist aus Sicherheits- und aus anderen Gründen die Regelung aller mit den Außengrenzen verbundenen Fragen notwendig. Hier ist nur an die Proteste zu erinnern, die die Verabredung eines visafreien Reiseverkehrs der DDR mit der Türkei bei der Bundesregierung auslöste.
3. Mit der Aufhebung der Grenzkontrollen an der innerdeutschen Grenze muß die Angleichung des Grenzregimes beider deutscher Staaten an den Außengrenzen verbunden sein. Jedes andere Herangehen beinhaltet ein erhebliches Sicherheitsrisiko. Mit Blick auf die Vorstellungen von Herrn Momper könnte dies bedeuten, daß die DDR den visafreien Reiseverkehr gegenüber der Republik Polen aussetzen muß. Es versteht sich, daß solche

Entscheidungen, wenn sie aus dem Stand getroffen werden, den Nachbarstaat brüskieren. Man denke dabei auch an die polnische Sensibilität in allen mit der Oder-Neiße-Grenze verbundenen Fragen.

4. Die Reduzierung bzw. der vollständige Abbau von Grenzkontrollen an der innerdeutschen Grenze erfordert einen Sicherheitsverbund zwischen den Grenzorganen beider deutscher Staaten. Es kann und darf nicht sein, daß durch politische Weichenstellungen wiederum vollendete Tatsachen geschaffen werden, mit denen die Grenzorgane dann ohne konkrete Handlungsanweisungen zurechtkommen müssen.

Es darf auch nicht übersehen werden, daß der überwiegende Teil von Fahndungsaufgriffen in der Bundesrepublik an der Grenze erfolgt. Wenn es nicht zu einem Sicherheitsverbund auf diesem Gebiet kommt, dann läuft die Verringerung der innerdeutschen Grenzkontrollen auf die Einladung zur wechselseitigen Umgehung polizeilicher Sicherheitssysteme hinaus. Gerade auch angesichts der angestrebten Einführung der D-Mark in der DDR, die erhebliche Auswirkungen auf die Grenzlage an den Außengrenzen haben wird, darf durch unüberlegte Schritte bei den Grenzkontrollen kein Sicherheitsdefizit entstehen. Es könnte für die Bürger beider deutscher Staaten schmerzhaft wirken. Letztlich ist auch zu bedenken, daß die DDR die Integration in die EG anstrebt. Maßnahmen an ihren Grenzen werden sich damit auch an den Sicherheitsstandards der EG-Außengrenzen zu orientieren haben. Hier besteht kurzfristig Entscheidungsbedarf bis hin zu konkreten Handlungsanweisungen an die Grenzorgane.

Erleichterungen bei den innerdeutschen Grenzkontrollen setzen adäquate Maßnahmen an den Außengrenzen voraus. Sie müssen schnell zwischen beiden deutschen Staaten verabredet und mit den Nachbarstaaten unter Berücksichtigung der bestehenden Vertragslage geklärt werden, denn die Geduld der Menschen in Deutschland ist durch administrative Maßnahmen an der innerdeutschen Grenze nicht mehr lange belastbar.

Dr. Artur Pech

NEUE ZEIT

11. 04. 90

Redaktionskollegium

Hans Joachim Koppe, Chefredakteur;

Dr. Peter M. Bräuning, Eva Gonda

Matthias Schlegel, stellvertretende Chefredakteure;

Michael Albrecht, Wolfgang Hasse,

Manfred Meier, Carola Schütze;

Dr. Dietrich Schulz, Redaktionssekretär;

Günter Bündig, Verlagsdirektor

Die Funktion des Grenzschutzorgans der DDR besteht ausschließlich darin, die durch Rechtsvorschriften festgelegte staatliche Ordnung für den grenzüberschreitenden Verkehr zu gewährleisten. Die Tätigkeit aller Angehörigen des Grenzschutzes ist strikt an das Recht gebunden. Diesem Grundsatz ist bei der Abfassung von Dienstvorschriften, dem Erteilen dienstlicher Weisungen und in der täglichen Dienstdurchführung stets zu entsprechen. Generell gilt es zu beachten, daß nach rechtsstaatlichen Prinzipien gegenüber Angehörigen der Sicherheitsorgane

grenze zur BRD. Begünstigt wurde der Mißbrauch der Grenztruppen und Rechtsbeugung in der Dienstdurchführung m. E. zumindest auch durch folgende vier Faktoren:

Erstens: mit der Führung der Grenztruppen durch die SED, verankert in Verfassung, Parteiinstruktion, Dienstvorschriften und Befehlen, wurden Pflichten einer aus mehreren Parteien gebildeten Regierung, der Volkammer und des Staatsrates zur Aufsichtspflicht und Führung der Grenztruppen stark eingeengt. Mangelnde Transparenz zum Grenzregime, dem Dienst in den Grenztruppen und übertriebene Geheimhaltung von Vorkomm-

RECHT UND GESETZ

RECHTSARBEIT IM GRENZSCHUTZORGAN – **VOM KOPF AUF DIE FÜSSE STELLEN!**

Oberst Dr. rer. pol. Hartmut Jentsch

strafrechtlich ermittelt wird, wenn z. B. bei der Feststellung und Gewahrsamnahme von Gesetzesverletzern rechtswidrig gehandelt wurde.

Rechtsbeugung und Mißbrauch

In der Vergangenheit war die Bindung an das Gesetz nicht durchgängig gegeben. Ausgehend vom Machtanspruch einer Partei, der SED, einem von dieser Partei verordneten „Klassenauftrag“ wurde in den Dienstweisungen und in der praktischen Dienstdurchführung an der Staatsgrenze vielfach Recht gebeugt, wurden die Grenztruppen auch mißbraucht für eine gegen die vitalen Interessen des Volkes gerichteten Politik, wurden sie genutzt als Mittel zur Bereinigung politischer Konflikte. Gravierendster Ausdruck dafür waren bestimmte Praktiken der Schußwaffenanwendung an der Staatsgrenze und die ihr zugrunde liegende Schießausbildung sowie der Einsatz der Splitterprengmine 70 an der Staats-

nissen an der Staatsgrenze trugen dazu bei, daß die Grenztruppen auch zur Aufrechterhaltung des Machtanspruchs der ehemaligen Partei- und Staatsführung und zur Unterdrückung des Willens vieler Bürger auf freie Reisemöglichkeiten eingesetzt wurden. Mit einer vielfach undifferenzierten Wertung der Straftäter nach § 213 StGB als Feinde des Friedens und des Sozialismus wurden Handlungsmotive bei den Angehörigen der Grenztruppen ausgeprägt, die in vielen Fällen nicht dem realen Sachverhalt entsprachen. In der Praxis der Grenzdienstdurchführung, der Errichtung von Grenzsicherungsanlagen, dem Einsatz der Kräfte zur Grenzsicherung und der Verfahrensweise bezüglich der Wertigkeit von Meldungen wurde einseitig auf die Verhinderung von Straftaten entsprechend § 213 durch DDR-Bürger gezielt und nicht auf die Unterbindung von Grenzverletzungen aller Art (vgl. § 17 Grenzgesetz) in Koordinierung mit den Grenzschutzorganen der Nachbarstaaten.

VISA

5

Zweitens: Mit der Übernahme der Grenzpolizei durch das Ministerium für Nationale Verteidigung im Herbst 1961 und ihrer Umwandlung zur Grenztruppe wurden dem Grenzsicherungsorgan der DDR über seine Zweckbestimmung hinaus zunehmend militärdoktrinaire Aufgaben übertragen. Jedoch war das ein Prozeß, der wesentlich früher begann.



Tiefenaufklärung – gegen wen?

In der Theorie und Praxis des Grenzdienstes wurde dabei zugelassen, daß die Ebenen Grenzdienst und Gefecht nicht strikt voneinander getrennt und die Prinzipien des Gefechts immer stärker auf die Durchführung des Grenzdienstes angewandt wurden. Als Beispiele dafür stehen die Sicherung der Staatsgrenze durch Beobachtung und Feuer, die verbindliche Orientierung auf Festnahme oder Vernichtung des Straftäters „Grenzverletzer“ und die langjährige Praxis der Schießausbildung in den Grenztruppen sowie die bis 1989 geltende Einordnung der Grenzausbildung. Symptomatisch ist in diesem Zusammenhang die viele Jahre geltende, aber im Grunde von Anfang an falsche Lösung: „Grenzdienst ist Gefechtsdienst im Frieden“.

Drittens: Die Rechtsausbildung der Angehörigen der Grenztruppen, selbst der leitenden Kader, wurde über Jahrzehnte größtenteils

vernachlässigt. Das hatte zur Folge, daß – wie 1988 z. B. eine Untersuchung verdeutlichte – die Rechtskenntnisse der Kader der Grenztruppen zur Dienstdurchführung völlig unzureichend waren. So kannten verantwortliche Offiziere der Führungen von Grenzregimentern und Grenzkommandos die Zusammenhänge von Grenzgesetz und Strafgesetzbuch nicht. Die ungenügenden Rechtskenntnisse der Angehörigen der Grenztruppen ermöglichten es auch – unter Berufung auf einen „Klassenauftrag“ und Nichtbeachtung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit der Mittel – die Grenzer nach militärischen Grundsätzen zum Kampf mit einem „Feind“ zu motivieren und zu mobilisieren, bei dem es eigentlich um die Gewahrsamnahme von Gesetzesverletzern entsprechend gesetzlichen Rahmenbedingungen ging.

Viertens: Seit 1986 gibt es im Kommando der Grenztruppen kein Strukturelement mehr, welches die Aufgabe hat, im Prozeß der Entstehung von Dienstvorschriften und anderer dienstlicher Bestimmungen dafür zu sorgen, gesetzliche Bestimmungen einzuhalten sowie den Kommandeuren der nachfolgenden Ebene beratend zu helfen. Die von 1981 bis 1986 tätige Unterabteilung Rechtsarbeit konnte dies nur in einem bestimmten Umfang, weil wesentliche Fragen in die Kompetenz des Ministeriums für Nationale Verteidigung fielen und weil sie mit der Eingliederung in das Sekretariat des Chefs der Grenztruppen mit Aufgaben beauftragt wurde, die eigentlich nicht zu ihren Angelegenheiten gehörten. Außerdem wirkte sich nachteilig aus, daß die Grenztruppen nur in sehr geringem Umfang über juristisch ausgebildete Kader verfügen.

Als typisch für die hier genannten Probleme kann die Erarbeitung des § 27 des Grenzgesetzes angeführt werden. Hier wurde der § 17 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Deutschen Volkspolizei vom 11. Juni 1968 formal übernommen, ohne zu berücksichtigen, daß die Beurteilung einer Straftat als Verbrechen sich an der Grenze anders stellt, als bei der Festnahme eines Straftäters durch

einen Angehörigen der Deutschen Volkspolizei. Auf eine analoge Regelung „Anwendung von Schußwaffen im Grenzdienst“ – insbesondere dann, wenn sich Personen der wiederholten Weisung, zu halten, durch die Flucht zu entziehen versuchen –, wie sie im § 11 des Gesetzes über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes vom 10. März 1961 (UZWG, In: Handbuch für den BGS, Bad Nauheim, 1962, S. 31–35.) gegeben ist, wurde verzichtet. Damit fehlt bis heute eine wesentliche Rechtsgrundlage für die Anwendung von Schußwaffen durch ein Grenzsicherungsorgan, und in der Praxis führte das, besonders in den letzten Jahren, zur Rechtsunsicherheit bei vielen im Grenzdienst eingesetzten Angehörigen der Grenztruppen.

Zur Lösung politischer Konflikte ungeeignet

Zur Bilanz der Rechtsarbeit in den Grenztruppen gehört auch, daß in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in Reaktion auf die Lage in der Truppe, vor allem die Rechts- und Handlungsunsicherheit der Angehörigen der Grenztruppen, auf Vorwürfe von westlichen Politikern und Medien und in Auswertung von eigenen Forschungsergebnissen Anstrengungen unternommen wurden, die Angehörigen der Grenztruppen zu einem rechtlich exakten Handeln an der Staatsgrenze zu motivieren und zu befähigen. Als solche Anstrengungen können u. a. gekennzeichnet werden:

- die Veränderung der Vergütungsformel in der Dienstvorschrift im Jahre 1984;
- Publikationen über die Notwendigkeit der strikten Trennung von Grenzdienst und Gefecht und den sich daraus ergebenden Konsequenzen 1987;
- die zunehmende Orientierung auf die strikte Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen bei der Wahrnehmung der Befugnisse durch die Angehörigen der Grenztruppen in den Jahren 1987–1989.

Damit wurde in gewissem Maße erreicht, daß die Festnahme von Grenzverletzern an der Staats-

VISA

6

grenze rechtlich exakt erfolgte. Diese positive Entwicklung wurde aber durch folgende Umstände in ihrer Wirkung beträchtlich gemindert. Die Grenztruppen wurden an der Staatsgrenze zunehmend mit Bürgern konfrontiert, die in Massen über die Grenze die DDR verlassen wollten, weil ihnen das Recht auf Ausreise verweigert wurde. Entsprechend den zu dieser Zeit geltenden Gesetzen waren die Angehörigen der Grenztruppen gegenüber diesen Bürgern zwar im Recht, aber zugleich wurden sie zur Lösung politischer Konflikte mißbraucht. Eine besondere Zuspitzung erfuhr dies im September/Okttober 1989 an der Staatsgrenze zu Polen und zur CSFR, wenngleich hier konsequent auf die Nichtanwendung der Schußwaffe orientiert wurde. Das Problem löste sich erst mit der Öffnung der Grenzen am 9. November 1989 und mit dem Beschluß des Staatsrates der DDR über eine Amnestie vom 27. Oktober 1989 bezüglich Straftaten laut § 213 des Strafgesetzbuches der DDR. Ebenso ist festzustellen, daß in den Grenztruppen in der Führungstätigkeit das Recht generell unterschätzt wurde. Demzufolge wurde das rechtlich exakte Handeln der Angehörigen der Grenztruppen im Grenzdienst auch durch die Inkonsistenzen bei der Umsetzung der Rechtsvorschriften in den Grenztruppen selbst stark beeinträchtigt. Das zeigte sich u. a. in

- Widersprüchen zwischen der politischen Bildung und der Praxis der Ausbildung, insbesondere der Schießausbildung;
- der bis Ende 1989 festgelegten Einordnung der Grenz-ausbildung in die Gefechtsausbildung;
- den bis Ende 1989 fehlenden staatsanwaltlichen Untersuchungen der Rechtmäßigkeit der Handlungen von Angehörigen der Grenztruppen bei Festnahmen, insbesondere bei Festnahmen mit Anwendung von Schußwaffen;
- den bereits angeführten unzureichenden Rechtskenntnissen vieler Offiziere der Grenztruppen einerseits und ihrer vordergründigen Ausbildung zur Organisation

und Führung von Gefechts-handlungen andererseits, die objektiv dahingehend wirkten, daß die Gewaltanwendung gegenüber Gesetzes-verletzern nicht ausschließ-lich nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel beurteilt wurde;

- dem nicht vorbehaltlosen An-erkennen des Charakters der Grenzsicherung als polizeiliche Ordnungsmaßnahme zur Durchsetzung der staats-rechtlichen Regelungen für den grenzüberschreitenden Verkehr und in dem Behar-ren auf eine militärische Si-cherung der Staatsgrenze als Spezifik der Militärdoktrin der DDR.

Mit Konsequenz der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet!

1. Im zukünftigen Grenzschutz-organ der DDR ist umfassend und konsequent dahingehend zu wirken, daß bei der Erarbeitung dienstlicher Bestimmungen und

senschaft ein dominierender Platz zuzuordnen.

4. Gesetzliche Bestimmungen der Tätigkeit des Grenzschutzes müssen für die Bevölkerung transparent und ihre Umsetzung gerichtlich nachprüfbar sein.

5. Notwendig ist der Aufbau und die Arbeit einer Rechtsabteilung im Führungsorgan des Grenzschutzes. In den Stäben der Grenzbezirkskommandos wäre zu prüfen, ob eine Planstelle Oberoffizier Rechtsarbeit nicht zweckmäßig wäre.

Als wesentliche Aufgabe der Rechtsabteilung sind anzusehen: die Erarbeitung von Konsequenzen aus völkerrechtlichen und innerstaatlichen Rechtsvorschriften; die Mitwirkung bei der Erarbeitung von Rechtsvorschriften, die die Tätigkeit des Grenzschutzorgans betreffen, und bei der Ausarbeitung von dienstlichen Bestimmungen; die Beratung der Chefs und Leiter zu Fragen des Staats-, Straf-, Verwaltungs-, Dienst-, Arbeits-, Wirtschafts- und Vertragsrechts; die Vertretung des Grenzschutzes als

RECHT UND GESETZ

Falsche Lösung:
„Grenzdienst
ist Gefechtsdienst
im Frieden.“



der Erteilung von Weisungen Rechtsbeugung ausgeschlossen wird.

2. Die Handlungsfähigkeit des Grenzschutzes der DDR bedarf der Rechtssicherheit seiner Angehörigen und ausgeprägter Rechtskenntnisse der Kader als eine wesentliche Grundlage ihrer Tätigkeit.

3. In der Aus- und Weiterbil-dung der Angehörigen des Grenzschutzes ist der Rechtswis-

juristische Person sowie die Unter-stützung der Aus- und Wei-terbildung der Angehörigen des Grenzschutzes. Stets ist dabei zu beachten, Rechtsstaatlichkeit funktioniert auch im grenzüber-schreitenden Verkehr und im Grenzschutz nach dem Grund-satz: Dem Bürger ist alles er-laubt, was nicht durch Gesetz verboten ist. Dem Staat und sei-nen Organen ist nur erlaubt, was das Gesetz gebietet. ■

VISA

7

Autoren (in der Reihenfolge ihrer Beiträge)

Artur Pech, Jg. 1947; Dr. sc. phil., Oberstleutnant a. D.

1966 bis 1990 Dienst in den Grenztruppen der DDR; 1980 Dipl.-Gesellschaftswiss. (Militärakademie), 1982 Promotion Dr. phil. (Militärakademie); 1982- 1990 Leiter der Unterabt. Gesellschaftswiss. Ausbildung im Kommando der Grenztruppen der DDR; 1990 Promotion Dr. sc. phil. (Militärakademie); Studien und Publikationen zu politischen und juristischen Fragen des Grenzschutzes. Seit 1991 freiberuflich tätig. Kontakt: artur.pech@dr-pech.de.

Hartmut Jentsch, Jg. 1947, Dr. rer. pol., Oberst a. D.

1965- 1990 Dienst in den Grenztruppen der DDR, 1977 Dipl.-Gesellschaftswiss. (Militärpol. Hochschule), 1980- 1985 Stellv. Leiter Politabt. eines Grenzkommandos, 1985- 1987 Stellv. des Kommandeurs der Sektion Gesellschaftswiss. an der Offiziershochschule der Grenztruppen, 1988 Promotion Dr. rer. pol. (Militärakademie), 1988- Febr. 1990 Stellv. Chef Politische Verwaltung Propaganda/ Agitation der Grenztruppen, Febr.- Sept. 1990 Leiter Abt. Rechtsfragen des Kommandos der Grenztruppen. Kontakt: hartmut-jentsch@gmx.de

Rolf Ziegenbein, Jg. 1934; Dr. rer. mil., Oberst a. D.; DSS- Mitglied seit 2006

1952- 1961 Dienst in der Deutschen Grenzpolizei, 1956 Offizier, 1961- 1990 Dienst in den Grenztruppen der DDR, 1961 Lehrgang an einer NVA- Offiziersschule, 1962- 1966 Kommandeur eines Grenzbataillons; 1969 Diplom- Militärwissenschaftler (Militärakademie); 1969- 1973 Kommandeur Grenzausbildungsregiment; 1973- 1980 Lehrstuhlleiter an der Offiziershochschule der Grenztruppen; 1979 Promotion Dr.rer. mil. (Militärakademie); 1980- 1986 Stellv. des Sektionskommandeurs Grenzsicherung; 1987 Sektionskommandeur Grenzsicherung; 1987- 1990 Stellv. Ausbildung und Forschung des Kommandeurs der Offiziershochschule.

Kontakt: ehr.ziegenbein@freenet.de.

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK (DSS) e. V.
Aus der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“

- Heft 99 **Militärdoktrin der Russischen Föderation** (vom 5. Februar 2010)
Arbeitsübersetzung: Rainer Böhme, Egbert Lemcke, Frank Preiß,
Dresden 2010, 44 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 100 **Für Entmilitarisierung der Sicherheit**
20 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V. (DSS)
Beiträge: Rolf Lehmann, Hermann Hagen, Wolfgang Scheler, Ernst Voit, Egbert Lemcke,
Siegfried Schönherr, Paul Heider, Eberhard Haueis, Joachim Klopfer; 11 Anlagen,
Dresden 2010, 338 Seiten, 42 Abb., davon 31 farbige; 15,00 Euro.
- Heft 101 **Multipolare Sicherheit statt Pax americana**
15. Dresdner Symposium Für eine globale Friedensordnung am 20. November 2011
Beiträge: Ernst Voit, Wolfgang Effenberger, Horst-Dieter Strüning, Volker Bialas, Wolfgang
Scheler; Dresden 2011, 60 Seiten; 4,00 Euro.
- Heft 102 **Brennpunkt Afghanistan**
Beiträge von Hermann Hagen und Arne C. Seifert
Dresden 2011, 56 Seiten, mit 16 Farbbildern und –karten; 05,00 Euro.
- Heft 103 **Grenzschutz und Grenzregime an der deutsch-deutschen Grenze**
Ansichten zu einer anhaltenden Kontroverse.
Beiträge: Wolfgang Scheler, Artur Pech, Rolf Ziegenbein, Dirk Fischer, Joachim Sladko, Horst
Liebig, Günther Glaser; Dresden 2011, 108 Seiten; 5,00 Euro.
- Heft 104 **Krieg und Frieden im marxistisch-philosophischen Denken der DDR**
Dresden 2011, 110 Seiten; 5,00 Euro.
- Heft 105 **Globale Machtordnung oder globale Friedensordnung?**
16. Dresdner Symposium Für eine globale Friedensordnung am 19. November 2012
Beiträge: Norman Peach, Ernst Voit, Eter Hachmann, Wolfgang Effenberger, Horst-Dieter
Strüning, Harry Pursche, Endre Kiss, Volker Bialas, Wolfgang Scheler;
Dresden 2012, 82 Seiten; 4,00 Euro.
- Heft 106 **Der Aufstieg Chinas zur Weltmacht und die Chancen für eine globale Friedensordnung**
17. Dresdner Symposium Für eine globale Friedensordnung am 17. November 2012
Beiträge: Endre Kiss, Ulrich Knappe, Wolfgang Effenberger, Wolfgang Scheler, Horst-Dieter
Strüning, Ernst Voit, Horst Sylla; Dresden 2013, 82 Seiten; 4,00 Euro.
- Heft 107 **Die Neuausrichtung der Bundeswehr – Position und Opposition**
Beiträge: Detlev Bald, Wolfgang Scheler, Ernst Voit, Horst Sylla, Wilfried Schreiber;
Dresden 2013, 68 Seiten; 4,00 Euro.
- Heft 108 **Frieden und andere Probleme in wechselseitiger Abhängigkeit**
18. Dresdner Symposium Für eine globale Friedensordnung am 23. November 2013
Beiträge: Volker Bialas, Wolfgang Scheler, Endre Kiss, Ernst Voit; Dresden 2014, 63 Seiten;
4,00 Euro.
- Heft 109 Alwin Loose, Wolfgang Scheler
Philosophen an der Militärakademie. Der Philosophielehrstuhl an der Militärakademie
„Friedrich Engels“. Reminiszenzen ehemaliger Mitglieder; Dresden 2014; 340 Seiten;
ca. 10,00 Euro.

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS) informiert über
Aktivitäten und Ergebnisse ihrer Tätigkeit auch im Internet.

<http://www.sicherheitspolitik-DSS.de>